

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis p. Quartal 1,10 Mk., p. Semester 2,20 Mk., p. Jahr 4,20 Mk.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Hg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Hg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Triumph des 'Börsenjobbers'.

Der Sensation des vorgestrigen Tages — dem wüsten Zusammenprall zwischen Regierung und Regierungspartei, zwischen Dernburg und Koeren — folgte gestern im Reichstag eine noch größere Sensation: Der völlige moralische Zusammenbruch des Zentrums.

Der Reichskanzler geruhte gestern endlich zu erscheinen. Natürlich glaubte man, der geschmeidige Schönredner werde nun eine honigsüße Veröhnungsrede halten.

Und nun verlas — um die tragische Bosse zu krönen — Herr Koeren mit Amerländermienen eine kurze larmoyante Erklärung, worin er sich selbst als Sündenbock darbot und seine Fraktion von jeder Schuld freisprach.

Schimpf- und höhneladener ist noch nie eine Partei aus einem parlamentarischen Kampfe hervorgegangen! Wie war die Situation? Das Zentrum hatte bisher nicht den Finger gerührt, um den entsetzlichen Kolonialgreuel entgegenzutreten — trotz seiner scheinheiligen Beteuerung.

Er dankte Herrn Koeren seine — vom Standpunkte des Rechts aus zu brandmarkende, vom Standpunkte der Regierung aus aber mit brünstigem Dank zu begriffende — bisherige Discretion damit, daß er Herrn Koeren zum Scher der Korruption stempelte!

Man sollte meinen: wenn das Zentrum nur einen Funken von Selbst- und Ehrgefühl besessen hätte, hätte es den ihm so häßlich hingeworfenen Rehdhandfaß aufgenommen und wenigstens eine Zeitlang den Kampf führen müssen.

wenigstens den Stolz gerader Männlichkeit zeigen müssen. Und es hätte das ja ohne alle Gefahr gekonnt! Denn wenn auch das Zentrum die Regierung braucht, um Regierungspartei sein zu können, so braucht umgekehrt erst recht die Regierung trotz aller dreisten Anbiederungsversuche des Mose-Freissinns das Zentrum, um überhaupt fortzuwirken zu können.

Freilich hatte bereits die 'Germania', das führende Zentrumsorgan, in der gestrigen Morgennummer Herrn Koeren schände preisgegeben und seine Affäre mit Dernburg als eine private Angelegenheit bezeichnet.

Weshalb aber dieser niederträchtig feige Verrat? Weshalb dieser über alle Massen läßliche Rücksug? Ein solches Verhalten des Zentrums wäre undenkbar, wenn nicht die Regierung noch über ganz anderes, noch weit kompromittierendes Belästigungsmaterial verfügte!

Freilich, es ist schwer vorstellbar, daß sich das Zentrum noch schwerer zu kompromittieren vermöchte, als es sich auch so kompromittiert hat. Dahin ist ein für allemal der so renommiertlich herausgesteckte Nimbus, daß das Zentrum niemals gegen die Kolonialskandale aufgetreten sei!

Die gestrige Debatte hatte nach den Erklärungen der Bülow und Koeren zunächst alles Interesse verloren. Die schweren Anklagen Müller-Reinings verfehlten, zumal sie mit ermüdend monotonem Tonfall vorgetragen wurden.

Die gestrige Debatte hatte nach den Erklärungen der Bülow und Koeren zunächst alles Interesse verloren. Die schweren Anklagen Müller-Reinings verfehlten, zumal sie mit ermüdend monotonem Tonfall vorgetragen wurden, den rechten Eindruck. Erst als Bebel noch einmal gründlich mit dem Korruptionssystem abrechnete, die Haltung des Zentrums geißelte, das skandalöse Komplott gegen Böplau aufdeckte und den Fall Peters als Symbol des alten und des neuen Kolonialkurses und des persönlichen Regiments charakterisierte, bemächtigte sich des Hauses noch einmal atemlose Spannung.

Für das Zentrum wird der 4. Dezember 1906 ein verhängnisvoller Tag bleiben, ein Jena, dem kein Leipzig folgen wird!

Die russische Revolution.

Der neue Satrap.

Die Ostprovinzen haben einen neuen Oberherren erhalten. Die Verfassungen der breiten Bevölkerungsgeschichten haben sich bewahrt. Baron v. Müller-Salomonsin, der 'Wiedereroberer' von West-Sibirien, ist zum unumstößlichen Gewaltherrn über das geplogte Grenzgebiet ernannt worden.

In einem am 30. November erlassenen Tagesbefehl erklärte der neue Generalgouverneur, daß dieser Titel nur ihm gehöre, und er verabschiedete den bisherigen Generalgouverneur von Aurland. Am nächsten Tage wrangte an den Strahnenenden ein neuer Tagesbefehl, in welchem der neue Satrap den Strafexpeditionen das Einschließen von Gebäuden und die Anwendung der Körperstrafe verbietet.

Weise, wie sie bisher von den 'Beruhigungs'-Abteilungen angewandt wurden, nicht das erreicht wird, was die Regierung beabsichtigt. Der Ruin der Provinzen stand unmittelbar bevor! Der neue Gewaltthaber macht auch kein Hehl daraus, daß er kein Gefühlsmensch ist. Er begründet seinen Befehl wie folgt: 'In der Mehrzahl der Fälle gehören die Gebäude in den Gefösten den Gutsbesitzern, und wenn auch nicht ganz, so doch in dem Betrage des Stücklandes der von den Bauern zu leistenden Kaufsumme!'

Es ist wichtig, festzuhalten, daß der Generalgouverneur selbst also zugeben muß, daß viele unschuldige Menschen durch die bisherige Tätigkeit der Edelherren gelitten haben. Im übrigen gestattet der Gouverneur das Niederbrechen von Gebäuden auch in der Zukunft, wenn sich in irgend einem Gebäude Verdächtige versteckt halten und beim Herannahen eines Truppenkörpers auf diesen ein Feuer eröffnen. Diese Klausel wird den Herren Strafexpeditionschefs genügen! Haben sie es doch verstanden, Hunderte von Menschen 'auf der Flucht' zu erschicken, die sie vorher so bearbeitet hatten, daß sie überhaupt an einen Fluchtversuch nicht denken konnten.

Das ist der Kern des 'liberal-humanen' 'Klasses'! In Riga sind in den verschiedenen Gefängnissen 800 Stellen 'freigemacht' worden. Neue Massenarreste haben in Libau und Riga stattgefunden, wobei das Militär jetzt direkt die Fabriken umzingelt und die 'nötigen' Verhaftungen vornimmt.

Wie 'Kuhst-Raik' mittelst, sind die zwei verschwundenen Landgendarme vom Gute Sibers-Nömerhof noch nicht gefunden und die Suche wird fortgesetzt. Wer sich dieser entzieht, soll mit 8 Monaten Arrest und 150 Rubeln bestraft werden!

Man sieht: der neue Satrap gibt den früheren an Brutalität nichts nach. Aber auch seine 'Beruhigungskunst' wird ebenso Schiffbruch leiden wie die seiner weniger pomphaft angelegten Vorgänger.

Der Siedlee-Pogrom.

Daß die Schenlichkeiten des Judenmordes zu Siedlee (8. bis 10. September d. J.) einzig und allein aufs Konto der russischen Regierungskreaturen fallen, war durch die Feststellungen von Privaten und von offiziellen Untersuchungskommissionen längst erwiesen. Jetzt ist durch den 'Sozialdemokrat', das Organ der russischen sozialdemokratischen Partei, ein neues Dokument bekannt geworden: der Bericht, den der Gendarmerie-Mittelmister Wjetchow an seine vorgelegte Behörde, zu Händen des Gehilfen des Warschauer Generalgouverneurs, erstattet hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

Die christlichen Gewerkschaften und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Endlich hat sich auch der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften veranlaßt gefühlt, zu dem Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Stellung zu nehmen. Er hat am 30. November eine Zusammenkunft abgehalten. Ueber das Resultat der Beratung wissen katholische Blätter folgendes zu berichten:

Die Forderung nach Rechtsfähigkeit war von jeher für die christlichen Gewerkschaften mehr von prinzipieller als von praktischer Bedeutung. Im allgemeinen haben sich die Gewerkschaften an den bestehenden Zustand gewöhnt und ihre Verwaltung entsprechend eingerichtet, so daß sie den Mangel der Rechtsfähigkeit nicht allzusehr empfinden. Man hat sich daher bei dem Verlangen nach Rechtsfähigkeit weniger leiten lassen von dem Gedanken, daß den Gewerkschaften dadurch ein besonderer Vorteil erwachsen würde, als vielmehr von dem Gesichtspunkte, daß den Berufsvereinen im allgemeinen, denen der Landwirte, der Handwerker, der Gewerbetreibenden und vor allem denen der Privatbeamten, den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen die Rechtsfähigkeit von größerem Nutzen sein würde.



Land einzuführen. Bei aller Anerkennung der Vorzüge gegen den bisherigen Rechtszustand muß aber offen bekannt werden, daß der Gesetzentwurf der Regierung die Frage des Gewerblichkeitsrechtes in einer für die christlichen Gewerkschaften durchaus unannehmbaren Form regelt.

Es werden dann in dem direkt aus dem Bureau der Konferenz stammenden Bericht verschiedene Bedenken gegen die Vorlage geltend gemacht. Gerügt wird, daß der Gesetzentwurf nur dann einen Verein zur Erwerbung der Rechtsfähigkeit zulassen will, wenn sein Zweck „nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Verufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist, ohne daß ein Rechtsanspruch eingeräumt wird.“ Es müßte vielmehr, so fordert der Vorstand des Verbandes der christlichen Gewerkschaften, klar im Gesetz zum Ausdruck gebracht werden, daß die Kartellierung der Berufsvereine und ihrer Zahlstellen mit gleichartig gerichteten Berufsvereinen, wie es in den Ordinalen der christlichen Gewerkschaften und dem Gesamtverbande derselben der Fall ist, zulässig ist; ferner, daß die gegenseitige Unterstützung der Berufsvereine nicht nur bei Streiks, sondern auch in der Vertretung der sozialpolitischen Forderungen, die alle Verufe gemeinsam betreffen (Koalitionsrecht, Maximalarbeitszeit usw.), sowie solche Forderungen, die nur einen bestimmten Verufe betreffen (z. B. Heimarbeiterzuschuß), als Vereinszweck gestattet ist.

Für überflüssig, zum Teil sogar für schädlich wird ferner die Bestimmung des § 3 bezeichnet, nach welchem Mitglieder, welche ihren Verufe wechseln, aus dem Verein ausscheiden, die im § 7 des Entwurfs enthaltene Forderung eines Ausschusses von mindestens 50 Personen und die im § 11 gestellte Bedingung, daß den Verwaltungsbehörden jederzeit das Verzeichnis der Mitglieder vorgelegt werden muß und jedes Mitglied eine Abschrift der Mitgliederliste verlangen kann. Besonders scharf aber werden die Bestimmungen zurückgewiesen über die Wiederentziehung der Rechtsfähigkeit und die Haftbarkeit der Berufsvereine für den von ihren Vorständen dritten Personen zugefügten Schaden. Es heißt darüber wörtlich in dem betreffenden Bericht:

Die in § 15 ausgesprochenen Bedingungen, unter denen den Vereinen die Rechtsfähigkeit entzogen werden kann, sind unannehmbar, weil sie der Willkür der den Gewerkschaften vielfach unfeindlich gegenüberstehenden Behörden zur Vornahme der Aktionskraft der Organisationen eine bequeme Handhabe bieten. Es ist ein Unrecht, den Arbeitern der Gas- und Wasserwerke usw. das Streikrecht zu beschneiden, ohne ihnen dafür einen Ersatz zu bieten. Die christlichen Gewerkschaften erkennen an, daß Streiks in diesen Verufen, welche die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Beleuchtung in Frage stellen, unter Umständen das Allgemeinwohl schwer schädigen. Solange aber diese Arbeiter dem freien Arbeitsvertrag und die Betriebe selbst der freien Konkurrenz unterstehen, ist es ein Unrecht, diesen Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen, vor allem, da die Arbeiter für den Ausbruch solcher Streiks nicht allein verantwortlich gemacht werden können.

Die einfache Anwendung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf die Berufsvereine, nach welchem der Verein für den vom Vorstand und dessen Vertreter in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen dritten Personen zugefügten Schaden ersatzpflichtig ist, ist für die gewerkschaftliche Praxis unannehmbar. Die christlichen Gewerkschaften stehen nicht auf dem Standpunkte, daß den Berufsvereinen eingeräumt werden soll, beliebige anderen Schaden zuzufügen. Die vorstehende Bestimmung gibt aber den Arbeitgebern und den Behörden eine Handhabe, um die Gewerkschaften mit Schadenersatzklagen zu Tode zu schikanieren.

Zum Schluß spricht er Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften seine Hoffnung aus, daß die Parteien des Reichstages bei der Beratung in der Kommission dem Entwurf eine Form geben, die den Gewerkschaften die Verneinung der Rechtsfähigkeit erwidert, ohne daß sie in ihrer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit gehemmt würden. Die sozialdemokratische Partei wird diese Erwartungen rechtfertigen, ob aber auch das Zentrum — die Partei, welche die christlichen Gewerkschaften in ihrer großen Mehrheit als ihre ureigentliche Vertretung betrachten — das erscheint höchst fraglich, denn in seinen Reihen überwiegt nicht die Wiesbartsche, sondern die Trimborsche Auffassung.

## Deutsches Reich.

### Das koloniale Rechnungswesen.

Nicht nur um den Rechtszustand ist es in unseren schönen Kolonien höchst mißlich bestellt, auch das Rechnungswesen läßt alles zu wünschen übrig. Verfassungsmäßig soll sofort nach der Verwendung der Ausgaben die Rechnungsabrechnung stattfinden; tatsächlich ist jedoch erst jetzt, also nach zehn Jahren, dem Reichstage die Uebersicht über die Rechnungen des Kolonialhaushaltes für das Etatsjahr 1896/97 zugegangen. Das ist nicht die Schuld des Rechnungshofes, sondern, wie dieser ausführlich, des trostlosen Zustandes der kolonialen Finanzwirtschaft. In richtiger Würdigung der erst während der letzten Tage wieder im Reichstage beleuchteten traurigen deutschen Kolonialwirtschaft hatte der Rechnungshof ohnehin schon seine Ansprüche auf das bescheidenste Maß zurückgedrängt; doch selbst diesen verminderten Ansprüchen vermochte die Kolonialverwaltung nicht zu genügen, so daß sich der Rechnungshof zu dem Erkenntnis gezwungen sieht:

„Zur allgemeinen hat der Rechnungshof in formaler Hinsicht an die Aufstellung der Rechnungen und an die Beschaffenheit der Belege weit geringere Anforderungen gestellt als beim heimischen Rechnungswesen; aber darauf mußte er hinwirken, daß jenes Maß von Ordnung, ohne das überhaupt eine Rechnungslegung nicht denkbar ist, eingehalten werde; während über weniger erhebliche und vereinzelte Verstöße solcher Art größtenteils hinweggesehen wurde, war, soweit sich dies als ausführbar erwies, darauf zu achten, daß grundsätzlich nach den Gesetzen, den Verordnungen und dem Etat, sowie daß von den nachgeordneten Stellen den Vorschriften der Zentralverwaltung und der Gouvernements gemäß verfahren werde.“

Und im Tone stiller Resignation bekennend deshalb der Rechnungshof: „Es wird eine einigermaßen geregelte und ordnungsmäßige Rechnungsführung über die Verwendung der verwalteten Gelder nicht besichert werden können.“

Die jetzt nach zehn Jahren vorgelegte Uebersicht hat denn auch, im Grunde genommen, wenig Wert. Manche der Herren Kolonialbeamten haben, wie es im Bericht heißt, nicht das geringste Verständnis für eine geordnete Finanzwirtschaft. Sie haben durch passiven Widerstand die ordnungsmäßige Ausübung der Rechnungskontrolle fast vollständig unmöglich gemacht. Die Folge war:

„Der Uebersicht über die Ausgaben der einzelnen Titel ging um so mehr verloren, als in den späteren Rechnungen Forträge früherer Rechnungen häufig geändert und berichtigt wurden.“

Inbesondere konnte eine auch nur einigermaßen genügende Kontrolle hinsichtlich der einzelnen Bauten, die aus den einmaligen Sammelbudgets zu bestreiten waren, nicht geübt werden.“

Ebenso erwies sich „eine ordnungsmäßige Prüfung der Materialrechnungen durch den Rechnungshof als unausführbar.“ Der Rechnungshof hat vollständig auf die Einbindung von Materialrechnungen aus den Schutzgebieten verzichtet müssen in der Erkenntnis: „Eine Prüfung, die nur eine ganz mangelhafte sein kann, ist nicht bloß wertlos, sondern es kann auch das Bekanntheit dieser Tatsache auf die betreffenden Beamten sogar schädlich einwirken.“

Als Einnahmen für das Etatsjahr 1896/97 verzeichnet die Uebersicht für das ostafrikanische Schutzgebiet 6 102 976 M., an Ausgaben 6 284 911 M., also ein Defizit von 181 935 M. Für Kamerun Einnahmen 1 392 829 M., Ausgaben 1 620 178 M., Defizit 227 349 M.; für Togo Einnahmen 804 157 M., Ausgaben 403 748 M., Defizit 399 589 M.; für Südwestafrika Einnahmen 4 488 494 M., Ausgaben 5 170 718 M., Defizit 682 218 M. Danach könnte es scheinen, als sei das Defizit im ganzen nur gering; doch darf nicht vergessen werden, daß die sogenannten Einnahmen nur zum geringsten Teil aus wirklichen Einnahmen bestehen, sondern meist aus Reichszuschüssen. Bereits 1896/97 hat das Deutsche Reich für seine wertlosen Kolonien mehr als 9 Millionen Mark an „Reichszuschüssen“ ausgegeben.

### Ein köstliches Ergebnis.

Ueber den jüngsten Nürnberger Kriminalprozeß, der am Sonnabend, wie wir gemeldet haben, mit der Beurteilung des Angeklagten Bittel zu 7 Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruchs und des Angeklagten Koller zu 4 Monaten Gefängnis wegen Aufzuges endete, wird uns aus Nürnberg geschrieben:

Der am Sonnabend vor dem Schwurgericht Nürnberg verhandelte zweite Kriminalprozeß dürfte auch der letzte gewesen sein, wie aus dem während dieser Verhandlung vom Vorsitzenden und dem Staatsanwalt gemachten Bemerkungen hervorgeht. Nach den Vorbereitungen, die seinerzeit getroffen wurden, glaubte man sich auf mehrere Massenprozesse gefaßt machen zu müssen. Ein eigener Richter wurde eingesetzt, der nichts anderes zu tun hatte, als die Unterführung gegen die „verdächtigen“ Personen zu führen. Sämtliche Polizeikommissare und andere Polizisten waren tagelang auf den Beinen, um weitere Verdächtige ausfindig zu machen und Material gegen sie zusammenzutragen. Wer sich mit einer Verletzung sehen ließ, wurde unter dem Verdachte der Teilnahme an dem Unruhen verhaftet. Wegen der Vorgänge am 17. August, bei der Erschießung Reichsmanns, wurden dann auch nicht weniger als 20 Personen in Untersuchung gezogen; hiervon fanden fünf am 11., 12. und 13. Oktober vor dem Schwurgericht zu Nürnberg. Gegen die übrigen schwört das Verfahren noch. Es sind Strafkünde von den Unruhen, denen man daraus einen Strich zu drehen gedachte, daß sie am kritischen Abend in der Regensburgerstraße, in dem Versteckstall der Streikenden, anwesend waren. Im Zusammenhang mit den Kriminalen am 23. und 24. August ist die Unterführung gegen 19 und 22 Personen eröffnet worden. Gegen die meisten mußte das Verfahren eingestellt werden, weil ihnen nicht das geringste nachgewiesen werden konnte. Es blieben nur übrig die drei jugendlichen Burschen, die am verhängenen Sonnabend auf der Anklagebank saßen. In seinem Plaidoyer teilte der Staatsanwalt mit, daß er bereits beantragt habe, die noch übrigen in Untersuchung befindlichen Angeklagten aus der Affäre vor dem 17. August ebenfalls außer Verfolgung zu setzen. So wäre also die Tätigkeit der Justiz mit dieser Verhandlung erledigt.

Das ist ein köstliches Ergebnis. Was hat die Schatzkammerpresse aus jener Affäre nicht alles gemacht! Bei den großen Kriminalen sollte es sich um einen planmäßigen Versuch handeln, die Fabrik zu füttern und die Erschießung Reichsmanns zu rächen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde dafür verantwortlich gemacht; man hat angeklagt, das gerichtliche Verfahren werde solche Beweise für den Umfang des sozialdemokratischen Terrorismus erbringen, daß die „Bürgerpartei erschreckt aufstehen“ werde. Und nun das Resultat! Die ganze Ausbeute an „Aufzuhörern“ besteht aus drei halbunwürdigen Burschen, die nur aus jugendlicher Habgier ein Verbrechen begangen haben. Der Staatsanwalt muß bekümmert zugeben, daß sich die organisierte Arbeiterschaft dieser Bewegung vollständig ferngehalten hat. Die sozialdemokratische Presse hat von allem Anfang an behauptet, was der Staatsanwalt hier offen zugab; dafür wurde sie von den kapitalistischen Verächtlern der „Verlogenheit“ geziehen. Auf welcher Seite die Lügner waren, das hat die Verhandlung deutlich genug ergeben.

### Der Bund der Landwirte im Rheinlande.

Der Bund der Landwirte hat schon wiederholt Versuche gemacht, die ultramontanen Bauernvereine des Westens dem Einfluß des Zentrums zu entziehen und als rein wirtschaftliche Organisationen dem Bunde unterzuordnen. Das ist nun den Herren Hahn und Koeside nicht gelungen; das Zentrum ist auf der Wacht gewesen und hat den Bemühungen der Bundesführer erfolgreich zu begegnen gewußt. Dennoch aber haben die Bündler im Rheinlande bedeutenden Einfluß zu gewinnen vermocht. Zunächst dadurch, daß der Bund sich dort festsetzt und zahlreiche Mitglieder für seine Landesorganisation gewonnen hat, darunter viele katholische Landwirte und Zentrumslernern, die zugleich Mitglied des rheinischen Bauernvereins sind; dann dadurch, daß er die „Rheinische Volksstimme“, das Blatt der Zentrumsbauern, vollständig mit seinem Gesetze zu füllen und so auf indirektem Wege den rheinischen Bauernverein sich untertan zu machen gewußt hat. Ein rheinischer Bauernvereinsler, mag er bei der Wahl auch seinen Zentrumsstimmen abgeben, unterscheidet sich bezüglich seiner wirtschaftspolitischen Ansprüche durch nichts von einem ostfälischen Bauernbündler.

Die Agitation des Bundes der Landwirte findet in der „Rheinischen Volksstimme“ die liebevollste Berücksichtigung. So berichtet das zentrumagrarische Blatt von einer Versammlung des Bundes in Krefeld, zu der, wie es heißt, mehr als 500 Landwirte von nah und fern herbeigezogen waren. Bundesdirektor Dietrich Hahn hielt das Referat. Er gab zunächst seine Freude darüber kund, daß er im schönen Rheinlande vor einer so stattlichen Versammlung sprechen könnte, weil gerade die Versammlungen in der Rheinprovinz für den Bund von großer Bedeutung seien. Dann sang Herr Hahn das Lob des Herrn v. Roddelski: „Ein General in Preußen ist immer ein schneidiger Kerl, und Roddelski war auch einer, das hat er durch seine Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft bewiesen. Kein Stück Vieh des Auslandes dürfte lebend den deutschen Boden betreten. Die gesamten deutschen Grenzen müssen für die Einfuhr von Vieh geschlossen bleiben. Unsere Parole muß sein: Unbedingte Aufrechterhaltung des Grenzschutzes!“

Interessant waren die Ausführungen Hahns bezüglich des Zentrums: „Wir haben gehofft, daß die Führer der Zentrumspartei die Parole ausgegeben hätten: „Wir machen den Fleischnotmangel nicht mit!“ Aber dies ist von den meisten Führern der Partei nicht geschehen. Ueber die Rede des Herrn Wiesbarts im Reichstage bin ich ganz entsetzt gewesen. Die Zustände der Industrie können nicht in die Landwirtschaft übertragen werden, und deshalb wende ich mich entschieden gegen die betreffende Rede des Herrn Wiesbarts. (Wanghaushalter Weisfall.) Dem Zentrum rufen wir zu: „Haltet ein!“ Die Sozialdemokratie wird die Früchte der Zentrumsparthei pflücken.“

Daß solche Worte aus dem Herzen der Zentrumsbauern gesprochen sind, wissen wir aus der Standrede, die die „Rheinische Volksstimme“ jüngst dem Abgeordneten Wiesbarts wegen seiner Rede über das Koalitionsrecht der Landarbeiter gehalten hat. Für die sozialpolitische Auffassung der Versammlung sind bezeichnend die Worte eines Redners, der da meinte: „Es nehme kein Mensch dem Arbeiter übel, daß er seine Lage zu verbessern suche. Dies dürfte jedoch nicht auf Kosten der Arbeitgeber geschehen! — Nach dem Sinne der Agrarier hat also der Arbeiter bis in alle Ewigkeit zu schuften, zu hungern und zu leiden, da es wohl ohne Wunder nicht möglich ist, daß der Arbeiter anders als auf Kosten der Arbeitgeber seine Lage verbessert.“

Zum Schluß der Versammlung drückte Herr Schreiner, der ehemalige Redakteur, den Wunsch aus, daß der Bund der Landwirte die Partei des Freiherrn Felix von Loë (des bekannten Zentrumsmannes und Führers des rheinischen Bauernvereins) fortsetzen und bewirken werde, daß die agrarischen Kreise des Zentrums auch durch Agrarier vertreten werden.

Die Bündler werden dieser Aufforderung folgen und durch ihren Einfluß auf die Zentrumsbauern das Wort des Grafen Strachwitz wahr machen: „Das Zentrum wird agrarisch sein oder es wird nicht sein!“

### Der bibelfeste Abgeordnete Erzberger.

Bibelfest zu sein, ist kein besonderes Verdienst, nicht bibelfest sein aber keine Schande. Aber als Abgeordneter sich in der Öffentlichkeit als besonders bibelfest auszugeben und den vermeintlichen Mangel von Bibel- oder biblischer Geschichtskunde anderer zu tabeln und solchen selbst lächerlich zu offenbaren, muß insbesondere bei einem Mitgliede des Zentrums auffallen. In der gestrigen Reichstagsdebatte behauptete Abg. Erzberger mit der ihm kennzeichnenden Bescheidenheit:

„Nurthen bekommt nur ein Leichnam. Wenn der Abg. Wedel etwas Besseres in der biblischen Geschichte Bescheid wüßte, so würde er wissen, daß das Ausstreuen von Nurthen nicht gerade hoffnungsfreudig wirken kann.“

Diese Worte wurden von einigen Mitgliedern des Zentrums mit Bewunderung, von anderen mit Beifall aufgenommen. Der Abg. Erzberger und seine Fraktionskollegen sollten sich etwas genauer mit der Bekläre der Bibel befassen.

Wir stellen nachfolgend zur Erleichterung der Bibelstudien der katholischen Herren einige Stellen aus der Bibel zusammen, in denen von Nurthen die Rede ist. Vielleicht erfahren die Herren daraus, wie gefährlich es ist, andere aus einem Gebiet belehren zu wollen, das den Zentrumsherrn eigentlich etwas genauer bekannt sein sollte. Freilich läßt der fortwährende Verstoß der Zentrumsadgeordneten gegen die Lehren der Bibel ihre Unkenntnis mit dem Zustand der Bibel erklärlich erscheinen.

1. Buch Mos. 37. Kap. Vers 26 wird davon gesprochen, daß, als Josephs Brüder ihn in eine Grube geworfen, sie sich niederlegten zu essen. „Da sahen Sie einen Haufen Jämeliter kommen von Gilead mit ihren Kamelen. Die trugen Würze, Balsam und Nurthen und zogen hinab nach Ägypten.“

1. Buch Moses Kap. 48. Vers 11 schickt Israel seine 11 Söhne zu seinem Sohn Joseph, Boddelski's ministeriellem Vorgänger in Ägypten, um Getreide zu kaufen. Um des Ägyptischen Godes Herz zu erweichen (nicht um einen Leichnam zu ehren) sendet er an ihn Geschenke: „ein wenig Balsam und Honig und Würze und Nurthen und Datteln und Mandeln.“

2. Mos. Kap. 30. Vers 23 heißt es: „Und der Herr redete mit Mose und sprach: nimm zu Dir die besten Spezereien, die ebelfen Nurthen... und mache ein heiliges Salböl nach der Apothekekunst und damit sollst Du salben die Stirne des Stifts und Lade des Jougnisses.“ Ferner sollen damit auch Aaron und seine Söhne gesalbt und zu Priestern geweiht werden. Sind nach Ansicht des Abg. Erzberger die Priester „Leichname“?

Psalm 45. Vers 8. 9 heißt es im Brautlied: „Du siehst Gerechtigkeit und hastest gotisches Wesen; darum hat dich Gott, dein Gott mit Freudenöl gesalbt... Deine Kleider sind eitel Nurthen, Ales und Regia, wenn du aus den ersten Beinenen Palästen daher trittst, in deiner schönen Pracht.“ Glaubst Erzberger, hier sei ein lebendiger, gesunder Leichnam gemeint?

Sprache Salomo Kap. 7. Vers 17 sucht eine Hure einen Jüngling zum Wuhlen zu bewegen. Sie prahlt dabei: — „Ich habe mein Lager mit Nurthen, Ales und Cinnamen besprenget.“

Nicht das nach Leichnam?

Im Hohelied Salomos Kap. 4 wird die Schönheit gepriesen. Dort heißt es: „Deine zwei Wäste sind wie zwei junge Reh-Zwillinge, die unter den Rosen weiden, bis der Tag kühl werde und der Schatten weiche. Ich will zum Nurthenberge gehen und zum Weibhaußhügel... Dann weiter: Meine Schwester, liebe Braut: du bist ein verschlossener Garten, eine verschlossene Quelle, ein versiegelter Born. Dein Gewächs ist wie ein Lustgarten von Granatapfel, mit edlen Früchten, Cypern mit Karden, Karden mit Safran, Kalnus und Cinnamen, mit allerlei Bäumen des Wohlrauchs, Nurthen und Ales...“

Kommt danach, Herr Erzberger, nur ein Leichnam Nurthen?

Aber vielleicht lautet es im neuen Testament anders? Mit nichten.

Evangelium Matthäi 2. 11 heißt es von den Weisen im Morgenlande:

„Und gingen in das Haus und fanden das Kind ein mit Maria, seiner Mutter und fielen nieder und beteten es an, und taten ihre Schätze auf und schenkten ihm Gold, Weihrauch und Nurthen.“ War das ein Leichnam?

Ed. Marc. Kap. 15. Vers 23 heißt es von den Kriegsmächten: sie gaben Jesus Nurthen in Wein zu trinken, und er nahm's nicht an.

Ed. Johannis, Kap. 19. Vers 38 bringt Nicodemus Nurthen und Ales für den Leichnam Jesu. Meinte Erzberger diese Stelle? Wollte er Dornbusch mit Jesus Leichnam vergleichen?

Vielleicht ist Herr Erzberger auch der Verf. eines Kirchenliedes bekannt, dahingehend:

Dem Kind, sie brachten alle drin

Dem Kind, sie brachten alle drei

Erzberger, si tacuisses, philosophus mansisses! (Hättest Du geschwiegen sein, hätte man für einen Wissenden vielleicht Dich gehalten.)

Sodieß zur charakteristischen Kennzeichnung des Verheerbedürfnisses und der Unkenntnis der Bibel und biblischen Geschichte des Herrn Erzberger und seiner Freunde.

### Ein neues Vesteuerungs-Argument.

Der „Reichsanzeiger“ leitet Vorarbeiten zur Debatte über die Reichsnot-Interpellation. Er sucht zu berechnen, wie hoch sich die Verluste belaufen, welche der Landwirtschaft durch die Ausfuhrung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau, d. h. durch die bei der Beschauung erfolgenden Beanspruchungen und Verwerfungen entstehen. „Eine amtliche Statistik der Beanspruchungen für ganz Deutschland“, schreibt er, „sicht leider noch. Wohl aber sind in mehreren



**Einzelstaaten, so in Preußen und Bayern, die Ergebnisse der in diesen vorgenannten Schlachtvieh- und Fleischbeschau bereits für zwei Jahre, für 1904 und 1905, veröffentlicht worden.** Das hier von dem Umfang der Beanstandungen und der durch sie herbeigeführten Verluste gegebene Bild ist nicht erfreulich, zeigt es doch für das Jahr 1905 sowohl eine absolute wie auch zum Teil eine relative Zunahme der Beanstandungen. In Nr. 304 des Reichs- und Staatsanzeigers vom 28. Dezember v. J. ist der Gesamtverlust derjenigen Tiere und Teile von Tieren, die im Jahre 1904 infolge der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in Preußen der Vernichtung anheimgefallen sind, auf 17 418 062 M. berechnet worden. Die vor kurzem vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen der Beanstandungen für das Jahr 1905 ergeben, auch wenn man der Berechnung der Werte der beanstandeten Tiere und Teile von Tieren nur dieselben Preise wie für das Vorjahr zugrunde legt, einen Gesamtverlust von über 19 500 000 Mark. Hiernach würde die Steigerung der Verluste nur rund 2 100 000 M. betragen. In Wirklichkeit ist sie aber weit größer, da der Wert der Tiere gestiegen ist, und dann natürlich auch die Werte, die infolge der Beanstandungen verloren gehen, entsprechend höher angesetzt werden müssen. Hat man dies und Berücksichtigt man ferner die in Bayern nach der amtlichen Statistik der Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau und in den übrigen deutschen Staaten noch Schätzungen eingetretener Verluste, so dürfte sich für das Jahr 1905 für ganz Deutschland ein Gesamtverlust an Viehwerten in Höhe von über 50 Millionen Mark ergeben.

Allen Anschein nach soll durch diese Verlustrechnung bewiesen werden, daß die Viehhändler in Deutschland ein besonders hohes Risiko tragen, und deshalb in Deutschland höhere Viehpreise als anderwärts berechnigt sind. Es würde uns keineswegs wundern, wenn bei der demnächstigen Debatte im Reichstage der neue Landwirtschaftsminister auch mit diesen schönen Argumenten kommt.

#### Keine Porto-Ermäßigungen.

Das Präsidium des Deutschen Handelstages hatte an die Regierung eine Eingabe betreffend die Herabsetzung der Portofähigkeit für Druckfachen gerichtet. Darauf ist ihm folgende Antwort des Staatssekretärs Kräfte zugegangen:

Die vom Deutschen Handelstag vorgeschlagene Herabsetzung des Druckfachtarifs kann, da sie für die Postkasse einen Einnahmeausfall von mehreren Millionen Mark zur Folge haben würde, aus finanziellen Gründen zurzeit nicht in nähere Erwägung gezogen werden. Dem weiteren Antrage, das Reichspostamt der Druckfachen im inneren deutschen Verkehr und im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn auf zwei Kilogramm zu erhöhen, läßt sich, abgesehen von anderen betriebswirtschaftlichen Gründen, besonders deshalb nicht entsprechen, weil schon jetzt die großen Mengen von Druckfachen, Warenproben, auch Geschäftsproben, die ordnungsmäßige Verarbeitung der übrigen Briefpostgegenstände beeinträchtigen.

Der neue Zentralbahnhof in Hamburg wird morgen, am Mittwoch, in Betrieb genommen; von welchem Tage an endlich eine seit Jahrzehnten bitter vermisste Zentrale für den gesamten Umkreisverkehr in Hamburg vorhanden ist. Die Eisenbahndirektionen zwischen Hamburg und Preußen waren schuld daran, daß die Eisenbahnlinie so lange angehalten hat, bis endlich im Jahre 1898 zwischen Preußen, Hamburg und der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft der auf Erbauung eines Hauptbahnhofes bezügliche Vertrag ratifiziert wurde. Die gesamte Umwandlung der Bahnhofsanlagen und die Neubauten der Hauptbahnhöfe in Hamburg und Altona sowie der Zwischenbahnhöfe erforderlich die respektable Summe von 85 Millionen Mark, an der Preußen mit 64, Hamburg mit 18½, die Lübeck-Büchener Gesellschaft mit 8½ Millionen und die Stadt Altona mit 600 000 Mark partizipierten.

Der Hauptbahnhof repräsentiert sich in einer Länge von 200 und einer Breite von 150 Metern mit seinen 12 Gleisen als der größte Hallenbau Deutschlands. Leider hat die Architektur des gewaltigen Bauwerkes durch die von Wilhelm II. an der Nordfront angeordneten Türme gelitten.

Deute fand die mit den üblichen Reden, Festessen und Toasten verbundene Einweihung statt. Eisenbahndirektionspräsident Jungnickel hielt eine längere Ansprache, dann folgte der Eisenbahnminister Breitenbach mit einer Rede, die mit dem obligaten Kaiserhoch schloß.

In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch erfolgt die Ueberleitung der Züge.

Als ein gutes Vorzeichen für die politischen Wahlen in Bayern ist der Ausfall der am Sonntag in Bamberg stattgefundenen Wahlen zum Gewerkschaftsrat zu betrachten. Bei der Wahl der Arbeiterbeisitzer fanden sich zwei Listen gegenüber: die der freien Gewerkschaften und die der Christlichen. Die letzteren spannten alle Kräfte aufs Feinste an, aber trotzdem erfochten die freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg, indem sie 1062 Stimmen auf ihre Liste vereinigten, während es die Christlichen nur auf 605 Stimmen brachten.

Der bisherige württembergische Ministerpräsident, Dr. Breiting, dessen Rücktritt schon seit Monaten prophezeit wurde, räumt seinen Posten. Wie der Telegraph meldet, hat der König sein Rücktrittsgesuch genehmigt unter Verleihung der Brillanten zum Großkreuz des Kronenordens und unter Zusendung eines herzlichen Handbrevets, in dem der König ihm seinen Dank für die Verdienste, besonders um das Zustandekommen der großen Reformen der letzten Jahre und die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches in Württemberg ausdrückt. — Zum Ministerpräsidenten ist der Minister des Inneren Dr. v. Beigfelder, zum Justizminister Oberlandesgerichtspräsident v. Schmidlin ernannt worden.

#### Ausland.

##### Frankreich.

Zur Maxoffrage hat Pichon, der Minister des Inneren, einem Interviewer folgende Ausführungen gemacht:

Alle Signatarmächte des Uebereinkommens von Algierat sind über unseren Plan auf dem laufenden. Uebrigens versammeln sich die Befandten aller beteiligten Mächte täglich in Tanger und verfolgen in gemeinsamer Einnahme dasselbe Ziel. Sie haben soeben an den Rassen eine gemeinsame Note gerichtet, in welcher sie auf die Unzulänglichkeit der Mittel zum Schutze der Sicherheit der Ausländer und auf die Notwendigkeit einer sofortigen Umgestaltung der Polizei in Marokko hinweisen. Was uns anlangt, so haben wir keinen anderen Wunsch, und wir müssen sorgfältig bemerken, das erhaltene Mandat zu überschreiten. Fürwahr, bis jetzt liegt nichts vor, was die Besorgnisse rechtfertigen könnte, die sich in gewissen Kreisen kundgegeben haben. Man hat Unrecht gehabt, sich über die Entscheidung dieser Schiffe auszufragen, welche diejenigen ersehen sollen, die sich bereits in den marokkanischen Gewässern befinden. Wir waren der Ansicht, daß eine größere Flottenmacht eine größere moralische Wirkung ausüben werde. Das ist alles.

Auf die Frage, ob Kaiser an der Umgestaltung der Polizei teilnehmen werde, antwortete Pichon: Kaiser nimmt nur die Stellung ein, die er sich selbst gegeben hat, und die nur ungenau abgegrenzt ist. Es ist schwer, die Rolle voranzuführen, welche er spielen wird; aber, was immer sich ereignen möge, unsere Haltung wird sich mit zwei Worten kennzeichnen lassen: Keine Abenteuer, keine Expeditionen! Wir halten uns an das von der Algieratabelle festgesetzte Programm; nicht mehr und nicht weniger.

##### Spanien.

Das neue Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Vorsitz Vega de Armijo, Außenwärtiger Perez Caballero, Inneres Romanos, Finanzen Recort, Öffentliche Arbeiten de Federico, Krieg Beyer, Marine Cobian, Unterricht Jimeno, Justiz Barroso.

#### England.

Am Montag wurden im Oberhaus die zur Unterrichts-vorlage eingebrachten Änderungsanträge zu Ende beraten, ohne daß die Opposition nennenswerte Zugewinne machte. Ein neuer Zusatzantrag, der den Sektoren für die Erteilung des Religionsunterrichts weiteren Spielraum gewährt, wurde, obgleich die Regierung sich dagegen aussprach, mit 131 gegen 45 Stimmen angenommen.

Konflikte sind bei dieser Haltung des Oberhauses unausbleiblich.

#### Dänemark.

##### Gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht.

In der zweiten und dritten Beratung des Regierungsentwurfs über die Einführung des allgemeinen gleichen Kommunalwahlrechts haben es die reaktionären Parteien im Landsting fertig gebracht, die Änderungsanträge des Landstings vom vorigen Jahre wieder aufzunehmen. Diese Vorschläge lauten darauf hinaus, daß das Zweiklassenrecht beibehalten werden soll, nur mit der Reform, daß die Hochbesessenen nicht mehr wie jetzt doppeltes Wahlrecht, nämlich in ihrer Klasse und in der allgemeinen Wählerklasse haben, und daß die Personen in dienender Stellung, die keinen eigenen Haushalt führen, auch in Zukunft vom Wahlrecht ausgeschlossen sein sollen. Diese und ähnliche Änderungen des Entwurfs wurden vom Landsting wiederum beschlossen. Die Konservativen und Freikonserverativen verhinderten sowohl am Mittwoch bei der zweiten wie am Freitag bei der dritten Beratung des Entwurfs jede eingehende Diskussion über ihre Vorschläge. Sie erklärten sich bereit, zu verhandeln, aber nicht im Plenum, nicht vor der Öffentlichkeit, sondern nur im Landstingssaal, dem der durch ihre Vorschläge gänzlich verdorbene Entwurf überwiesen wurde. Weder dem Genossen C. E. Andersen noch dem radikalen Dr. E. Brandes gelang es, die reaktionären Parteiführer zu einer Erklärung darüber zu bewegen, in welcher Weise sie denn eigentlich bei den Verhandlungen den Beschlüssen des Landstings und dem Regierungsentwurf entgegenkommen wollten. Verhindernd ist auch die Haltung des freikonserverativen Führers Graf Frijs, dessen entgegenkommende Äußerungen bei der ersten Beratung des Entwurfs in die Welt hinaus depechiert wurden. Er stimmt jetzt mit seiner Fraktion für die reaktionären Vorschläge.

#### Amerika.

##### Politische Änderungen in Kanada.

Am 29. November legte der Finanzminister Mr. Fielding dem kanadischen Parlamente den Etat vor und kündigte einige politische Änderungen an. Diese sind wichtig, da sie unseres Erachtens einen weiteren Schritt in der nationalen Entwicklung Kanadas bedeuten.

In den letzten zehn Jahren bestand in Kanada folgende Zollpolitik: Generaltarif für alle nichtbritischen Länder; Vorzugstarif für England; Kampfsoll (gegen Deutschland). Der Vorzugstarif betrug 33½ Proz. des Generaltarifs.

Nach den vorgeschlagenen Änderungen soll der Generaltarif bestehen bleiben und ein neues Element eingeführt werden: ein Konventionaltarif für diejenigen nichtbritischen Länder, die mit Kanada — auf Grund gegenseitiger Konzessionen — Handelsverträge abschließen. Der Konventionaltarif soll die im Generaltarif aufgestellten Zölle um etwa 10 Proz. herabsetzen. Der Vorzugstarif für England bleibt derselbe. Die 33½ Proz. Vorzug sind aber nach dem Generaltarif berechnet. Schließt nun zum Beispiel das Deutsche Reich mit Kanada einen Handelsvertrag ab, so erhält es den Konventionaltarif, der um 10 Proz. niedriger ist als der Generaltarif. Da aber die 33½ prozentige britische Vorzugstarif nach dem Generaltarif berechnet ist, so verbessert sich die Lage des deutsch-kanadischen Handels gegenüber dem englisch-kanadischen Handel! Früher betrug der normale Unterschied 33½ Proz., jetzt 33½ minus 10 = 23½ Proz. Die neuen Änderungen der kanadischen Zollpolitik laufen also auf eine Herabsetzung der englischen Vorzugsbehandlung um 10 Proz. hinaus.

Gleichzeitig mit dieser rückläufigen Tendenz des kanadischen Imperialismus zeigt Kanada eine größere Selbstständigkeit der Zollpolitik, die ohne Zweifel auf ein Erstarken des nationalen Bewußtseins zurückzuführen ist, das sich sowohl gegen eine englische wie gegen eine amerikanische Annäherung wendet.

Aus Wisconsin ist noch ein eigenartiger Fall von der letzten Wahl zu berichten: Durch einen Wahlstreich sind die Genossen dort in große Verlegenheit geraten. Als Beamten für Landvermessungsarbeiten hatte die Partei keinen geeigneten Kandidaten. Ueberhaupt schien ihr die Sache unwichtig, da die meisten Kandidaten der Partei vorläufig nur aufgestellt wurden, um die sozialistischen Stimmen zu zählen. Nur in den seltenen Fällen, wo die Chancen eines Wahlsieges günstiger liegen, ist man vorsichtig und stellt Männer auf, die, wenn sie gewählt werden, ihr Amt aufs Beste zu verwalten verstehen. Im vorliegenden Falle ließ sich ein alter, braver Genosse, der Maurer Gläser, bewegen, als „Zählkandidat“ aufzutreten; aber — oh Schreck! — er wurde gewählt! Das Amt bringt nicht viel ein, er kann als Maurer mehr verdienen und hat eine große Familie zu ernähren. Da ist guter Rat teuer. Wenigstens ziehen die Genossen die Lehre daraus, nicht mehr bloße Zählkandidaten aufzustellen, sondern immer mehr mit der Möglichkeit eines Sieges zu rechnen.

#### Aus der Partei.

Gegen Lebensmittelwucher und Fleischnot. In Bayern fanden gutbesuchte Protestversammlungen gegen den Lebensmittelwucher statt am 1. d. M. in Leitau, am 2. in Lauenhain und Ludwigshafen. Die drei Orte liegen im Frankensalbe! Genosse Max Walthers Nürnberg referierte.

Am 2. Dezember hielt Genosse Franz Feldmann-Langenbieselau in Deterowaldau eine öffentliche Protestversammlung gegen die Lebensmittelverteuerung vor circa 300 Personen ab. Der Vortrag wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und die Resolution des Parteivorstandes einstimmig akzeptiert.

Am selben Tage fanden im Wahlkreis Randow-Greifenhagen acht gutbesuchte Protestversammlungen gegen die Fleischverteuerung statt, in denen die Resolution des Parteivorstandes überall einstimmig angenommen wurde.

##### Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in Steiermark.

Am 8. und 9. Dezember findet in Graz die 14. steiermärkische Landeskonferenz statt. Die Konferenz tritt dieses Jahr unter außerordentlichen politischen Verhältnissen zusammen. Der Kampf um die Wahlreform hat in der Berichtsperiode das politische Leben vollständig beherrscht.

Der Widerstand der Unternehmer gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai war im allgemeinen weniger groß als in früheren Jahren. Eine ganze Reihe von Betrieben, in denen bisher nie gefeiert wurde, gab den Tag aufstandslos frei! — Außerordentlich groß waren die Fortschritte auf gewerkschaftlichem Gebiete. Die Zahl der in den Gewerkschaften allein vereinigten Arbeiter ist von 18 085 auf 17 890 gestiegen.

Das steierische Parteiorgan „Der Arbeiterwille“ hat abermals einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Seine Auflage stieg am Sonntagagen von 8900 auf 10 800, am Sonntagagen von 10 000 auf 15 400. Mit dem Wau eines Arbeiterheimes dürfte im nächsten Jahre begonnen werden. — Die Konzeptionsrechnung zeigt: Einnahmen an Parteisteuer 14 000 R. (gegen 11 000 R. im Vorjahre), Ausgaben 12 000 R. (48 000 R. im Vorjahre), sonstige Einnahmen 36 400 R. (28 100 im Vorjahre), Vermögensstand am Schluß des Berichtsjahres 27 100 R. (14 300 R. im Vorjahre).

#### Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Gegen Beleidigung eines Stationsvorstehers wurde der verantwortliche Redakteur der „Medlenburgischen Volkszeitung“, Genosse Kasper, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde durch die in einem Artikel der „Medlenburgischen Volkszeitung“, der die Sozialpolitik der medlenburgischen Eisenbahnverwaltung behandelte, trotz der erwiesenermaßen bei den medlenburgischen Staatsbahnen existierenden Verhältnisse hätte der Stationsvorsteher — in Rücksicht auf die bisherige Unschuldsfreiheit des Verurteilten — „nur“ 14 Tage Gefängnis und Urteilspublikation beantragt. Die „Medlenburgische Volkszeitung“ erweist sich in jeder Zeit wieder ganz besonderer „Aufmerksamkeit“ seitens der Staatsanwaltschaft.

Saalfeld. Gegen die freisprechenden Urteile des hiesigen Schöffengerichts in Sachen des Fabrikanten Robert Suerbach hier und des Viehweilers Giebner gegen Genossen Jörn wegen angeblicher Beleidigung hatten eritgenannte Verurteilte eingelegt, die am Sonnabend vor der Strafkammer in Rudolstadt zur Verhandlung kam. Die Urteile des Schöffengerichts wurden aufgehoben und Genosse Jörn, Redakteur des „Vollblatts“, zu Geldstrafen von 60 M. event. 14 Tagen Gefängnis und 20 M. event. 5 Tagen Gefängnis sowie zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

#### Gewerkchaftliches.

##### Freiburger!

Der „Seemann“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer ein „vertrauliches“ Rundschreiben zur Gründung eines Zentralvereins deutscher Reeder, das — wie für Unternehmungskreise charakteristisch — nicht von einem der „geistigen Leiter der Produktion“ selbst, sondern von einem bezahlten Vertreter der Unternehmerinteressen, dem Hamburger Rechtsanwalt Dr. Paul Ehlers unterschrieben ist.

Nachdem im Eingange des Zirkulars der Seemannsverband nach bewährtem Rezept möglichst rot angestrichen ist, entwickelt das „vertrauliche“ Schriftstück an der Hand eines englischen Beispiels die Aufgaben, die einem zu gründenden Scharfmacherverband in der Reederei zutommen würden.

Da heißt es:

Durch die Arbeit der Shipping Federation ist es der englischen Reederei gelungen, den destruktiven Einfluß der Gewerkschaften zu überwinden. Die Sailors Union ist heute zu einem Schatten ihrer früheren Bedeutung herabgesunken, und die Federation hat jetzt gegenüber einer Streikgefahr stets eine hinreichende Anzahl „reliable men“ zum Ersatz der Ausständigen und eine ständig vorbereitete persönliche und sachliche Organisation zur Bekämpfung der durch Ausstände entstehenden Mißstände zur Verfügung.

Das Programm lautet also: Niederknüpfung der unbequem gewordenen Seemannsorganisation und danach möglichste Ausbeutung der dann machtlos gewordenen Proletarier der See. Wehrlos soll der Seemann den kapitalistischen Freibeutern ausgeliefert sein und möglichst reslos der Ertrag seiner schweren und gefährlichen Arbeit in ihre Taschen fließen. Und diese modernen Piraten sehen dabei weder ihr Leben aufs Spiel, noch strengen sie zur Ausführung ihrer Pläne auch nur ihr Hirn an. Sie stellen einem beliebigen Vertreter juristischen Formalismus einen Kaperbrief aus und dieser gibt in Ausführung seines Auftrages die falsche Flagge des Rechts.

An der seemannischen Arbeiterschaft ist es, diesen Lappen herunter zu reißen und den neuen Beulezug des Kapitalismus ins offene Meer abzuweisen!

##### Berlin und Umgegend.

##### Die Polizei und der Siemensstreik.

Kürzlich mußten wir berichten, wie die Charlottenburger Polizei der Firma Siemens dadurch tatkräftige Hilfe leistete, daß sie den Streikenden die Abhaltung von Versammlungen in dem „Vergnügungspark“ am Tegeler See aus plötzlich entdeckten hauptpolizeilichen Gründen unmöglich machte. Dies eigenartige Verhalten der wohlwolligen Polizeibehörde war in einer Saal besuchten Versammlung im „Rebeller Gesellschaftshaus“, zu welcher Arbeiter und Arbeiterinnen aus fast allen Abteilungen der gesamten Berliner Siemenswerke erschienen waren, Gegenstand einer ebenso eingehenden wie offenkundigen Kritik. Der zweite Bevollmächtigte Handlile vom Metallarbeiterverband als Referent führte hierzu u. a. etwa folgendes an:

Obwohl das Versammlungsverbot bereits am Mittwoch voriger Woche ergangen sei, habe der Wirt des Lokals bis heute noch keine schriftliche Begründung desselben erhalten. Er wisse also auch nicht, inwiefern sein Lokal den hauptpolizeilichen Anforderungen etwa nicht genüge und könne infolgedessen auch nichts tun, um den Ansprüchen der Hauptpolizei durch entsprechende bauliche Veränderungen Rechnung zu tragen oder aber gegen die Maßnahmen derselben Beschwerde zu erheben. Sehr eigenartig müsse es aber auch erscheinen, daß die Polizei dem doch genügend bekannten Enderufer der Versammlung nicht vorher einfach schriftliche Mitteilung von dem Verbot machte. Es hätte dies doch zweifellos genügt, um von der Streikleitung den Arbeitern noch rechtzeitig Kenntnis davon zu geben, daß die Versammlung infolge polizeilichen Verbots nicht stattfinden könne. Statt dessen aber rückt die Polizei kurz vor Beginn der Versammlung mit einem ungewöhnlich starken Aufgebot von Säugleuten unter Führung zweier Polizeioffiziere vor das Lokal und verbietet kurz und schroff jedermann den Eintritt. Ein derartiges Verhalten mußte geradezu protokolatorisch wirken. Wie leicht hätte das Auftreten der Beamten und die dadurch hervorgerufene Erregung unter den Streikenden zu unliebsamen, ja verhängnisvollen Vorwommnissen führen können! Dresden und Nürnberg zeigen ja zur Genüge, wie es unter Umständen möglich werde, daß die Polizei zum Einschreiten mit der Waffe gegen ein wehrloses Aufgebot von streikenden Arbeitern Gelegenheit nimmt. Daß es hierzu glücklicherweise nicht gekommen ist, lag wohl lediglich an der Besonnenheit und der gewerkchaftlichen Disziplin der Arbeiter.

Nun hat es die um das Wohl der Firma Siemens so außerordentlich besorgte Polizei bei ihrem Verbotshändeln im „Vergnügungspark“ aber noch nicht bedenden lassen. Dort brauchen am Tegeler See gibt es nämlich noch zwei Gartenlokale, den „Waldfater“ und das „Waldbau“, von denen letzteres nur einen kleinen Saal hat, der von den Streikenden zu Sitzungen oder Zusammenkünften benutzt wird. Am Freitag voriger Woche, also zwei Tage nach dem Versammlungsverbot im „Vergnügungspark“, erschienen nun plötzlich zwei Polizeioffiziere und ein Zivilbeamter im „Waldbau“ und musterten auf das eingehendste die dortigen Räume. Hierauf erklärten sie dann dem Wirt, er dürfe in seinem Lokal unter keinen Umständen mehr wie 144 Personen dulden, widrigenfalls er sich der Gefahr aussetze, daß ihm sofort die Konzession entzogen werde. Im benachbarten „Waldfater“ ging es ähnlich so. Zwar hat dieses Lokal keinen Saal, doch kamen die Streikenden in den dortigen Räumen hin und wieder zu kleinen Versammlungen zusammen. Auch dieser Wirt erhielt die polizeiliche Anweisung, in keinem seiner Räume fortan noch irgend eine Versammlung oder Sitzung der Streikenden zu dulden; er habe sonst die sofortige Schließung des Lokals resp. die Konzessionsentziehung zu gewärtigen. Infolge dieser Maßnahme ist den Streikenden



Zusammenkunft in größerer Zahl in den genannten drei Lokalen einfach unmöglich gemacht.

Doch nicht nur die Charlottenburger, sondern auch die Berliner Polizeibehörde hat auf ihre Art bei diesem Streik eingegriffen, und zwar durch eine der beliebtesten Ausweisungen. Ein Ungar, der etwa drei Wochen mitreiste und sich dann in einem Betriebe zu Ober-Schöneweide andere Arbeit suchte, erhielt plötzlich und unvermittelt vom Polizeipräsidenten zu Berlin den Befehl, innerhalb 14 Tagen das preussische Staatsgebiet zu verlassen. Auf seine Nachfrage nach der Ursache dieser Maßregel wurde ihm der Bescheid, die Ausweisung sei wegen seiner Vorstrafen erfolgt. Nun hat der Mann nach seinen Veteuerungen, die er als durchaus wahr nachweisen will, noch niemals irgend eine Strafe erhalten. Er ist seit 13 Jahren in Berlin ansässig, verheiratet und Vater von drei Kindern. Für seine Unbescholtenheit spricht jedenfalls der Umstand, daß er hier diese ganzen Jahre hindurch getobt hat, ohne daß die Polizei ihm jemals etwas in den Weg gelegt hätte. Jetzt aber, da er als ehrlicher Arbeiter an dem Streik teilnahm, wird er als lästiger Ausländer ausgewiesen, und kaltherzig seine Familie vernichtet.

Es kamen hierauf noch eine ganze Anzahl der üblichen Sittierungen von Streikposten zur Sprache. Die Polizei hat an dem Bahnhof Jungfernhöhe eine stiegende Wache eingerichtet, und von dort werden die Sittierten dann täglich in größeren Trüppchen von den nächstliegenden Charlottenburger Polizeirevier gebracht, wobei die Feststellung der Personalien unter der üblichen stundenlangen Freiheitsberaubung stattfindet. Nach ungefähren Feststellungen und der Zahl der bisherigen Strafmandate entsprechend sind bislang circa 300 solcher Sittierungen erfolgt. Teilweise wurden die „Arrestanten“ sogar gehubelt und persönlich angegriffen, obwohl sie weiter nichts taten, als ihr gesetzliches Koalitionsrecht auszuüben. So geht also die Polizei gegen die Streikenden vor.

Ihrer Entrüstung über die polizeilichen Maßnahmen gab die Versammlung durch Annahme eines Antrages Ausdruck, der die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu Charlottenburg beauftragt, den Charlottenburger Magistrat wegen der willkürlichen und offenbar ungesetzlichen Handlungen der Polizeibeamten zu interpellieren.

Zur einstimmigen Annahme gelangte sodann folgende Resolution:

Die Versammlung erklärt sich nach wie vor mit den Maßnahmen der Streikleitung einverstanden und drückt ihren streikenden Kollegen und Kolleginnen ihre volle Sympathie aus. Die Versammelten sehen sich im Interesse der Sache veranlaßt, die ihnen angebotenen Überstunden strikte zu verweigern und sind sich darüber einig, daß die gestellten Forderungen leicht zu erfüllen sind. Sie verpflichten sich daher, alles was zur Unterstützung der Streikenden notwendig ist, im vollsten Maße zu tun und wenn nötig, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Ferner verpflichten sie sich weder durch Verheißungen noch durch die bei der Firma üblichen Drohungen von ihrer Organisation abbringen zu lassen, vielmehr dafür zu sorgen, daß die durch Zwangsmittel der Meister für den „gelben“ Verein gepredigten Arbeiter über das Fortschreiten ihrer Handlungswiese aufgeklärt werden, so daß diese wieder in die Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft zurückkehren.

#### Kampfvorbereitungen im Berliner Baugewerbe.

Der Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte hatte zu gestern, Dienstag, abend eine allgemeine Versammlung der Baugewerksmeister einberufen, die unter starker Beteiligung in den Industrie-Festhallen stattfand. Die Arbeitnehmer haben bekanntlich für die Erneuerung des am 31. März 1907 ablaufenden Tarifes die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und der Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pf. für Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter gestellt. Die Arbeitgeber haben in den bisherigen Verhandlungen dazu noch keine Erklärung abgegeben, weil die Auktionskommission des Verbandes der Baugeschäfte sich für ihre Maßnahmen in dem bevorstehenden Kampfe erst der Vollmacht auch der nicht organisierten Arbeitgeber versichern wollte. Diesem Zwecke diente die gestrige Versammlung. Von den Referenten und den Diskussionsrednern wurde nach dem in später Nachtstunde und ungehenden Vorbericht die Lage als außerordentlich ernst geschildert. Besonders die Forderung des Achtstundentages sei unannehmbar und rücke die Gefahr eines riesigen Kampfes im Baugewerbe in bedrohliche Nähe.

Einstimmig gelangte zum Schluß folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute in den Industrie-Festhallen versammelte Arbeiterschaft des Maurer- und Zimmerergewerbes nimmt Kenntnis von den Forderungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. Sie beauftragt den Verband der Baugeschäfte, in der Auktionskommission den Arbeitnehmern in weiteren Verhandlungen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Durchführung ihrer Forderungen dem gesamten Baugewerbe und somit auch den Arbeitnehmern zum schweren Schaden gereichen würde, und daß insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen Verlängerung der Bauzeit und mit Rücksicht auf die dem Baugewerbe eigentümlichen Verhältnisse unannehmbar ist. Die Versammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß im Hinblick auf die bisherige Stellung des Verbandes der Baugeschäfte auch diesmal, wie in früheren Jahren, eine Verständigung auf friedlichem Wege möglich sei.“

#### Der Dank vom Hause Rathenau.

Gegenständig des großen Streiks, bezw. der Ausperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie waren neben Militär, Polizei und Feuerwehrr zur Rettung des bedrohten Kapitals u. a. besonders die Werkmeister sowie die technischen und kaufmännischen Beamten tätig. Manche wohlgepflegte Hand wurde beim Kohlenziehen und Arbeiten vor den Riefeln wund, und mancher schöne Stehtragen verlor bei der schweißtreibenden Tätigkeit Glanz und Form. Herr Direktor Rathenau erließ denn auch am 20. November v. J. nach beendetem Streik eine Proklamation an sein Streikbrecherdolk, in der er sich wie folgt äußerte:

„Als Angestellte unserer Werke der in der Elektrizitätsindustrie ausgebrochenen Streikbewegung sich kürzlich angeschlossen und die ordnungsmäßige Führung des Betriebes hierdurch in Frage zu stellen suchten, sind auch Sie mit Hingebung in den Dienst der guten Sache getreten. Wir gedenken mit Genugtuung der wertvollen Unterstützung, die Sie unter ungewohnten und schwierigen Verhältnissen und geleistet haben, denn die Aufrechterhaltung des Betriebes und Betriebes hat nicht nur dazu beigetragen, die an den Vorgängen unbeteiligte Berliner Bürgerschaft vor Nachteilen zu bewahren, sie legt weit über die Grenzen dieser Stadt hinaus Zeugnis ab für den vorzüglichen Geist und die hochauisgehende Bestimmung, die in den Kreisen der in der elektrischen Industrie tätigen Beamten herrschen.“

Mit Vergnügen nehmen wir deshalb Anlaß, Ihnen unsere Anerkennung und unseren Dank hiermit auszusprechen.

Die so belobten Streikbrecher haben nun den Versuch gemacht, die Direktion der Allgemeinen Elektrizitätswerke zu einer Anerkennung und einem sachbaren Dank zu animieren. Beim Fördern machten sie nun dieselbe bittere Erfahrung, wie vor ihnen die Arbeiter.

Annähernd 3000 Beamte, Werkmeister, kaufmännische und technische Angestellte der verschiedenen Werke der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin und Umgebung waren es, die an ihre Generaldirektion eine Petition richteten, in der sie unter Hinweis auf die bestehende Teuerung um eine Zulage baten.

Auf diese Eingabe hat nun die Generaldirektion eine Antwort erteilt, die Charakteristisch genug ist, um auch öffentlich bekannt zu werden. Sie spricht zunächst davon, daß ihr ein „anonymes“ Schreiben zugegangen sei. Das soll wohl heißen, daß sie die mit Maschinenchrift hergestellten Abschriften der Originalunterschriften nicht als vollständig ansieht. Dessen ungeachtet hat die Generaldirektion selbst es nicht für nötig gehalten, ihr Rundschreiben an die Beamten durch Namensunterschrift zu zeichnen. Auf Verlangen wären die Beamten übrigens gern bereit gewesen, die Originalunterschriften vorzulegen. Weiter heißt es in der Antwort der Generaldirektion, daß eine Zulage bereits im Oktober gewährt worden sei und daher kein Anlaß vorliege, nach so kurzer Zeit wieder eine Zulage zu bewilligen. Die Generaldirektion stellt sich, als merkte sie nicht, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um die übliche jährliche Zulage handelt, die bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft im Oktober gewährt wird, sondern um eine außergewöhnliche, in den Teuerungverhältnissen begründete gleichmäßige Aufbesserung aller Gehälter. Dann wird die Abweisung der Teuerungszulage damit zu rechtfertigen gesucht, daß ja die Weihnachtsgroßzahlung in Aussicht stehe. Das ist aber ein schlechter Trost, denn nur ein nicht sehr erheblicher Bruchteil aller Beamten der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erhält überhaupt eine Weihnachtsgroßzahlung. Die Antwort klingt in dem Schluß aus, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft keine unzufriedenen Beamten haben wolle und daher anheim gebe, eventuell außerhalb der vereinbarten Kündigungsfrist schon am 1. Januar 1907 die gegenwärtige Dienststellung zu verlassen. Der brutale Herrenstandpunkt also, wie auch den Arbeitern gegenüber gang und gäbe ist. Nur ein Unterschied: Die Arbeiter würden nämlich von dieser „Erlaubnis“ den eifrigsten Gebrauch machen und am 1. Januar wie ein Mann ihre Stellung verlassen. Von den Leuten, die da meinen, daß Klassenbewußtsein und weiße Wäsche sich nicht miteinander vertragen, darf man allerdings solidarischen Handel nicht erwarten!

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Firma Cash-Register, Alte Jakobstraße 139-143, ist wegen Verlegung von Verbandsmitgliedern und Nichtanerkennung der Organisation für Mechaniker gesperrt. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

#### Deutsches Reich.

##### Zur Buchdruckerbewegung.

In Essen a. Ruhr fand am Sonntag eine Konferenz der Bezirksvorsitzer des Gau's Rheinland-Westfalen des Deutschen Buchdruckerverbandes statt, zu der auch die Gehilfenvertreter des Tarifkreises II, und der Verbandsvorsitzende Emil Döblin-Berlin erschienen waren. Die Verhandlungen dauerten von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Man beschäftigte sich mit dem neuen Tarifabkommen, über das Döblin einen anderthalbstündigen Vortrag hielt. Nach einer sehr lebhaften Erörterung nahmen die Bezirksvorsitzer einstimmig nachstehende Resolution an:

„Die am 2. Dezember 1906 in Essen stattgefundene Konferenz der Bezirksvorsitzer des Gau's Rheinland-Westfalen und der Gehilfenvertreter des Tarifkreises II erklärt:

Durch die heutigen Ausführungen des Kollegen Döblin haben die Bezirksvorsitzer die Ueberzeugung gewonnen, daß das neue Tarifabkommen den gegenwärtigen Verhältnissen im Buchdruckergewerbe entspricht. Weder im Tarif, noch in Organisationsverträge können die Anweisungen eine Schädigung unserer Interessen erblicken; sie empfehlen daher den Mitgliedern des Verbandes, mit voller Einmütigkeit für die Ein- und Durchführung des neuen Tarifs einzutreten.“

Im weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit den Maßnahmen zur Durchführung des Tarifs bezw. mit einem einheitlichen Handel der Gehilfenschaft und mit der Stellung des ersten Gehilfenvertreter's des Tarifkreises II am Vororte Arefeld.

In der Fahrradfabrik von Lohmann zu Viefelsfeld haben, wie uns ein Privattelegramm von dort meldet, sämtliche Arbeiter, Klempner, Dräger, Sattler und Schlosser, die Arbeit niedergelegt. — Zugung ist fernzuhalten!

Ein Textilarbeiter droht in Schwarzenbach a. S. im Industriebezirk Hof. Seit einigen Wochen bestehen dort Differenzen, die sich bereits so zugespitzt haben, daß die 200 organisierten Arbeiter der Firma Kaitzel ihre Kündigung eingereicht haben, in anderen Fabriken steht die Kündigung in Aussicht.

Der Streik auf der Königsfelder Glashütte (Witthoff u. Co.) ist durch die Vermittlung des Königl. Gewerberats Klausen-Hagen vermieden worden. Die Firma hatte bekanntlich die Funktionäre des christlichen Keramarbeiterverbandes ohne Kündigung entlassen und in einem Hüttenanschlage den Austritt der Arbeiter aus dieser Organisation verlangt.

#### Ausland.

##### Tariffbewegung der Buchdrucker und Buchdruckereihilfsarbeiter in Norwegen.

Nachdem die Werbetrommel der Buchdruckerorganisation über das ganze Land geschlagen worden ist und sich die Arbeiter und Arbeiterinnen scharenweise dem Verbände angeschlossen haben, sind die Buchdrucker in eine Bewegung eingetreten. Zurzeit sind ungefähr 95 Proz. der Buchdruckereiarbeiter organisiert. Der Verband ist der norwegischen Arbeiterpartei angeschlossen. Seitens des Verbandes sind folgende materielle und prinzipielle Hauptforderungen aufgestellt worden: Erhöhung des Minimallohnes von 24 auf 28 Kronen, 27 Kronen für Zeitungsetzer und 35 Kronen für Nacharbeiter. Der Stärkart ist um 10 Proz. erhöht worden. Maschinen-seher (nur ausgeleerte Seher oder Seherinnen) 40 Kronen, Nacharbeit 47 Kronen. Eine Arbeitsverlängerung ist nur für Nacharbeit vorgelesen, 7 Stunden und Maschinenarbeiter 6 1/2 Stunden. Sämtliche Positionen gelten für Seher und Seherinnen. Das gegenwärtige Minimum für Seherinnen ist 18 Kronen. Das Minimum für Einlegerinnen ist auf 12 und 14 Kronen festgesetzt. Sämtlich fordert man eine Regelung der Lehrlingsverhältnisse, die speziell in der Provinz in der denkbar traurigsten Verfassung sind. Die Seherinnenfrage spielt ebenfalls eine bedeutende Rolle, da einige hundert Seherinnen bereits die männliche Arbeitskraft in vielen Orten verdrängt haben. In Kleinstädten, wo früher 10 Seherinnen und 20-30 Seher standen, ist jetzt das Gegenteil der Fall. Die Prinzipale haben zum voraus erklärt, jedwede Forderung in bezug auf Sehermaschinen, Lehrlinge und Seherinnen rundweg ab zu lehnen. Der Verband wird jedoch seine ganze Kraft einsetzen, um speziell diese Forderungen durchzusetzen.

##### Lohnbewegung der Chemigraphen in Norwegen.

Sämtliche Chemigraphen haben, nachdem die Prinzipale jede Verhandlung rundweg abgelehnt haben, einstimmig beschlossen, die Arbeit am 1. Dezember niederzulegen. Die Chemigraphen sind dem Verbände der Lithographen angeschlossen. Die hauptsächlichsten Forderungen bestehen in der Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden, acht Tage Ferien mit voller Bezahlung und Festsetzung eines Minimallohnes auf 24 Kronen und Zuschlag für Heberarbeit. Da die hiesigen Geschäfte mit 10-15 Lehrlingen arbeiten, verlangen die Gehilfen eine Regelung der Lehrlingsfrage, ein Lehrling auf zwei Gehilfen bei fünfjähriger Lehrzeit, Maximum 3 Lehrlinge für jede Gruppe — Photograph, Aeger, Retoucheur —. Im weiteren

verlangen die Gehilfen, daß nur organisierte Arbeiter eingestellt werden. Zugung fernhalten.

#### Eingegangene Druckschriften.

**Zübentlicher Postillon Nr. 25.** Verlag von W. Ernst, München. Eine hier ausgearbeitete hellleuchtende Calico: Nach „Dalmat und nach Böhmen“ aus der einträglichen Sandmarkt macht uns Freude und bringt Klarheit auch in dem rätselhaftesten Hinhalten deutscher Durcharbeiter. — Die Wille bezieht nach der Wille der tolle Kallies-Balow, den seine Freunde Karboer, Mantenschel, Ranz, Wichag unter Führung Vertels hin-ausstellen in die Gehilde der Wigen, für Rod aber breunt der Schiller-hausen. — Im Schlußbild zeichnet mit trockenem Sarkasmus H. S. ein Bild aus der Gesellschaft. Vom Texte sei besonders hervorgehoben: Salomos Rede. — Caruso in New-York (Gedicht). — Hokus pokus Säibus. — Stimmen zu Vods Sturz. — Denkbaum. — Res-Alliance. — Hoch über Gura! — und zahlreiche andere humoristische und hässliche Scherz- und Fäuler. — Zu haben bei allen Buchhändlern für 10 Pf.

**Massenstreik, Partei und Gewerkschaften.** Von Rosa Luxemburg 63 Seiten. Verlag: Erdmann Dubber in Hamburg.

**„Neue Gesellschaft“.** Sozialistische Wochenchrift. Heft 10. Herausgeber: Dr. Edmund Braun und Max Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,30 Pf.

**Die Wahrheit über den Prozeß gegen die Geßlin Linda Bon-martini-Turris.** Von Karl Fehrer. 189 Seiten. 2,50 M. Verlag: G. Müller, München und Leipzig.

**Das Signalwesen unserer Zeit** in seiner Beziehung zur modernen Kultur. 822 Seiten. Von Dr. med. J. Bloch. Hochpreis 8,00 Mark. Verlag: L. Marcus, Berlin SW. 61.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Auf der Flucht erschossen!

Hamburg, 4. Dezember. (W. S.) Ein Deferteur, der gestern abend in die hiesige Infanterielaserna zurückgebracht wurde, suchte kurz vor der Kaserne zu entfliehen. Der begleitende Unteroffizier gab erst drei Schredkugeln hinter dem Flüchtigen ab. Als der Deferteur weiter floh, schoß der verfolgende Unteroffizier dreimal scharf. Eine Kugel durchbohrte den Flüchtigen auf der rechten Seite vollständig. Er brach zusammen und wurde ins Militärlazarett gebracht. Die Wunde scheint tödlich zu sein.

##### Das politische Programm Roosevelts.

Washington, 4. Dezember. (W. T. S.) Im Senat und im Repräsentantenhaus ist heute eine umfangreiche Votschaft des Präsidenten Roosevelt verlesen worden. Es empfiehlt die Votschaft einen Gesetzesentwurf, der der Bundesregierung das Recht gibt, in Strafprozessen Verurteilung wegen freitlicher Gesetzesanwendung einzulegen. Diese Befugnis sei um so notwendiger, als die Regierung jetzt in entscheidender Weise gegen Verletzungen des Truhensehes und des Gesetzes über den binnenstaatlichen Handel strafrechtlich vorgehe.

Es wendet sich die Votschaft auch der Erörterung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu. Sie beurteilt das verderbliche Wirken der Agitatoren, die den Klassenhass predigen, und betont, daß der Triumph des Robs ein ebenso großes Uebel als der Triumph der Plutokratie sein würde. Im einzelnen erklärt der Präsident für notwendig ein Gesetz betreffend die Begrenzung der Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten. Das Ziel der Gesetzgebung im allgemeinen müsse, soweit angängig, die allgemeine Einführung des Achtstundentages sein; soweit derselbe bereits gesetzlich festgelegt, müsse für strenge Einhaltung der Bestimmungen gesorgt werden. Die Votschaft empfiehlt weiter eine eingehende Untersuchung über die Verhältnisse der Frauen- und Kinderarbeit, eine wesentliche Erweiterung des Arbeitgeberhaftpflichtgesetzes und Verabschiedung der Vorlage betreffend obligatorische behördliche Untersuchung von Bundeswegen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nach Art des letzten Kohlenarbeiterausstandes. In den Jahren 1880 bis 1900 seien 450 Millionen Dollar direkt und mehr noch indirekt durch Ausstände und Ausperrungen verloren gegangen, von denen viele durch die Tätigkeit eines Einigungs-ausschusses hätten vermieden werden können.

Bezüglich der Korporationen (Trusts), soweit sie in mehr als einem Staate tätig sind, hebt der Präsident die Möglichkeit der in neuester Zeit erlassenen Kontrollgesetze, so namentlich die zahllosen Fälle freiwilliger Herabsetzung der Bahnfrachten hervor. Wenn auch die gegenwärtige Tagung für weiteres Vorgehen zu kurz sei, so sei doch der baldige Erlass eines Gesetzes zur Herstellung einer weit vollständigeren Kontrolle über die Korporationen unerlässlich, welches Ueberkapitalisierung verbinde und ihre Tochtergesellschaften vornehme. Nicht die Kapitalkonzentration als solche, sondern nur die daraus für das Volksganze entspringenden Schäden seien zu bekämpfen. Das sei kein Schritt zum Sozialismus; durch bestehende Maßnahmen der erwähnten Art werde gerade sozialistische Bestrebungen, wie der durchaus nicht wünschenswerten Maßregel der Eisenbahnverstaatlichung, der Boden entzogen. Auf der anderen Seite sollen auch Vereinigungen von Eisenbahn- und anderen Gesellschaften zu Zwecken, die im öffentlichen Interesse liegen, begünstigt werden.

Die Votschaft befürwortet sodann, bei der demnächstigen Revision des Bundessteuerrechts die Einführung einer vor allem die Reichenvermögen treffenden progressiven Erbschaftsteuer und einer progressiven Einkommensteuer als Bundessteuern, empfiehlt Förderung des technischen und landwirtschaftlichen Unterrichtswezens, Schaffung eines einheitlichen Bundesrechts über Ehe und Ehecheidung.

Nachdem die Votschaft sodann Einführung eines Vorzugstarifs über gänzlichen Freihandel in Erzeugnissen der Philippinen und Erteilung des amerikanischen Bürgerrechts an die Bewohner von Portorico vorgeschlagen hat, bespricht sie das Verhältnis zu den ostasiatischen Kolonien. Sie verwirft jede unerschließliche Behandlung der den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Einwanderer und tadelt namentlich aufs schärfste die in jüngster Zeit sporadisch aufgetretene Feindseligkeit gegen die Japaner, welche der Nation Schande bringe und von den schwersten Folgen für das Land begleitet sein könne.

Präsident Roosevelt kommt sodann auf die Vorbereitungen zu der vom Kaiser Nikolaus angeregten zweiten Friedenskonferenz im Haag zu sprechen, drückt seine Verwunderung aus, daß zum erstenmal alle amerikanischen Republiken zur Teilnahme eingeladen sind und betont, daß durch besondere und hochgewürdigte Courttoise Auf-land und der Niederlande die Abhaltung der Konferenz um die Zeit des Kongresses in Rio de Janeiro fallen gelassen worden ist.

Die Flotte der Vereinigten Staaten sei der sicherste Bürge des Friedens, den das Land besitze. Er verlange nicht, daß die Flotte weiter vergrößert werde, aber ihre gegenwärtige Stärke müsse aufrecht erhalten werden dadurch, daß die veralteten und verbrauchten Schiffe durch neue, gute, die denen jeder anderen Flotte gleichkommen, ersetzt werden.

Rum Schlußes spricht sich der Präsident, da das Land im Kriegs-falle hauptsächlich auf Freiwillige angewiesen sei, für mögliche Ausbreitung des Schutzenswezens nach Schweizer Muster aus.

##### Som Streik der Seecleute in Odeffa.

Odeffa, 4. November. (W. T. S.) Seit heute morgen ist das Leben im Hafen wie ausgestorben. Sämtliche Mannschaften der russischen Dampfer haben die Arbeit eingestellt. Kein Dampfer ging in See. Der Generalgouverneur gab den Befehl, sofort alle Mannschaften zu entlassen; für alle Dampfer werden neue Mannschaften angeworben. Für morgen wird aus Sebastopol eine Ab-teilung Marinemannschaften erwartet, die für diejenigen Dampfer bestimmt sind, deren Ausfahrt keinen Aufschub duldet. Hunderte von Rohmannen, die auf einer Pilgerfahrt nach Mekka be-griffen sind, befinden sich in einer kritischen Lage. Zahlreiche Ver-haltungen sind vorgenommen worden.



Reichstag.

106. Sitzung vom Dienstag, den 4. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidium: Reichskanzler Fürst Bülow, Freiherr v. Stengel, v. Tschirch, Dernburg.

Präsident Graf Balloren:

Vorher wie in die Tagesordnung eintreten, muß ich zurückkommen auf die zweite Rede des Abg. Koeren in der gestrigen Sitzung. Während dieser Rede herrschte bei der starken Besetzung des Hauses eine unermessliche Unruhe. Außerdem sprach der Redner, wie er berechtigt war, von seinem Plage aus, der ziemlich weit von meinem Sitze entfernt ist. Infolgedessen habe ich allen Einzelheiten in dieser Rede nicht genügend folgen können. Heute morgen habe ich nun ausnahmslos in den Berichten von Blättern aller Schattierungen in der Rede des Abg. Koeren Ausdrücke gefunden, die, wenn ich sie schon gestern verstanden hätte, mich zum Einschreiten veranlaßt haben würden. Auch in dem stenographischen Bericht habe ich die gleichen Ausdrücke gefunden. Der Abg. Koeren hat zunächst gesagt: „Ich muß es deshalb umsonst zurückweisen, daß der Herr Kolonialdirektor es gewagt hat, mit plumpen und rohen Beleidigungen gegen mich vorzugehen.“ Diese Ausdrücke sind der Ordnung des Hauses widersprechend. Auch hat jedenfalls der Herr Kolonialdirektor keine Beleidigung gegen den Herrn Abg. Koeren ausgesprochen, weil sonst der Präsident eingeschritten wäre. Ich sah zwar nicht selbst hier, aber mein Stellvertreter würde es sicherlich nicht geduldet haben, daß Beleidigungen von Seiten des Bundespräsidiums gegen einen Abgeordneten ausgesprochen wären. Ferner hat der Redner gesagt: „Wenn der verehrte Herr glaubt, diesen Borsenjobberten hier im Reichstage einschüchtern zu können...“ Es entspricht schon den guten Gewohnheiten des Hauses nicht, auf die außerhalb dieses Hauses bestehende Tätigkeit der Abgeordneten einzugehen, noch weniger aber wird es dieser guten Gewohnheit entsprechen, auf eine frühere Tätigkeit der Mitglieder des Bundesrates hinzuweisen. Wenn man aber mit dem Hinweis auf diese Tätigkeit eine Beleidigung verbindet, so verstößt das noch mehr gegen die Ordnung des Hauses. Wegen des Ausdrucks „Borsenjobberten“ rufe ich den Herrn Abg. Koeren noch nachträglich zur Ordnung.

Abg. Koeren (3.):

Im Anschluß an die gestrige Erklärung des Herrn Kolonialdirektors habe ich folgende Erklärung abgegeben: Wie ich bereits gestern gesagt habe, ist über die Angelegenheit Wistuba in meiner Fraktion mit keinem Worte verhandelt worden. Ich erkläre ferner, daß ich die Verhandlung im Kolonialamt sowohl über Wistuba wie die Missionen in Logo lediglich in meinem Namen geführt habe; die Verantwortlichkeit für meine Handlungen trage ich deshalb allein. Ich habe die Verhandlungen lediglich auf Wunsch der Missionen zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung geführt. Zu dem Verständnis dessen, was zu dem Fall Wistuba dem Herrn Kolonialdirektor mitgeteilt worden ist, habe ich zu bemerken, daß ich mich zu meinem Schritte für berechtigt gehalten habe auf Grund eines Briefes des früheren Kolonialdirektors Stäbel, in welchem gesagt wird, ich möchte meinen wirkungsvollen Einfluß auf Wistuba geltend machen, damit auch dieser sich wieder beruhige. Das ist meines Wissens mit Erlaubnis des Reichskanzlers geschehen. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Die Beratung der Nachtragsetats für Südwestafrika wird fortgesetzt.

Reichskanzler Fürst Bülow:

Ich habe den letzten Verhandlungen des Hauses nicht beigewohnt können. Ich bin durch andere Geschäfte stark in Anspruch genommen. Wie ich aus den Zeitungen ersehen, daß es hier zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Herrn Kolonialdirektor und verschiedenen Abgeordneten gekommen ist. Es ist meine Pflicht, keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß ich die Haltung des stellvertretenden Herrn Kolonialdirektors und insbesondere seine Verteidigung grundlos angegriffener Beamter und seine Abwehr ungerichteter Beschreibungen durchaus und nachdrücklich billige. (Lebhafte Beifall rechts.) Ich habe schon vor dem Eintritt des gegenwärtigen stellvertretenden Herrn Kolonialdirektors im Laufe dieses Sommers strenge Weisungen gegeben, daß die Untersuchung der in der Kolonialverwaltung vorgekommenen Mißstände nach allen Seiten hin unparteiisch und unparteiisch geführt und daß unter keinem Vorwand irgend etwas in irgend einer Richtung vertuscht werden solle. (Beifall rechts.) Die Offenheit, mit welcher der stellvertretende Herr Kolonialdirektor sich über diese Vorgänge ausgesprochen hat, war also lediglich eine Konsequenz der von mir erteilten generellen Instruktionen. (Hört! hört!) Er war auch von mir ermächtigt, volle Auffklärung zu geben über den Fall Wistuba und über die damit zusammenhängenden Fragen, sofern der beherrschende Gegensatz zwischen der Verwaltung und den Missionen in Logo und die Konsequenzen dieses Gegensatzes hier zur Sprache gebracht werden sollten. Ich hätte gewünscht, daß der Herr Abg. Koeren weniger dem Beispiel des Abg. Webel und mehr dem Beispiel seines Fraktionsgenossen Erzberger gefolgt wäre. (Große Heiterkeit.) Ich hätte gewünscht, daß man nicht schwere Vorgänge hier zur Sprache gebracht hätte, deren Untersuchung zurzeit noch im Gange ist. Da dies nun einmal geschehen war, mußten die Verhältnisse deutlich und vorbehaltlos dargestellt und, den von einzelnen Abgeordneten auf Grund einseitigen Materials, aber gewiß im guten Glauben erhobenen, jedoch zu eifrigen Anschuldigungen gegen verschiedene Beamte entgegengetreten werden.

Mit Recht hat der Herr Kolonialdirektor gestern gefragt: Wo bekommen Sie die Beamten her für unsere Kolonien, wenn Sie in dieser Weise vorgehen. Ich weiß wohl, daß diese

Mißstände

sich unter meiner Verantwortlichkeit zugetragen haben. Als aber diese Mißstände zu meiner Kenntnis gekommen sind, habe ich dies dem hohen Hause sofort bekanntgegeben. Es kann also nicht gegen mich der Vorwurf erhoben werden, daß ich nach Kenntnis der Vorgänge nicht sofort rücksichtslos eingegriffen hätte. (Widerpruch links.) Deshalb habe ich den zweimaligen Wechsel an der Spitze der Kolonialabteilung vorgenommen und es ist eine energische Reorganisation der Kolonialverwaltung im Gange. Nachdem nun gestern diese Aufgabe stattgefunden hat, richte ich nochmals an das hohe Haus die Bitte, daß es mit gutem Willen mitarbeitet und das mit Festigkeit begonnene Werk der Reorganisation unserer Kolonien nicht hemmt und aufhält dadurch, daß immer neue Fälle der Vergangenheit zur Sprache gebracht werden. Auf Seite der verbündeten Regierungen ist der feste Wille vorhanden, die vorgefallenen Vorkommnisse unmissverständlich zu ahnden und die vorhandenen Mißstände rücksichtslos zu beseitigen. Helfen Sie uns aber auch, die Kolonien einer besseren Zukunft entgegenzuführen und sie endlich fruchtbringend zu gestalten für das deutsche Volk. (Lebhafte Beifall rechts und bei den National Liberalen.)

Abg. Werner (Antif.): (Das Haus ist in großer Bewegung, die Abgeordneten unterhalten sich in einzelnen Gruppen, ohne auf den Redner zu hören): Dem Herrn Kolonialdirektor jetzt schon Lob zu spenden, haben wir keine Veranlassung; Worte haben wir genug gehört, jetzt wollen wir Taten sehen. Zur Hebung der Kolonien brauchen wir tüchtige, erprobte, nicht zu junge Beamte. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.):

Die gestrige Sitzung des Reichstages war von besonderer Bedeutung. Ich habe noch niemals eine solche Verlegenheit auf den Bank des Bundesrates gesehen wie gestern. Weiber während der Rede des Abg. Erzberger noch des Abg. Webel waren dort so deprimierte und verblüffte Gesichter zu sehen, als während der Rede des Herrn Kolonialdirektors! Freilich, ein Mann, der ohne jeden Hintergedanken frei heraus seine Meinung sagt und auch bereit ist, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, ist ja hier etwas ganz Seltenes!

Materiell haben die Vorgänge des gestrigen Tages dem deutschen Volke einen Einblick gewährt, wie bei uns regiert wird, nach der Erklärung des Reichskanzlers bisher regiert ist! (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Die Herren links glauben, daß es auch so bleiben wird. — Zum

Fall Peters

bemerkte ich nur, daß diese Begnadigung die tiefe Luft zwischen den Regierenden und der Masse des Volkes zeigt. Ueber solche Dinge wird bei den nächsten Wahlen quitiert werden. (Abg. Arendt niest laut. Große Heiterkeit rechts.)

Es ist zu bedauern, daß über den Konflikt zwischen den Missionen und der Beamtenschaft in Logo nicht alles bekannt geworden ist. Vielleicht sieht sich der Reichskanzler veranlaßt, ein Schwarzbuch darüber herauszugeben. (Heiterkeit.) Die Benutzung des mit Herrn Koeren aufgenommenen Protokolls durch den Herrn Kolonialdirektor muß eine Warnung für alle Parteien sein. Sie enthält die beste Rechtfertigung für das Verhalten der Abgeordneten Wistuba und Ledebour. Man muß sich sehr hüten vor einer Behörde, welche die unerbittliche Erklärung von Abgeordneten in einer dertartigen Weise benutzt. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Endlich ist nun der Reichskanzler erschienen. Die politischen Folgen seiner Erklärung kann ich noch nicht übersehen. Entweder war es ein Akt ritterlicher Courtoisie oder die Erklärung eines politischen Programms. Im ersteren Falle ist der Vorgang ohne jede politische Bedeutung, und nach der Erklärung, die der Abg. Koeren abgegeben hat, möchte ich auch annehmen, daß der Vorgang keine politische Bedeutung hat.

Während des ganzen Sommers hat es geradezu Entfaltungen gegeben. Die einzelnen Fälle gehen auf viele Jahre zurück; sie haben sich unter dem Fürsten Bülow ereignet. Der Reichskanzler kam hierher und hielt eine seiner gestrigen Postoratorien. (Heiterkeit) und er glaubte nun, nachdem er seine Rede vom Stapel gelassen hat, es sei alles gut. Nein, es ist nicht damit allein gemacht, daß der Reichskanzler und einen neuen Kolonialdirektor vorschlägt und sagt: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt Eurer Huld empfohlen sein.“ (Heiterkeit.) Der Kolonialdirektor sprach von seiner Zukunft. Ich, Direktor werden ist nicht schwer, Direktor sein dagegen sehr! (Heiterkeit.) Wir haben die Kolonien, wir haben die Konsequenzen aus ihrer Okkupation getragen und werden sie auch weiter daraus ziehen. (Sehr richtig! links.) Wir werden für ein selbständiges Kolonialamt eintreten. Wir sind aber auch der Meinung, die das Zentrum ausgesprochen hat, daß wir keinen Helfer bewilligen, wenn die bisherige Kolonialpolitik fortgesetzt werden sollte. (Sehr wahr! links.) Den Vertuschungen und Verschleierungen werden wir energisch entgegenzutreten, ebenso werden wir uns gegen die Abtrennung der Militärkosten von den Etats der Schutzgebiete wenden. Der Kolonialdirektor meinte, wir müßten von anderen Ländern lernen. Nun, da sollten wir vor allem von den englischen Kolonien lernen.

Der Abg. Koeren wies darauf hin, daß die von ihm erwähnten Scheulichkeiten seit zwei Jahren der Kolonialverwaltung bekannt gewesen sind. Nun, in letzterer Zeit sind noch tollere Dinge geschehen, auf die wir beim Etat näher eingehen werden. Ich war erst gegen die vom Abg. Erzberger vorgeschlagene parlamentarische Untersuchungskommission, habe mich aber davon überzeugt, daß sie doch zweckmäßig wäre. Noch zweckmäßiger wäre aber wohl eine gemischte Kommission, die aus Parlamentariern und aus Leuten aus den Kolonien besteht. (Zuruf links.)

Notwendig ist vor allem eine gründliche Reform des materiellen und formellen Kolonialrechts; denn die Rechtszustände in den Kolonien spotten jeder Beschreibung. (Sehr richtig! links.) Ich habe versucht, im letzten Sommer unser Kolonialrecht zu studieren, aber eine solche Versuchung, solche Vertuschung von einem Gesetz aufs andere wie hier macht das Studium dieses Rechtes ganz unmöglich. Dr. Arendt hat im preussischen Abgeordnetenhaus beantragt, ein Professor für Kolonialrecht an der Universität Berlin einzurichten. Ein solches wäre ich damit einverstanden; aber man würde niemand für diese Stellung finden, kein Reich würde das ausstellen! (Hört! hört! links.) Sprügel ist in unseren Kolonien in einer Weise, die einfach skandalös ist. Ich erinnere nur an den bekannten Erlaß, daß der Brügelstrafe verfallt, wer aus einer Sockelschale trinkt! Auch der Reichskanzler und der Kolonialdirektor werden nicht bestreiten können, daß bis in die letzten Monate hinein sehr vieles überhand war. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Angeklagte bleibt jedenfalls der Reichskanzler und seine Untergebenen. Der eingeleiteten Untersuchungskommission muß der Reichskanzler sein gesamtes Aktenmaterial zur Verfügung stellen, sonst bleibt die Untersuchung einseitig. (Zustimmung links.) Durch den Fall Wistuba ist bewiesen, daß der Reichskanzler seit Jahren gewußt hat, was für eine Wirtschaft in der Kolonialverwaltung besteht, und daß er trotzdem nichts getan hat! (Hört! hört!) Von diesem Vorwurf kann er nicht losgesprochen werden. (Zustimmung links.) Die Zustände in der Kolonialverwaltung nehmen sich aus wie in einer Pötte: Da entsteht ein großer Konflikt, weil ein Name mit „ö“ statt „oe“ geschrieben ist. (Heiterkeit.) Da behauptet eine Gruppe von Unterbeamten von ihrem Vorgesetzten: „Der gehört ins Justizhaus!“ usw. Einem Plauzipalitätsrat Raff ist überliefert worden; er sagte mit Recht: „Ein Kollege ist ein Mensch, vor dem man sich hüten muß.“ (Schallende Heiterkeit.) Es ist ein Mensch, der mit seinen politischen Anschauungen Thnen (nach rechts) nahesteht. Nach seiner Rückkehr von Samoa verlangte er als Entlohnung des ihm gegebenen Verprechens eine Anstellung. Herr Stäbel erwiderte ihm, er wolle ihm wohl, er wisse ja aber, mit welchen Widerständen er gerade in Personalfragen zu kämpfen habe! So ist der Mann 5 1/2 Jahre lang hingehalten worden, hat indessen sein Gehalt bezogen und ist auch in die höheren Gehaltsstufen aufgerückt! Wo war da der Rechenschaftsloß, und wo bleiben die Interessen der Steuerzahler? (Hört! hört! links.) Wird man gegen die Schuldigen vorgehen und in welcher Weise? Es geht nicht, daß der Reichskanzler uns sagt: Lassen Sie die Dinge gehen. Wohin sollen wir damit kommen? (Sehr richtig! links.) Wenn gesagt wird, daß der Reichskanzler seine Pflicht in die einzelnen Akteure einmischen — was bleibt denn dann noch von der Verantwortlichkeit bestehen? Soll die Verantwortlichkeit lediglich darin bestehen, daß der Reichskanzler für Reden und Weisungen, die er vorher nicht lenkt, eine Art „Verantwortlichkeit“ nachher übernimmt? (Sehr gut! links.) Wir wünschen dem Kolonialdirektor gute Fahrt. Arbeiten Sie so, Herr Kolonialdirektor, wie ein Mann, von dem wir wissen, daß er etwas ist! Wenn Sie das tun, so werden Sie auch unser Vertrauen haben. Wenn aber nicht, dann nicht! (Beifall links.)

Abg. Webel (Soz.):

Sie werden begreifen, daß ich keine Reue habe, mich in das Duell Koeren-Dernburg irgendwie einzumischen, am allerwenigsten, nachdem wir heute aus dem Munde des Abg. Koeren gehört haben, daß es

eine „rein persönliche“ Angelegenheit

von ihm sei. Aber das eine möchte ich konstatieren: Von all den Kolonialskandalen und den Greueln in den Kolonien, die der Ab-

geordnete Koeren mitgeteilt hat, ist auch nicht eine durch die Ausführungen des Kolonialdirektors zurückgenommen oder richtiggestellt worden. Die bleiben bestehen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichskanzler gemeint hat, er hätte es lieber gesehen, wenn der Abgeordnete Koeren sich mehr nach seinem Parteigenossen Erzberger und weniger nach mir bei seinen Anklagen gerichtet hätte, so muß ich gestehen, ich habe noch niemals von einem Staatsmann das „divido et impera“ (teile und herrsche) in so ungefährt Weise zur Geltung gebracht gehört. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er hat kundgetan, was seines Herzens Wunsch eigentlich ist, aber er hat seine Worte ins Wasser fallen lassen. Er hat auch durchaus unrecht, wenn er glaubt, daß ich über die Ausführungen des Abgeordneten Koeren befriedigt gewesen wäre. Nach meiner Auffassung hat der Abgeordnete Koeren sich eine viel zu große Freizeiterlei zu schulden kommen lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er hat erklärt, daß er nur einen kleinen Teil seines Materials vorgebracht habe, das würde Herrn Webel nicht passen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Webel hätte sämtliches Material vorgebracht! (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß der Abg. Koeren, nachdem er einmal Ordnung geschaffen werden, so muß sie gründlich geschaffen werden. (Sehr richtig!) Wir müssen imstande sein, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die getroffen werden müssen.

Diesen meinen Vorwurf gegen den Abg. Koeren kann ich in gewissem Sinne

auf das ganze Zentrum ausdehnen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie (zum Zentrum) sind durch Ihre intimen Beziehungen zu den Missionen mehr als irgend eine andere Partei hier im Hause in der Lage, alle die Kolonialskandale, die Verbrechen, die Ungehörlichkeiten, die leider — zur Schmach Deutschlands sei es gesagt — in den Kolonien vorgekommen sind, zu kennen. Ihre Missionen sind die geeigneten Organe, diese Vorgänge aus nächster Nähe zu kennen und zu kontrollieren. Wenn Ihre Missionen ihre Aufgabe erfüllen wollen: Christentum und Kultur, wie sie sagen, unter den Eingeborenen zu verbreiten, dann wären sie in erster Linie verpflichtet gewesen, alles, was sie an Skandalosa in den Kolonien kennen gelernt haben, Ihnen mitzuteilen und hier zur Sprache bringen zu lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber ich hoffe, daß die Vorgänge, die uns hier bereits eine Woche beschäftigen (Rufe rechts: Leider!), die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Kulturwelt in die höchste Erregung versetzt haben, in erster Linie dazu beitragen werden, solche Vorgänge für die Zukunft unmöglich zu machen. Ich hoffe, daß sie auch dazu beitragen werden, daß auch die Missionen — Sie wissen, ich bin kein Freund derselben — mehr als bisher ihrer Aufgabe gerecht werden. Sie müssen beizeiten eingreifen; wäre das stets geschehen, so wären viele der Dinge, die uns in den letzten Tagen hier beschäftigt haben, überhaupt unmöglich gewesen. Ich hätte die Regierung, den Kolonialdirektor, den Reichskanzler sehen mögen, der es noch gewagt hätte, hierher zu kommen, ehe er nicht mit aller Energie eingeschritten wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe mit einer gewissen Bemutigung gesehen, daß der Reichskanzler hier wieder einmal erschienen ist. Er hat sich aber wieder sehr eilig gedrückt. (Heiterkeit.) Sein Ausbleiben hat er mit bringenden Arbeiten entschuldigt. Diesen Entschuldigungsgrund kann ich nicht anerkennen. Wenn irgend einer verpflichtet gewesen wäre, unsere Verhandlungen in ihrem vollen Umfang anzuhören, dann war es der Reichskanzler (Zustimmung links und im Zentrum), weil er

der einzige Verantwortliche

ist und weil er durch eigene Wahrnehmung sehen und hören mußte, wie der Reichstag über diese Dinge urteilt, so daß er instande war, die Maßnahmen danach zu treffen. Hinzukommt, daß er gegenwärtig die einzig hervorragende Persönlichkeit in der Verwaltung ist, dem überhaupt auch in a t e r i e l l eine Verantwortlichkeit beigemessen werden kann. Der Kolonialdirektor Dernburg ist erst seit ein paar Monaten im Amte. Alles, was wir in den letzten Tagen gehört haben, geht ihn nichts an. Der Erbsing Hohenlohe ist verstorben, Herr Stäbel ist nicht mehr da, die andern sind gestorben und verdorben (Große Heiterkeit), die einzige verantwortliche Persönlichkeit ist der Reichskanzler. (Sehr wahr! links.) Dazu kommt, daß ein großer Teil dieser Vorgänge dem Reichskanzler ebenfalls amtlich bekannt geworden sind. (Hört! hört!) Ein großer Teil dieser Skandalosa ist amtlich zu seiner Kenntnis gekommen und er ist aufgefordert worden, einzuschreiten. Da wäre es seine Pflicht und Schuldigkeit gewesen, um jeden Preis die Untersuchung vornehmen und feststellen zu lassen, ob die Anklagen gerechtfertigt sind. Das hat er nicht getan. Deshalb ist er in letzter Linie der Schuldige. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt noch ein anderes. Wäre er am Sonntagabend hier gewesen, so hätte er es nicht notwendig gehabt, dem Kolonialdirektor am Sonntag ein Privatinterview über auswärtige Politik zu halten, das dieser zu gewissenhaft war, sich aufzuschreiben und wörtlich vom Blatt hier am Montag vorzulesen. (Heiterkeit.) Ich bin erfreut, daß der Kanzler meinen damaligen Äußerungen eine solche Wichtigkeit beigelegt hat. Der Kanzler hatte ausgeführt, daß in den achtziger Jahren unsere Stellung eine gesicherte gewesen war, weil wir damals noch keine Kolonialpolitik betrieben. Daran anzuknüpfend habe ich auszuführen versucht, daß wir eine Kolonialpolitik trieben, die im Ernstfälle eines großen europäischen Krieges nicht haltbar ist. Ich habe in der Rede des Reichskanzlers noch einen anderen Satz gefunden: „Was heute unsere Situation erschwert, sind unsere überseeischen Interessen; wenn wir hier nicht verwundbar wären, würden wir auf dem Kontinent nicht halb soviel zu fühlen haben und würden jeden Konflikt mit England vermeiden.“ Solches

ist wertvoll. Diese Worte des Kanzlers bestätigen unsere Auffassung gegenüber der Kolonialpolitik.

Ich will nun noch auf einige Bemerkungen eingehen. Der Herr Kolonialdirektor sagte: Was wir mit Bezug auf die Kolonien ausführen, könnten wir auch in Bezug auf unseren Handel sagen; denn ich wäre es zu einem europäischen Kriege, so würde auch ein großer Teil unserer Handelschiffe in Gefahr sein. Das gebe ich zu. Jedoch ist der Vergleich nicht zutreffend. Der Handel ist ein Kulturträger ersten Ranges, er fördert die internationale Solidarität; er fördert nicht nur den Austausch der materiellen Güter, sondern auch den künstlerischen und wissenschaftlichen Beziehungen. Er trägt mehr als jede andere Beschäftigung der Menschheit dazu bei, die nationale Beschränktheit und die nationalen Vorurteile aller Art zu beseitigen. Der Handel verbreitet Wohlstand. Und gerade diejenigen Nationen, die an der Spitze des Welthandels stehen, sind auch im Falle des Krieges widerstandsfähiger, als sie ohne die Entwicklung der Industrie wären. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit unseren Kolonien ist es umgekehrt. Wir haben durch sie keinen moralischen Gewinn, sondern nur moralische Niederlagen gehabt. Durch die Kolonialpolitik wird die Nation nicht gestärkt, sondern geschwächt. Infolge der fortgeschrittenen Opfer werden die Mittel genommen, die für eine ganze Reihe notwendiger Kulturarbeiten verwendet werden sollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am Rhein sind 10 000 kleine Weinbauern durch Witterungsverhältnisse geschädigt worden, und es wäre notwendig, daß das Reich und die Einzelstaaten eintreten, um diese Bauern lebensfähig zu erhalten. Die große Teuerung hat das Bedürfnis der Beamten nach Teuerungszulagen erweckt. Aber diese und eine große Reihe



andere Forderungen können nicht erfüllt werden, weil das Reich so große Mittel für vollständig unproduktive Zwecke in Anspruch nimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist durchaus verkehrt, wenn der Kolonialdirektor meinte, er hätte meine Ausführungen vom Sonnabend irgendwie widerlegt.

Ich komme zu dem

### Fall des Geheimrats Hellwig.

Der Kolonialdirektor hat gestern mitgeteilt, daß dessen Pensionierung erfolgte, weil er sich bei seinem zunehmenden Alter nicht mehr der Verantwortung seines Amtes gewachsen fühlte, andererseits sei infolge der vorgenommenen Reform der Kolonialabteilung ein Personenswechsel ungemessen gewesen. Ich bezweifle nicht, daß es so in den Akten steht, wie es der Kolonialdirektor darstellte. In den Akten steht aber vieles, was nicht wahr ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Kolonialdirektor sich auf das ärztliche Attest beruft, auf Grund dessen Herr Hellwig pensioniert worden sei, so kann er dafür andere Gläubige suchen, aber nicht den deutschen Reichstag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In neun von zehn Fällen nehmen die höheren Beamten ihre Entlassung „aus Gesundheitsrücksichten“. Wenn ein höherer Offizier pensioniert werden soll, so kommt ein blauer Brief ins Haus und nach ein paar Tagen nimmt er „aus Gesundheitsrücksichten“ seine Entlassung. Wie haben Tausende ehemaliger Offiziere, die wegen ihrer mangelnden Gesundheit pensioniert sind, die aber bei ihrer Entlassung erklärt haben, daß sie im Falle eines Krieges, das heißt zu einer Zeit, wo die körperlichen Strapazen am größten sind, bereit seien, in den Dienst wieder einzutreten! (Heiterkeit links.) Gestern habe ich in einem Blatte eine Darstellung über die Entlassung des Herrn Hellwig gelesen, die offenbar aus dem auswärtigen Amte herrührt. Es wird da auch gesagt, daß die Herren Hellwig und Frdr. v. Nitzhosen infolge ihres langjährigen Zusammenwirkens befreundet gewesen seien. Aber aus diesem freundschaftlichen Verhältnis heraus hat denn auch Herr v. Nitzhosen seinen Anstand genommen, dem Herrn Hellwig zu sagen, was er sein Entlassungsgesuch einreichen solle. Ich ersuche den Kolonialdirektor, wo möglich noch heute oder, wenn es nicht möglich ist, morgen den Geheimrat Legationstrat v. Hellwig zu sich zu beordern und ihn auf Ehrenwort zu fragen, ob die Mitteilungen, die hier von zwei Mitgliedern des Hauses gemacht worden sind, zutreffen. (Hört! hört! links.) Wenn er ein Ehrenmann ist, so wird er bekunden, daß er gesagt hat: „Ich bin ein gesunder, starker Mann; nur die Herren Arendt und Genossen haben es mir unmöglich gemacht, weiter zu arbeiten, und ihnen habe ich es zu verdanken, daß ich aus meinem Amte herausgeritten worden bin.“ (Hört! hört! links.) Es ist hier ein gesunder Beamter mit 10 000 Mark Pension entlassen worden. Geste gestern der Abg. Arendt die Erklärung des Grafen Arnim verlesen, so würde ich heute erklärt haben, daß Graf Arnim nicht zu denen gehört, die auf die Entlassung des Herrn Hellwig eingewirkt haben. Es stand da Aussage der Aussage gegenüber, und wenn das der Fall ist, so muß ich zugeben, daß die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß die mir gewordene Mitteilung in diesem Falle nicht richtig ist. Das ist gestern durch die Erklärung des Grafen Arnim bestätigt worden, und ich nehme also den Angriff, den ich am Sonnabend gegen ihn gerichtet habe, mit Bedauern zurück. Herr Dr. Arendt hat erklärt, er habe Hellwig als den Träger einer Kolonialpolitik angesehen, die er für falsch gehalten hat. Wenn Herr Dr. Arendt seine Maulwurfsarbeit bei der Untergrabung der Stellung des Herrn Hellwig damit zu begründen gesucht hat, daß er gesagt hat, er habe allezeit das System des Herrn Hellwig bekämpft, so kann ich nur erklären: solange ich Herrn Dr. Arendt kenne, habe ich niemals von ihm gehört, daß Herr Hellwig ein besonderes Kolonialsystem vertreten und daß er das von diesem vertretene System für falsch halte. Das würde, sollte man meinen, seine Stellung nicht ausgeschlossen haben, da er nicht Leiter der Kolonialabteilung war. Aber wie im Geheimen oft die Gemächlin die Fäden anhat (Heiterkeit), so können wir uns vorstellen, daß auch in einem Reichsamte sich an zweiter oder dritter Stelle ein so bedeutender Mann befindet, daß der erste Mann nach seiner Pfeife tanzen muß. (Heiterkeit.) Solche Dinge hätte aber Herr Arendt bei seiner Vertrautheit mit den Verhältnissen erfahren müssen, und er hätte sie hier zur Sprache bringen und dafür sorgen müssen, daß dieser unheilvolle Einfluß Hellwigs verschwinde. Davon haben wir aber nichts gehört.

Rum hat gestern der Herr Kolonialdirektor auf den

### Fall Wöplau

Bezug genommen. Er hat vorgelesen, daß derselbe verschiedentlich wegen anderer Dienstvergehen mit 150 und 200 M. Strafe belegt worden sei. Da diese Vorfälle an seiner Zurechnungsfähigkeit hätten Zweifel aufkommen lassen, sei von einem förmlichen Disziplinarverfahren abgesehen worden, dagegen sei auf Grund eines ärztlichen Gutachtens das Zwangspensionierungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Dieses Verfahren führte nicht zum Ziel. Es ist dem Wöplau allerdings eine äußerst milde Behandlung zu teil geworden. Hierin spricht die Denkschrift so ziemlich die Wahrheit. Ich kann ebenfalls nach meiner Kenntnis der Vorgänge konstatieren, daß man sich ziemlich lange gestraubt hat, Wöplau einfach aus dem Dienste zu entlassen. Warum? Weil Wöplau so viel wußte! (Lebh. Zustimmung links.) Weil man nicht wünschte, daß Wöplau, wenn er bald über Kopf entlassen würde, darüber alles zu reden. Wöplau hat sich bereits 1891/92 bei dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes lebhaft beschwert über Geheimrat König. Er hat lange Denkschriften eingereicht, in denen er eine ganze Anzahl von Anklagen gegen König erhebt. Interessant ist nun, daß König einem seiner Untergebenen den Auftrag gab, sich mit Wöplau freundschaftlich zu verständigen. Dieser erklärte dem Wöplau, daß alles, was nur irgend möglich sei, für ihn getan werde und daß ihm die bisherigen Vorkommnisse durchaus nicht schaden sollten (vorausgesetzt, daß Wöplau die Sache auf sich beruhen lasse und daß er spätestens am 1. April 1903 eine andere Stelle erhalten solle). (Hört! hört! links.) Das sind also die Versuche, die gemacht worden sind, um Wöplau zu beruhigen. Als alles dies nichts half, ging man weiter. Nicht bloß in der Staatsverwaltung, sondern auch in einflussreichen und wohlhabenden bürgerlichen Kreisen ist es eine sehr beliebte Methode, wenn man einen Kranken in der Familie hat, der einem — einerlei aus welchen Gründen — Aergernis bereitet, daß man versucht, irgend einen Professor der Psychiatrie zu finden, der ein Zeugnis ausstellt, das die betreffende Person geistig nicht genügend intakt sei. (Sehr wahr! links.) So ging es auch hier. In einem Briefe an den Staatssekretär v. Nitzhosen setzte der Geh. Legationstrat Herr Schmidt-Dargitz auseinander, daß der Kreisarzt Dr. Zimmer bereit gewesen sei, ein Zeugnis, wie es gewünscht worden war, auszustellen! Da ein Zeugnis von einem Kreisarzt oder nicht genügt, sei versucht worden, ein solches Zeugnis von dem berühmten Psychiater Professor Jolly an der hiesigen Universität zu erhalten! Dieser habe sich aber geweigert, dasselbe auszustellen! (Hört! hört! links.) Er hat erklärt, er könne das Gutachten des Dr. Zimmer durchaus nicht als korrekt und logisch ansehen. (Hört! hört! links.) Ich glaube der ganze Fall nicht bedenklich zu sein, und er rief, da er nicht bereit sei, ein solches Zeugnis auszustellen, daß man es mit dem Disziplinarverfahren versuchen möge, wenn die Dinge noch nicht verfährt seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zuletzt erklärte der Geh. Legationstrat, er wolle noch einmal versuchen, ob man Herrn Jolly nicht

doch noch bearbeiten

könne. (Hört! hört! links. Bewegung.) Das ist doch charakteristisch.

Rum ist der Direktor des Kolonialamtes wieder zurückgekommen auf die von mir am Sonnabend mitgeteilten Kolonialskandale und hat bei dieser Gelegenheit gemeint, ich hätte am Sonnabend viel vom „guten Glauben“ geredet. Wenn irgend einer den guten Glauben für seine Behauptungen in Anspruch nehmen müsse, dann sei ich es. Er hat aber unmittelbar daran die Mitteilung geknüpft, daß der eine von den drei Skandalen, der Fall Kampy, ihm auch von dem Abg. Erzberger mitgeteilt worden sei und quasi als erwiesen gelte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich frage nun den Herrn Kolonialdirektor: Ist Ihnen bekannt, daß auch

### der Fall Dominik

in den Akten der Kolonialverwaltung eine erhebliche Rolle spielt? Der Herr Staatssekretär schweigt. (Große Heiterkeit.) Keine Antwort ist auch eine Antwort! Rum teile ich Ihnen mit, daß der Fall Dominik in seiner ganzen Scheußlichkeit schon seit einer Reihe von Jahren dem Kolonialamt bekannt ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und daß nichts geschehen ist, um Dominik zur Verantwortung zu ziehen! (Hört! hört!) Am 27. März 1904 hat Wöplau in einer Anklage- und Beschwerdeschrift den Reichskanzler auf diesen Fall hingewiesen und ausdrücklich konstatiert, daß Dominik die Schwarzen in Kamerun damit bestrafe, daß er ihnen bei lebendigem Leibe die Geschlechtsorgane andrücken ließ. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Rum hat bis heute der Herr Reichskanzler nicht das geringste getan, um diesen Fall aufzuklären. Das ist ein unerhörtes Vorgehen. (Sehr richtig! links.) Ich habe daher vollkommen recht, wenn ich sagte, daß der Reichskanzler nach meiner Auffassung in erster Linie für die Dinge, die verurteilt worden sind, mit verantwortlich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere noch einmal, daß von den drei von mir vorgebrachten Fällen der Fall Kampy bereits zugegeben ist, und der Fall Dominik seit drei Jahren in den Akten der Kolonialverwaltung begraben ist. Ich konstatiere, daß damals, als Wöplau den Fall Dominik dem Reichskanzler vortrug, also im März 1904, mir dieser Fall noch nicht bekannt war. Ich habe den Brief, in dem dieser Fall enthalten ist, und den ich am Sonnabend dem Direktor des Kolonialamtes gegeben habe, erst im Juli bekommen. Rum hat mein Weibermann weiter behauptet, daß diese Fälle auch dem Gouverneur v. Kuttamer bekannt gewesen seien und daß Kuttamer in seinem Falle die erforderlichen Schritte getan habe, um Aenderung zu schaffen. 1904 ist Dominik noch in seiner Stellung in Kamerun gewesen. Hauptmann Kampy soll heute wieder in der Krone sein und sogar eine Majorstellung bekleiden. Es ist weiter konstatiert worden, daß verschiedene Beamte, gegen die schwere Beschuldigungen erhoben wurden, nicht zur Verantwortung gezogen, sondern einfach aus dem Kolonialdienst entlassen worden sind; sie sind nach Hause zurückgekehrt, in andere Stellen hineingekommen und sind, wie ich schon am Sonnabend sagte, die Treppe hinaufstätt hinuntergefallen. Angesichts der ungeheuren Verbrechen hätten sie eine exemplarische Strafe von mindestens einer Reihe von Jahren Zuchthaus verdient. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in dieser Weise aber das

### Verurteilungssystem

gehandhabt wird, muß das demoralisierend auf die ganzen Beamten einwirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo sollen denn da die Beamten noch den nötigen moralischen Halt bekommen gegenüber den starken Verurteilungen nichtgehöriger Lebermenschen, die ihnen entgegenstehen, wenn sie sehen und hören, daß man sich in den Kolonien nicht nur die schwersten Dienstvergehen, sondern sogar die schwersten Verbrechen zuschulden kommen lassen dürfe, ohne eine Anklage beschreiben zu müssen. Und wie muß das auf die Eingeborenen wirken! Auch auf diese muß das im höchsten Grade demoralisierend wirken, wenn sie diese Dinge sehen und hören und erfahren, daß die Beamten dafür nicht bestraft werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie werden dagegen die Eingeborenen bestraft. Ich erinnere nur daran, daß Leute vom Altwastamme wegen einfacher Verleumdung von Beamten zu 6 und 8 Jahren Gefängnis, in einem anderen Falle sogar zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein ungeheuerliches, ein unmenschliches Urteil, und solche furchtbaren Strafen werden bei Menschen angewandt, die man als Kinder und Karren bezeichnet. Wenn man das annimmt, so wissen Sie auch, daß gerade Kinder ein sehr feines Gefühl für Recht und Gerechtigkeit haben. Wenn Kinder sehen, daß ein Kind vor dem anderen bevorzugt wird, so empört sich ihr Rechtsgesühl dagegen. Dasselbe Rechtsgesühl ist auch bei den Wilden vorhanden, auch sie erkennen es an, wenn sie gerecht behandelt werden, und sie sind aufs höchste empört, wenn sie nicht gerecht behandelt werden. Jedenfalls gibt es unter den Wilden und Halbwilden nicht mehr Verhältnisse als in Deutschland. (Heiterkeit.) Wir müssen verlangen, daß in der schärfsten und unparteilichsten Weise die Dinge untersucht und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ob eine Untersuchungskommission im Sinne des Abg. Müller-Meinungen eine geeignete Instanz ist, lasse ich dahingestellt sein. Schon das erste Urteil gegen die Altwastamen auf sechs bis acht Jahre Gefängnis hat allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Nachdem aber ein unparteiliches, richterliches Urteil dann auf 15 Jahre Gefängnis lautete, glaube ich nicht mehr an die richterliche Unparteilichkeit in den Kolonien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das allgrößte Mißtrauen gegen alles, was offiziell ist. (Heiterkeit.) Ich erkläre noch einmal: Herr Dernburg, wenn Sie gegen die Verhältnisse vorgehen, so werden Sie bei mir energische Unterstützung finden. Wir haben alle Ursache, der bestehenden Kamarrilla entgegenzuwirken. Der Reichskanzler hat am 14. November hier erklärt, Kamarrilla sei ein Fremdwort, ein egoistischer Ausdruck. Rum, Kamarrilla ist überall vorhanden, wo persönliches Regiment herrscht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Kamarrilla ist der notwendige Ausfluß des persönlichen Regiments. Wenn die Dinge in einem Staatswesen so liegen, daß es von hochgestellten Personen und von der allerhöchsten Stelle abhängt, ob jemand zu Ehren, zu Stellung und Vermögen kommt, dann ist es ganz selbstverständlich, daß alles um die Gunst dieser Mächtigen buhlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) daß jeder sich bemüht, so viel wie möglich zu erhalten. Bei einem solchen Kampf um die Güter kommen die niedrigsten Eigenschaften der Menschen zur Geltung. Darüber findet man in den Memoiren des Fürsten Hohenlohe ganz interessante Tatsachen. Da heißt es zum Beispiel: „Gulenburg fürchtete, daß es zum Bruch kommen werde, aber das Verhältnis zog sich wieder zurecht. Inzwischen arbeitete die Militärpartei mit Hahnke nach wie vor an dem Sturz Caprivis. Man wollte keinen General mehr als Reichskanzler haben, man bildete sich ein, bei einem anderen Reichskanzler könne man alles machen, alles schäben und merkte gar nicht, daß man überall gegen ihn war.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter wird da gesagt, daß Bismarck erklärt habe, er werde auch dem Kronprinzen seine Dienste widmen, wenn er sich gegen den Krieg wolle. Das wird mit einer Kaltblütigkeit dargestellt, als ob der Krieg gar nichts wäre. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ferner kommt dann die Schilderung beim Ordensfest.

Vizepräsident Graf Stöckert: Ich habe dem Herrn Abgeordneten weiten Spielraum gelassen, ich möchte aber doch bitten, mit dieser Verlesung aufzuhören.

Abg. Bedel (fortfahrend): Ich will aus den Verlesungen nur nachweisen, daß nicht jetzt nur eine Kamarrilla besteht, sondern schon immer bestanden hat. (Sehr gut! links.) Ich glaube, die Mitteilung des Fürsten Hohenlohe wird uns zeigen, wie bei uns regiert wird. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Kamarrilla besteht, auch der Abg. Wassermann hat ja das in seiner Interpellationsrede angedeutet.

Ich komme nun zu den Ausführungen des Abg. Dr. Arendt. Er leitete seine Rede gestern mit den schönen Worten ein, der Abscheu und die Abwehr von Unmenschlichkeiten sei nicht die Sache einer Partei. Rum hat er gestern die größten Scheußlichkeiten und Unmenschlichkeiten verteidigt und er hat sich dadurch mit schuldig gemacht. Es wird gesagt, es komme nur darauf an, was der Gerichtshof als erwiesen erachtet. Wir haben ja die Erfahrung gemacht, daß wenn hohe Herren vor Gericht kommen, die Sachen unterdrückt werden. Ich habe das Verurteilen, daß das famose Institut des öffentlichen Anklägers nur zu dem Zweck eingesetzt ist, daß der Staatsanwalt jeden Prozeß, der ihm und seinen Vorgesetzten un bequem ist, unterdrückt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und daß nur ein Verfahren einleitet wird,

wenn der Staatsanwalt es will. Wenn nun aber im Gegensatz zu diesem Verfahren doch einmal ein Gerichtshof sich findet, der eine Ausnahme von dieser Regel macht, der sozusagen ein weicher Sperling ist, glauben Sie, Herr Arendt, daß ich das verurteile? Im Gegenteil, ich sage, so sollten es alle machen, dann würde die Justiz bei uns in höherem Ansehen stehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Festgestellt ist vom Gerichtshof, daß Herr Dr. Peters schwarze Mädchen in fürchterlicher Weise mißhandelt lassen — hierzu hatte er, wie der Gerichtshof erklärte, kein Recht —, und zwar hat er sie mißhandelt lassen mit einer Mißhandlungsart, einem viel fürchterlicheren Instrument, als der Stock, den der Abg. Moeren gestern hier niederlegte. Das ist eine Scheußlichkeit, eine Gemeinheit, und ein Mann, der die Stirne hat, eine solche Scheußlichkeit und Gemeinheit verteidigen zu wollen, gegen den hege ich Gefühle, die mir der parlamentarische Anstand auszusprechen verbietet.

Festgestellt ist ferner vom Gerichtshof, daß Dr. Peters mit der Jagodjo im Geschlechtsverkehr stand und daß er dieses Mädchen mit ganz besonderer Rücksicht verfolgt hat. Er hat sie auf das fürchterlichste mißhandelt und hat sie dann von neuem in fürchterlicher Weise schlagen lassen, bevor die Wunden des Mädchens geheilt waren. Die Behandlung war so empörend, daß der schwarze Unteroffizier, der mich Erbarmen fühlte als Herr Peters, dieser gute Christ, erklärte: ich kann die Strafe an dem Mädchen nicht ausführen, weil Gefahr für ihr Leben vorhanden ist! Dr. Arendt aber hat diese Scheußlichkeiten hier zu beschönigen versucht.

Festgestellt ist drittens, daß Dr. Peters nach den unerhörten Mißhandlungen die Farce eines Kriegsgerichts inszeniert hat. Der Gerichtshof hat festgestellt, daß es eine Farce war; dieses „Kriegsgericht“ hat beschloffen, die Jagodjo hängen zu lassen, und dies ist ausgeführt worden. Das ist die dritte Scheußlichkeit. Viertens hat er den Mordbruch hinführen lassen, weil er ihn im Verdacht hatte, im Verkehr mit der Jagodjo zu stehen. Wer nach allen diesen Scheußlichkeiten und Ungeheuerlichkeiten die Stirne findet, diese Dinge zu verteidigen, der steht auf einem moralischen Standpunkt, der noch viel tiefer ist als derjenige des Peters. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Peters konnte doch immerhin glauben, er könne dort mit den Eingeborenen verfahren, wie er wolle. Wer aber, nachdem alles das bekannt geworden ist, hier zu wiederholten Malen aufzutreten vermag und Peters Verhalten zu verteidigen sucht, für den gibt es keine Entschuldigung, für den gibt es keine Verzeihung. Und wenn Sie, Herr Arendt, an eine Höhle glauben, so müßten Sie 10 000 Jahre darin draten. (Stürmische Heiterkeit.) Sie, die Sie für diesen Menschen eintreten, sind die Vertreter von Religion und Monarchie.

### Schöne Staatsstüben

sind Sie, saubere Staatsstüben — (Bravo! bei den Sozialdemokraten) — eine Sorte, wie sie dem Deutschen Reiche gebührt!

Vizepräsident Graf Stöckert (hat bereits eine ganze Zeit mit der Glocke in der Hand gestanden und ängstlich gelauscht, ob nicht ein unparlamentarisches Wort falle): Sie haben mit Bezug auf den Abg. Arendt den Ausdruck gebraucht: die „Sorte“. Das ist nicht zulässig! (Schallende Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.) Ich bitte um etwas Ruhe. (Erneute große Heiterkeit.)

Abg. Bedel (fortfahrend): Weiter ist vom Gerichtshof festgestellt, daß Peters ein schweres Disziplinarvergehen begangen habe — und Disziplinarvergehen beurteilt Sie (nach rechts) ja besonders hart. Er hat nämlich über diese skandalösen Vorgänge einen unwarharen Bericht an den Gouverneur von Ostafrika gesandt. Er hat die Tatsache der Hinrichtung verschwiegen, weil er wohl wußte, was die Folge davon sein mußte. Er hat also ein schweres Disziplinarvergehen begangen, ganz abgesehen davon, daß seine Handlung ein Verbrechen war.

Herr Arendt hat wiederum die große Kühnheit gehabt, zu behaupten, der Umstand, daß Peters nicht strafrechtlich verfolgt worden sei, beweise ja, daß seine Schandtat nicht so schwer beurteilt werden könnte, wie ich sie verurteilt hätte; denn das deutsche Strafrecht hätte doch auch in Ostafrika Anwendung finden können.

Diese Anschauung, die Herr Arendt gestern zum erstenmal in der Angelegenheit Peters vertreten hat, habe ich in der großen dreitägigen Petersdebatte im März 1898 wiederholt vertreten. Ich habe mit aller Energie den damaligen Kolonialdirektor Kampy aufgefordert, daß gegen Peters wegen der Handlungen eingeschritten werde, die vom Strafrecht mit langer Zuchthausstrafe belegt werden. Von der Regierung ist damals erklärt worden, daß das nicht möglich sei. Es ist ein Gutachten des damaligen preussischen Justizministers hierüber vorgelegt worden. Man hat sich auf den § 4 des Strafrechtbuches bezogen, wonach in der Regel keine Verfolgung stattfindet für im Auslande begangene Verbrechen oder Vergehen. Verfolgt werden könne auch ein Deutscher, der im Auslande ein Verbrechen begangen hat, auf Grund der in jenem Lande geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Rum hat der preussische Justizminister erklärt, daß zu jener Zeit Ostafrika nicht zu Deutschland gehört habe, daß das deutsche Strafrechtbuch daher da keine Gültigkeit habe und daß dort überhaupt kein Strafrecht existiere, welches derartige Verbrechen mit Strafe bedrohe. Daher ist es nicht möglich gewesen, Peters zu bestrafen. So liegt die Rechtslage, wenigstens nach der Anschauung des damaligen preussischen Justizministeriums, sonst wäre man damals gegen Peters vorgegangen. Auch nach dieser Richtung hin ist es nicht möglich gewesen, Peters zu verurteilen, obwohl er es 20 mal verdient hätte. Was auch die ganze Welt davon überzeugt sein, daß der Mann bestraft werden mußte, wenn der zuständige Justizminister die Ueberzeugung hat, daß das Gesetz nicht anwendbar sei, können wir nichts dagegen machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unter den Mitteilungen, die der Abg. Moeren gestern machte, erregte eine ganz besonderen Abscheu, die, daß ein armer Schwarzer unter der ihm aufgebürdeten Last zusammengebrochen sei, daß der Führer ihn einfach habe liegen lassen und daß nun der Schwarze in der fürchterlichen Sonnenhitze in Kamerun gestorben ist. Ach, meine Herren, da hat Herr Peters noch ganz andere Dinge getan. Er ist ja auch der Führer der deutschen Emin Paschas Expedition in den Jahren 1890 und 1891 gewesen. Da blieb auch eines Tages ein Führer aus Dar es Salam, der an der Auszehrung litt und geschwächt war, zurück, und Dr. Peters ließ ihn einfach liegen. Also einen armen Träger, der an der Auszehrung litt und zusammenbrach, den läßt er liegen, obwohl er genau weiß, daß Nacht für Nacht hinter seiner Karawane Ohänen herziehen! (Wut! bei den Sozialdemokraten.) Kann man sich etwas Unmenschlicheres, Teufelischeres denken? Er hätte den Mann bis zur nächsten Station mitnehmen müssen, und wenn ihm das nicht möglich gewesen wäre, so wäre es ein Akt der Menschlichkeit gewesen, seinen Leiden durch eine Angel ein Ende zu machen. (Lebhafte Unruhe und lautes Murren rechts und im Zentrum, wobei die nächsten Worte des Redners verloren gehen.) — Auf diesem Zuge beschloß Peters, ein Dorf zu stürmen. Er erzählt, wie er eine große Herde traf und der Hirt ihm zurief, er möchte doch um dieselbe herumgehen und ihm das Vieh nicht wegreiben. „Was wir vorhaben“, sagt Peters hinzu, „agute er nicht, bis ihm eine Angel zwischen die Rippen fuhr und seine frische Lunge zur Ruhe brachte.“ (Wahrheit bei den Sozialdemokraten.) Auch das ist eine unerhörte Scheußlichkeit. Ein weiterer Fall ist der, wo er erzählt, daß er beim Eindringen in einen großen Wald viele Manafaleute auf den Bäumen traf. Ohne weiteres wurden sie mit mehreren Gewehrschüssen beschossen und — wie er sich ausdrückt — eine ganze Anzahl „tanell zur Erde befördert“. Als die Manafaleute ihm zuriefen, sie hätten ihm doch nichts getan — und lebten auch nicht im Kriege mit ihm, rief er ihnen zu: Warum sitzt ihr dort oben? Sie antworteten: Weil sie sich im Kriege mit einem anderen Stamme jenseits des Bügels befanden. Darauf rief er ihnen zu: „Na, dann verquälte ich euch mittag!“ und zog weiter. Ist es nicht eine ganz unglückliche Probe, diese Schwarzen, die seiner Expedition nicht das mindeste in den Weg und gar nichts getan hatten, ohne weiteres von den Bäumen herunterzuschießen? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist wirklich ein besonderes Wagnis, daß sich im



Reichstag und im preussischen Landtag 34 konservative Abgeordnete gefunden haben — natürlich waren es Konservative —, welche für die Vergabung dieses Mannes eingetreten sind, und der höchste Beamte des Reiches hat sie, die für die Vergabung von Peters eintreten, empfangen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch diese 34 Herren sind Stützen des Staates und des Thrones, Stützen der Familie und der Ehe und aller der hohen Tugenden, ohne welche unsere bürgerliche Gesellschaft auch nicht einen Tag lang bestehen kann. Na — (Mit einer Gebärde, die ausdrückt: Nüchtern sein, nicht will ich sie nicht! Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aufmerksam machen will ich auf eine Erklärung, die der Leutnant von Elg gegeben hat, ein Mann, der ebenfalls in Ostafrika und am Kilimandscharo gewesen ist. Er schildert, wie bequem er mit den Eingeborenen auskam, weil ihnen nichts weggenommen, sondern alles was notwendig war, bezahlt wurde. Als aber die Peterleute ausgingen, nahmen sie den Leuten ganze Herden weg. Erreicht haben sie dadurch, daß sie die Station ohne militärische Begleitmannschaft nicht mehr verlassen konnten, daß die schönste Gegend von Ostafrika zu einem Kriegsschauplatz geworden ist, der uns noch ungeheure Summen kosten wird. „Für alle Greuel dieses Krieges“, sagt Herr v. Elg, „sind Sie, Herr Dr. Peters, Gott und den Menschen verantwortlich, nicht die Kommandeure, die Sie dazu, sondern Sie brauchten Taten, damit Ihre Kameraden in Europa nicht vergessen wird. Deutschland kann Ihnen das nicht danken.“ So urteilt ein Mann, der das Land und die Verhältnisse kennt, über diese Dinge. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So urteilt ein Mann, der selber mit im Kriege gekam. — Herr Dr. Arendt beruft sich auch darauf, daß der österreichische Generalmajor v. Baummann in geistiger Umnachtung gefallen sei. Es steht aber fest, daß Baummann erst in Europa erkrankt ist; in Afrika war er vollkommen gesund und durchaus zurechnungsfähig, als er über den Fall Peters ausfragte.

Mit diesen Feststellungen dürfte der Fall Peters endlich als erledigt gelten. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch des Abg. Arendt.) Sollte er für Sie (zu Dr. Arendt) es noch immer nicht sein, so dürfte bei Dr. Arendt das vorhandene sein, was der Engländer „moral insanity“ (moralische Geistesstörung) nennt. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.)

Der Herr Kolonialdirektor hat mir schließlich vorgehalten, daß meine Äußerung über die Grund- und Bodenfrage in den Kolonien mit anderer programmatischer Stellung in der Grund- und Bodenfrage nicht übereinstimme. Hätte er meine Worte genügend verfolgt, so würde er erkannt haben, daß ich mich durchaus korrekt ausgedrückt habe. Ich habe einen Unterschied zwischen der Behandlung der Grund- und Bodenfrage in den Kolonien gemacht — insofern dieses Eigentum der Eingeborenen Stammesbesitz, kommunistisches Eigentum ist — zu dem Privateigentum, wie es in Europa vorhanden ist.

Der Herr Kolonialdirektor hat zugegeben, daß geradezu ungeheure Buchpreise in Südwestafrika genommen werden. Ich habe der Regierung aber vorgeworfen, daß sie nicht ähnlich wie die französische Revolution seinerzeit durch bestimmte Maßnahmen dafür gesorgt hätte, daß solche Buchpreise nicht entstehen könnten. Der Kolonialdirektor hat die hohen Preise auch damit entschuldigen wollen, daß keine Wägen in Südwestafrika vorhanden seien; er hat dabei — und das war interessant zu erfahren — mitgeteilt, daß die Wägen nach Windhoek, die so außerordentlich schwere Kosten verursacht hat, jetzt im Grubstättel vollständig verrotten. Das ist ein Beweis, wie in unseren Kolonien Geld zum Fenster hinausgeworfen wird. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gestern hatten die parlamentarischen Mitglieder der Landkommission Gelegenheit, aus dem Munde einer so offiziellen Persönlichkeit, wie Herr von Bennigsen es ist, zu hören, welche Zustände in Südwestafrika herrschen. Herr Bennigsen legte das Zeugnis ab, daß der Zustand für die Kolonie ein wahres Elend gewesen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) daß Südwestafrika bankrott gewesen wäre, wenn der Krieg nicht gekommen und daß die Gefahr bestehe, daß wenn die Truppen zurückgezogen würden, eine schwere Katastrophe über die Kolonie hereinbräche. Wenn Sie das hören, dann werden Sie sich doch zehn- bis zwanzigmal überlegen, ob Sie für eine solche Kolonie angefaßt der anderen überströmenden Zustände, die dort noch herrschen, weiter Geld bewilligen sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für das Zentrum

war das Hauptmoment, die Kolonialskandale zu verschweigen, offenbar folgendes: Die Herren mühten sich sagen: Wenn unsere Wähler das alles erfahren, dann darf kein Zentrumsmann mehr für die Kolonien eintreten. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jetzt aber haben Ihre Wähler, hat die Welt es gehört, wie es da draußen steht. Handeln Sie (zum Zentrum), wie Sie glauben, danach handeln zu sollen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberleutnant Luade:

Der Herr Abg. Bebel hat ausgeführt, daß das Material gegen den damaligen Oberleutnant, jetzigen Hauptmann Dominik, bereits im Jahre 1904 dem Reichstagsrat von Herrn Pöplau übergeben worden sei, ohne daß irgend etwas dagegen veranlaßt worden wäre. Die Darstellung dieses Sachverhalts trifft nicht zu. (Hört! hört! rechts.) Schon im Jahre 1902 gelangte durch Vermittlung unserer Londoner Botschaft die Mitteilung hierher, daß gegen Dominik von englischer Seite erhebliche Beschwerden über seine Kriegsführung erhoben worden und daß ihm die Verstärkung gefasener Feinde vorgezogen sei, die erfolgt wäre, um die Zahl der Toten festzustellen. Am 8. September 1902 erging vom Reichstagsrat ein Erlaß an den Gouverneur von Kamerun mit dem Befehl, ohne Verzug auf kürzestem Wege dem Oberleutnant Dominik die Befehle zuzufügen zu lassen, daß er nach englischen Mitteilungen sich Beweismittel hätte zuschaffen lassen und daß er künftig bei seiner Kriegsführung sich aller Taten enthalten solle, die mit der Kriegsführung zivilisierter Staaten unvereinbar wären. Der Oberleutnant Dominik ist weiter in dem Erlaß ermahnt worden, über das Ergebnis seiner Anordnungen baldmöglichst Bericht zu erstatten. Sollte sich die Kommandeure eines strafrechtlichen Einschreitens herausstellen, so werde die Angelegenheit dem obersten Gerichtsherrn übermittelte werden. Gleichseitig nehme ich aus dem vorliegenden Falle Veranlassung, auf meinen Erlaß vom Jahre 1903 Bezug zu nehmen, worin die tuncische Schantung von Menschenleben vorgeschrieben wird. Eine Abschrift dieses Erlasses ist an den Oberleutnant Dominik zu übersenden. Wenn es im übrigen wahr sein sollte, wie man aus den vorliegenden Mitteilungen englischer Blätter entnehmen könnte, daß die Kriegsführung mit den Sitten und Gewohnheiten eines zivilisierten Staates unvereinbar ist, so erwarte ich von dem Verband der Schuttruppe, daß alles daran gesetzt wird, einem solchen unmoralischen Zustand der Dinge ein Ende zu machen. Ich lege einen baldmöglichsten Nachdruck entgegen. Der Reichstagsrat Fürst Bismarck.

Die Ermittlungen haben dann ergeben, daß ein Befehl zum Abschneiden von Gliedmaßen weder von Dominik noch von sonst jemand gegeben wurde. (Hört! hört! rechts.) Wenn in den Kämpfen, die mit hartnäckigen und unerbittlichen Gegnern gefochten worden sind, so barbarische Dinge vorgekommen sind, so kommt das daher, daß wir es eigentlich mit einem Gegner zu tun hatten, auf den die Bedingungen des Völkerechts nicht zureichen, sondern um barbarische Kannibalen, die den Feind nicht allein verzehren, sondern ihn auch mehrere Tage lang marterten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Gouverneur hat sich in Bezug auf den Oberleutnant Dominik entschlüsselt und ausgesprochen, und auch Dominik hat sich ausdrücklich zu der Sache geäußert. Danach lag

keine Veranlassung zum Einschreiten

vor. Es ist aber erneut von dem Reichstagsrat Veranlassung genommen, auf die Sitten der zivilisierten Nationen hinzuweisen und namentlich darauf, daß es aufs strengste verboten ist, den Feinden Glieder abzuschneiden. Trotzdem ist dem Oberleutnant Dominik unter dem 8. Juli 1903 eröffnet worden, daß ihm nicht der

Vorwurf zu erproben sei, daß er nicht durch geeignete Maßnahmen und Befehle barbarischen Gebräuchen in der Kriegsführung vorgebeugt hat. (Hört! hört! links.) Dieser ganze Fall Dominik ist am 15. November 1906 auf eine Anfrage des Abg. Abloh hin bereits erörtert worden. Vollig neu in der gegenwärtigen Anschuldigung ist das Aussehen von 62 Kindern in die Nachkriegskammern. Bezüglich dieses Falles wird die Untersuchung das Weitere ergeben.

Im Falle des Oberleutnants Kampy handelte es sich um Strogentraub, die er, nachdem sie völlig richtig zum Tode verurteilt worden waren, durch das 3,7 Zentimetergeschütz zu erledigen lassen. Aus dem Ergebnis ist zu ersehen, daß Kampy als Kommandeur den Feldtruppen nachrückte und nur wenig Begleiter hatte, die hauptsächlich Rekruten waren, denen er nicht zutrauen konnte, daß sie die Todesstrafe in gewandter Weise vornehmen würden. (Schallendes Gelächter links.) Unter diesen Umständen hat er es veranlaßt zu können geglaubt, in 10 Meter Entfernung die Leute, die an einen Baum gebunden waren, erschießen zu lassen. Auch dieser Vorgang bildet den Gegenstand weiterer Untersuchungen.

Abg. Geisberger (Z.):

Auf die Untersuchung meiner Räume und Sachen im Reichstag gehe ich nicht ein; dazu wird sich später noch Gelegenheit finden. Ich habe dem Untersuchungsrichter mein Material zur Verfügung gestellt, weil in der sogenannten liberalen Presse mir der Vorwurf des Attentatsbühls gemacht worden war. Ich befinde mich in einer eigentümlichen Lage. Im vorigen Jahre hat mich der Abg. Bebel gelobt, heute der Reichstagsrat, nun, weder die Schallentöne des Abg. Bebel, noch die Sirenenklänge des Reichstagsrats werden mich von dem rechten Wege abbringen. Der Abg. Bebel sprach neulich davon, daß dem Kolonialdirektor Ehrchen gestreut würden. Nun, Ehrchen bekommt nur ein Reichsmann. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. Bebel etwas besser in der biblischen Geschichte Bescheid wüßte, so würde er wissen, daß das Ausstreuen von Ehrchen nicht gerade hoffnungsfreudig wirken kann. Der Kolonialdirektor hat die vom Abg. Noeren angeführten Fälle nicht in Abrede stellen können. Die Verhandlungen werden nicht früher befristet werden, als bis die Verordnung über die Verhängung der Prügelstrafe aufgehoben ist, und diese Aufhebung müssen wir verlangen. Der Abg. Noeren hat mit Energie eine Verringerung der Zustände und eine Befristung der schuldigen Beamten verlangt. Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir es nicht billigen können, wenn solche Protokolle mitgeteilt werden, die nicht von dem Bernommenen als richtig anerkannt sind. Wenn der Kolonialdirektor die Wege weitergeht, so wird ihm niemand mehr Material geben (Sehr richtig! im Zentrum und links), sondern wir werden dann das, was wir besitzen, hier und in der Kommission zur Sprache bringen. Durch die gestrigen Ausführungen des Kolonialdirektors ist der Eindruck hervorgerufen worden, als ob die Regierung des Abg. Noeren, das Zentrum werde nichts mehr bewilligen, wenn nicht gewisse Bedingungen erfüllt würden, in der zugeordneten Aussage Noeren sich befinde. Das ist nicht der Fall, sondern diese Äußerung ist nachträglich ohne Wissen des Abg. Noeren in die Akten eingefügt worden. Eine Belehrung darüber, daß nicht auf schwebende Verfahren eingegangen werden dürfe, braucht der Herr Kolonialdirektor nicht vom Kolonialdirektor, er hat ja das, was er vorbrachte, schon vor zwei Jahren der Kolonialabteilung mitgeteilt, und die Kolonialabteilung hatte ihr Versprechen nicht eingelöst. Den Wunsch nach Sicherung des Verfahrens gegen Wilsuda hat Herr Noeren auf ausdrücklichen Wunsch des Kolonialdirektors Stübel ausgedrückt. Wenn jemand durch die Medien des Kolonialdirektors bloßgestellt worden ist, so ist es der Gesandte in Christiania, Stübel. Hätte er die Energie gehabt, den Wilsuda entgegenzuwirken, so wäre vieles nicht passiert. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Herr Stübel ist durch diese Rede viel mehr bloßgestellt worden, als dadurch, daß er die Geburt eines Kaiserkindes vermisst hat. (Heiterkeit.)

Der Kolonialdirektor meinte, er habe nur eine Zukunft; das glauben wir ja auch, aber es ist doch eigentlich besser, wenn man auch eine Vergangenheit hat. Sehr erwünscht wäre es, wenn der Kolonialdirektor sagen würde, was er gestern mit dem Aufstehen der Eiterbeule eigentlich gemeint hat. Pöplau ist nach meiner Ansicht ungeschicklich verurteilt worden. Die Meinung des Abgeordneten Müller-Reinigen, daß die Missionstätigkeit ohne staatliche Unterstützung auszuüben sei, unterstütze ich durchaus. Was den Fall Sellwig anbetrifft, so hatte ich seinerzeit auf die Pensionierung dieses Herrn in der Budgetkommission hingewiesen; darauf kam er einige Tage später zu mir in den Reichstag und erklärte mir, den beiden Freunden Peters, den Abgeordneten v. Karborff und Arendt, wolle der Reichstagsrat einen Gefallen erweisen, deshalb habe er, Sellwig, seine Pensionierung eingereicht. (Hört! hört! Bewegung.) Er verdrückte mir, daß er arbeiten könne und wolle und daß er die Aufsichtsstelle, die ihm der Freiherr v. Rüdiger verschafft habe, nur im Interesse seiner Familie angenommen habe.

Wenn der Reichstagsrat verlangte, daß wir unter die Vergangenen einen Strich machen sollen, so kann der doch nur gemacht werden, wenn alle Verfehlungen gebührend und die schlechten Elemente aus den Kolonien befristet sind. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben den Missionen stets geraten, sich im Falle von Beschwerden an die Kolonialverwaltung zu wenden und den Inhabern einzubringen. Leider hat der Reichstagsrat 1904 gegen die eheliche Missionstätigkeit schwere Vorwürfe gerichtet. Dagegen wurde eine Nachprüfung erfolgt. Der Abgeordnete Noeren hat dem Kolonialdirektor kein Mißtrauen ausgesprochen. (Auaus, Auaus.) Wenn gestern scharfe Worte gefallen sind, so ändert das nichts an unserer prinzipiellen Auffassung, und der Abgeordnete Bebel kann nicht den Vorwurf erheben, daß wir zu viel Vertrauen bewiesen haben. Der Abgeordnete Bebel hat ja selbst ausgeführt, es wäre schlecht bestellt um die menschliche Natur, wenn man kein Vertrauen zu den Menschen haben sollte (Heiterkeit); er habe noch immer gefunden, daß, wenn man den Menschen Vertrauen entgegenbringt, man auch Vertrauen findet. Hat Herr Bebel mehr Vertrauen zum Rabbinerjohn Morris als zum Kolonialdirektor? (Große Heiterkeit.) Wenn ich von „zwei Zentrumsgruppen“ sprache, die vor die Kolonialkassette gespannt waren, so war doch auch ein sozialdemokratischer Fuchs dabei. (Große Heiterkeit.) Wir haben den Wunsch ausgesprochen, daß man sich in Bezug auf die Substanzmachung der Kolonie beschränken solle; warum sollten wir uns nicht darüber freuen, daß endlich der Anfang gemacht ist. Der Abgeordnete Bebel bezeichnet uns als halbe Regierungspartei. Er hat uns da wohl verwechselt mit den Sozialdemokraten in Baden und Hessen (Heiterkeit); und in Frankreich ist doch die Regierungspartei niemand anders als die intimsten Freunde des Herrn Bebel. Wir sind weder eine Regierungspartei, noch eine Oppositionspartei.

(Heiterkeit links.) Wir sind eine christliche Partei, die zum Wohle der Gesamtheit arbeiten will. Wir hoffen, daß das durch die Kommissionsberatung möglich sein wird im Interesse des Heimatlandes und der Schutzgebiete. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Kolonialdirektor Dernburg:

Angesichts der vorerwähnten Zeit will ich mich darauf beschränken, kurz einige Dinge richtigzustellen: Dem Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen erwidere ich, daß die eingeleitete Kommission in Bezug auf die Akten nach keiner Richtung hin beschränkt ist; es werden ihr alle Akten, die sie wünscht, vorgelegt werden. Der Abgeordnete Geisberger meinte, ich sei gestern nicht auf die von seinem Fraktionsgenossen erwählten Verhandlungen eingegangen. Ich bin auf den Fall Kerling sehr ausführlich eingegangen und habe gesagt, daß ich kein Anhalt gesehen habe, gegen ihn vorzugehen. Es ist mir eine Genugtuung, dem Hause mitteilen zu können, daß nach einer Depesche aus Rom drei schwarze Regent vernommen sind, deren Aussagen ein negatives Ergebnis hatten. Es sind im ganzen von zehn Augenzeugen acht vernommen worden, und keiner hat etwas gegen Dr. Kerling vorgebracht. Demnach ist das Material ein wertloses Material gewesen. Ich freue mich darüber, daß einer meiner Beamten aus einer so schweren Anklage rein hervorgegangen ist. Ich möchte bitten, in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein. Schmidt ist auf seinen eigenen Wunsch aus der Kolonialverwaltung ausgeschieden. Es wird ihm das Zeugnis ausgestellt, daß er stets ein energischer Beamter gewesen ist, der in wirtschaftlicher Beziehung seinen Bezirk gefördert hat. Herr Schmidt ist Landwirt. Wegen Schmidt war eine große Reihe von Anschuldigungen erhoben worden; dieselben sind zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung gemacht, eine Mitteilung kann erst nach deren Abschluß erfolgen. Von der Beschuldigung ungeschicklicher Behandlung von Mädchen unter 14 Jahren ist Schmidt in einem Falle freigesprochen worden, und in einem anderen Falle ist das Verfahren ausgeschlossen, weil das Alter des Mädchens nicht festgestellt ist! (Lachen links.) Natürlich möchten Sie (zu den Sozialdemokraten) es anders hören. In Bezug auf andere Vorwürfe in strafrechtlicher Beziehung sind die Beschuldigungen zum Teil zugunsten Schmidts zurückgewiesen worden. Der Abgeordnete Geisberger hat dann gemeint, ich hätte nicht genügend erklärt, was ich mit dem

gemeint habe. Es ist jedermann so klar geworden, was ich damit gemeint habe, daß ich das nicht zu wiederholen brauche. Das Material gegen die Kolonialbeamten in Togo ist in einer langen Reihe von Jahren gesammelt worden. Das Material über den Fall Kerling hat man seit sieben Jahren gesammelt, nicht um es mitzuteilen, sondern, weil es in der „Kolonialen Volkzeitung“ steht; damit es von der Mission benutzt werde, wenn dringende Not es erfordert. Wir müssen aber das Material sobald wie möglich haben, um Klärung anzustellen. Ich habe weiter ausgeführt, daß sich ein Druck auf unsere Kolonialverwaltung geltend gemacht habe, und habe verschiedene Ausführungen vorgelesen. Ich habe gesagt, daß der Abgeordnete Noeren die angeführte Äußerung gelegentlich seiner zugeordneten Vernehmung gemacht habe. Solche Registrierungen werden nur bei ungewöhnlichen Äußerungen gemacht, wie „judaisches Hoch“ oder „das Zentrum bewilligt keinen Großen mehr“, was ich übrigens nie geäußert habe. (Stürmische Heiterkeit.) Die Verwaltung wird mit Jänas sehr gern zusammenarbeiten. Wenn in der Presse gesagt ist, ich hätte gestern eine polemische Rede gesprochen und ich hätte Politik gemacht, so bestricke ich das. Ich mache keine Politik, ich habe die Politik aus der Kolonialverwaltung hinausgeworfen, und das müssen Sie doch unterschreiben. (Große Heiterkeit.) Die Tätigkeit der Kolonialverwaltung ist eine wirtschaftliche, kaufmännische und legislatorische, das Geschäft muß mit Reinlichkeit betrieben, und die Akten müssen aufbewahrt werden. Ich will nochmals die feierliche Zusage geben, daß alle die geschilderten Vorgänge untersucht werden. Es wird sich dann hoffentlich ergeben, daß eine große Masse von Dingen, die den Beamten vorgebracht sind, nicht wahr sind, und darüber konnte sich das Haus nur freuen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Karborff (L.): Wenn es mehr und mehr Sitze werden sollte, daß niedere Beamte sich an Abgeordnete wenden und diese sich zum Sprachrohr derselben machen, so ist das sehr bedenklich; einen Wohlfahrtsausdruck können wir in Deutschland nicht brauchen. (Zustimmung rechts.) Meinen Freund Peters (türmische Rufe links: „Freund“!). Ja, er ist mein Freund, und ich verleihe einen Freund nicht. Bebel nennt ihn einen Körper; bei den Nordtalern in Rußland sprechen die Sozialdemokraten nicht von Nord. Peters war der unbedingten Tötung von Menschen angefaßt, vom Bericht aber freigesprochen worden. Wenn einem Parteigenossen von Bebel das passiert wäre (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das kommt nicht vor!) und dann käme einer mit einem gefährlichen Brief (bei den Sozialdemokraten: oh! oh!) und auf Grund desselben wird ein neues Verfahren eröffnet, und er wird verurteilt. (Abg. Bebel: Ohne daß der Brief dabei eine Rolle spielt!) Ich möchte wohl sehen, was für einen Vornamen gerade Bebel dann machen würde. Weßhalb soll denn das Urteil zweiter Instanz, gegen das es leider eine Revision nicht gibt, absolut richtig sein. Vergessen wir doch nicht, daß wir der Energie und dem Wagemut Peters' unsere wertvollste Kolonie verdanken. Peters war doch nicht in friedlichen Zeiten dort. (Abg. Bebel: Er hat den Antrieben hingebraut!) Er hatte nur eine kleine Garnison (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Besonders Weiber! Stürmische Heiterkeit.) und mußte für die Sicherheit dieser Truppe sorgen. (Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen; es handelt sich um eines der ältesten Mitglieder des Hauses. (Lebhaftige Zustimmung rechts.)

Abg. v. Karborff (fortfahrend): Daher konnte Peters nicht dulden, daß Weiber, die zwischen den verschiedenen Stämmen hin- und herliefen, Spionage trieben. Herr Bebel sagt, der Fall Peters und Sellwig zeigt, wie die herrschende Klasse in Deutschland regiert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Offenlich gibt es in Deutschland nie eine herrschende Klasse, die, wenn sie die Ueberzeugung von einem Justizmord hat, wie im Falle Peters, nicht hiergegen auftritt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte von den Abgg. Graf Gompech (Z.), Wassermann (natl.), Normann (fortf.), Liedemann (Rp.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der beiden freisinnigen Parteien, der Polen, Antisemiten und wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Die Nachtragsdebatte werden der Budgetkommission überwiesen Nächste Sitzung Mittwoch, 1 Uhr.

Tagesordnung: die Interpellationen des Zentrums und daß Polen betr. den polnischen Schulstreik, die Interpellation des Zentrums betr. die falsche Deklaration von Walgerste als Wirtseisenstern. Schluß 6 1/2 Uhr.

Sturm in der Nordsee. In der Nordsee und auf der Elbe erneuert ein Weststurm. Die Batterien am Stinifang Interwegen des steigenden Wasserstandes Warnungsschiffe ab. Preise

Bank in Theater. In Leipzig a. G. entstand anläßlich in der Theateraufführung im Schützenhause infolge Feuerlärms die Bank. Nur durch das energische Auftreten besonnenen 2<sup>n</sup> die Besucher wurde großes Unglück verhütet.

Ein Familientragödie. Wie dem „Vogelwälderischen Anzeiger“ aus Hof (Bayern) gemeldet wird, ertränkte sich dort gestern vor-mittag die 24jährige in Oberhofen wohnende Schwester des Dichters Mörders Lehrer Müller aus Scham über die Schande, die lang Bruder über die Familie gebracht, in der Saale. Ein älterer Bruder Müllers, gleichfalls Lehrer, erlitt, als er von der Wass zweiflungstat der Schwester Kenntnis erhielt, einen Schlaganfall.

Auf ein Verbrechen läßt der Hund einer Frauenleiche auf dem Düsseldorf Eisenbahndamm in der Nähe der Zimmerstraße schießen, die eigenartige Verletzungen an der rechten Halsseite und über dem rechten Auge zeigte. Die Leiche lag auf einem stark mit Blut getränkten Handtuch, etwa sechs Zentimeter vom Schenkelstrang entfernt. Im Umkreise der Leiche befanden sich Blutspuren auf der Wäsche, die andeuten, daß die Leiche dorthin geschleppt wurde.

Lehr- und Diktierklub „Südost“. Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Tolkdorf, Gölitzstraße 69: Vortrag. Bericht der Lehrkräfte, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgebung. Abteilung Weisensee. Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Ball, Langhausstraße 146. Gäste willkommen.

Wasserstand am 4. Dezember. Elbe bei Ralsig — Meter, bei Dresden — 0,78 Meter, bei Magdeburg + 1,44 Meter. — U n t e r 1 bei Straßfurt — Meter. — D e b e l bei Ralsig + 1,74 Meter. — Rheingebirgung + 2,00 Meter. — D e b e l bei Biege + 2,66 Meter. — D e b e l bei Ocklau Unterpegel — 0,36 Meter.





Dampfmaschine mit Kessel  
funktioniert garnat. 2,90  
bessere Ausführung  
1,40 bis 90,00

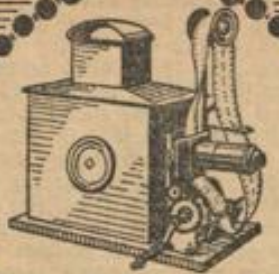
Orion-Gewehre  
45 90 Pf. 1,40  
mit Futteral 2,90  
Pistolen  
45 Pf.  
90 Pf.



Aufstelltschachteln: Viehweiden  
Schäferereien, Hühnerhöfe 2,90  
einfacher 45 Pf. 95 Pf.



Turnende  
Akrobaten  
beweglich  
90 Pf.



Kinematograph n. 3 Films  
2,00, gross. 10,00, 15,00  
bis 90,00



Laterna magica mit  
12 Glasbildern 90 Pf.  
2,90 3,00  
bis 65,00

Musk-Drehpuppen  
95 Pf. 1,40 2,90



Beckenschläger  
45 Pf. 95 Pf. 1,40



Dampfmaschinen  
45 95 Pf. 1,40  
2,90 bis 35,00



Rollglocken 90 Pf.  
mit 2 Glocken 45 Pf.



Last-Auto  
mit gut. Gepäck  
durch Uhrwerk bewegl.  
95 Pf.



Sammet-Kaninchen  
Baby-Spielzeug 25 45 95 Pf.

# Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse Alexanderplatz

## Spielwaren-Abteilung



Kochmaschine  
95 Pf., besser, mit Patentheiz.  
1,40 2,90 bis 42,00

Der Ton-Modellleur  
95 Pf. 1,40 2,80

Festungen Holz, ff. lackiert  
45 95 Pf. 1,40 bis 25,00

Druckerpresse  
m. Metalllettern 95 Pf. 2,90 4,50

Französische Rennspiele  
mech. bewegl. 95 Pf. 2,90 bis 15,00

Zinnsoldaten alle Truppenteile  
50 95 Pf. 1,80 bis 2,90

Turnapparate kombiniert, Reck,  
Ringe, Schaukel 2,90 4,25 6,25

Möbel für Puppenstuben  
Carton 45 95 Pf. 1,40 2,25 bis 24,00

Stehauf-Figuren 45 90 Pf.

Wagenbau Beschäftigungs-Spiel  
für Knaben 45 95 Pf. 2,90 4,25

Damenbretter  
45 95 Pf. 1,40 2,90

Fell-Schafe 45 95 Pf. 1,50 bis 18,50

Motorwagen-Bau Beschäftig-  
Spiel für Knaben 2,90 5,50

Ur-Orakel neues Unterhaltungs-  
spiel für Erwachsene 45 Pf.

Automat m. Schokoladenfüllung  
95 Pf.

Platten-Sprechmaschinen  
16,00 18,50 25,00 bis 80,00

Registrier-Sparbank  
Neuheit 2,10

Deutscher Zirkus  
Ersatz für Humpty-Dumpty  
Clown 95 Pf., Neger 1,40,  
Pudel 1,75, Stallmeister 1,40,  
Pferd, Esel 1,80, Stuhl 25 Pf. etc.

Schallplatten 25 Pf.  
Orpheus-Schallplatten 1,00 2,00  
Zonophon-Schallpl. 1,00 2,00  
Stifte in Blechbüchsen  
200 Stück 30 Pf.

Webstuhl prakt. arbeitend 95 Pf.



Rollwagen  
In vielen Ausführungen  
45, 90 Pf., 1,40 1,80 bis 15,00



Leder-Dackel mit Maulkorb  
90 Pf.  
Mundehütte Holz 45 95 Pf.



Fasswagen  
1,75 2,40 bis 8,35



Weihnachtsbaum-Fuss  
drehbar, mit Musik  
9,20 13,50



Kaufäden  
mit Glashaufensteinen 2,90,  
einfacher 45 90 Pf., 1,40,  
besser bis 36,00



Kugelgelenk-Puppe  
32 cm gross, rote  
Tuchjacke  
und Mütze  
95 Pf.

Kugelgelenk-Puppe  
40 cm gross,  
weiss Batist-  
kleid m. reicher  
Bandgarnitur  
3,75

Kugelgelenk-Puppe  
45 cm gross,  
grauer Wollstoff  
mit rot-weissem  
Satin, Strohhut  
2,50

Kugelgelenk-Puppe  
37 cm gross,  
weiss Holzkand.  
blau-weiss  
Organdy-Kleid  
2,10

Kugelgelenk-Puppe  
32 cm  
gross, weiss  
Batist, rosa  
Seiden-  
garnitur  
1,50



Post-Auto  
mit Gummirädern  
Uhrwerk-Antrieb 1,05



Auto  
m. Gummirädern, Uhrwerk-  
Antrieb 90 Pf.



Salta-Spiel  
sehr preiswert  
45 Pf.



Esel  
imit. Fell 90 Pf.



Hund m. Stimme  
weiss Fell 90 Pf.



Geduldspiel  
mit 4 Bildern 45 Pf.  
feiner 95 Pf.



Ausrüstungen  
für alle Truppenteile 2,90  
einfacher 95 Pf.



Puppen-Kaffee-Service  
„Empire“, mit 4 Tassen  
90 Pf., 1,40 2,10  
bis 17,50



Küche, komplett eingerichtet 65 Pf.  
Bessere Ausführung bis 35,00



Besenständer 2,50  
Kleiner 45 55 Pf.  
1,40



Eisenbahn mit Uhrwerk  
3 Waggons, Tender u. Loko-  
motive 2,90 Kleiner 95 Pf.  
Sämtliches Zubehör  
für Kleinbahnen



Die Beleidigungsklage des preussischen Dreiklassen-Parlaments gegen die „Erfurter Tribüne“.

Essfurt, den 4. Dezember.

Wie noch bekannt sein dürfte, hatte der preussische Justizminister prompt — nachdem ich das Abgeordnetenhaus dazu ermächtigt hatte — die Beleidigungsklage gegen unser Erfurter Parteiblatt aus §§ 186 und 189 erhoben. Wegen der vier Artikel a) „Die Tribüne und der preussische Landtag“, b) „Die Staatsanwaltschaft“, c) „Ohne Scham“ und d) „Pflaumeninsel“, mußten die beiden verantwortlichen Redakteure der „Tribüne“, die Genossen Stange und Dornheim, auf die Anklagebank.

In der ersten Prozeßverhandlung erklärten die beiden Angeklagten durch den Mund ihres Verteidigers, des Genossen Heime, sich bereit, den Wahrheitsbeweis für die in den vier Artikeln behaupteten Tatsachen anzutreten. Und zwar dafür, daß 1. über die im Falle „Schöne-Brodhufen“ behaupteten Tatsachen (daß preussische Beamte einen russischen Kaufmann und Staatsangehörigen zum Schwerverrat gegen Rußland aufgefordert und ihm einen falschen Paß ausgestellt haben) der preussische Minister des Innern auf die wiederholten Anfragen im Parlament: wie es denn mit der schweren Urkundenfälschung, begangen durch preussische Beamte, stünde, keine Antwort gegeben habe, daß 2. der Landtag über diese Behandlung des Parlaments durch den Minister geschwiegen habe, anstatt der lebhaftesten Empörung Ausdruck zu geben, daß 3. der Minister und Parteien die Erklärungen zum Schulgesetz außer halb des Parlaments „fertig“ gemacht haben, und daß durch dieses Gesetz nicht nur ein Abgang der Volksbildung, sondern auch eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung erzielt würde, daß 4. das preussische Abgeordnetenhaus schlechte Sitten habe, die sich äußerten in fortgesetzten Angriffen gegen Sozialdemokraten, und zwar lediglich ihrer Meinung wegen; ferner in Schimpfworten wie: „nichts-würdige, schamlose Agitation, Frechheit, Schande usw.“, daß 5. der Versuch von einem Abgeordneten im Parlament gemacht worden sei, von Erfurter Richtern in diesem Prozeß ein hohes Strafmaß vorzuschreiben, und endlich 6. daß mit Ausnahme des preussischen jedes andere Parlament der Welt es für unanständig halte, selber durch die Immunität vor dem Strafrichter geschützt, andere für Angriffe auf die parlamentarische Tätigkeit vor den Strafrichter zu stellen.

Für diese Beweisangebote hatte Genosse Heime als Zeugen benannt: Genossen Paul Singer, Bürgermeister Reide aus Berlin, Professor Ratow aus Marburg und die Landtagsabgeordneten Dr. Gotthein, Dr. Barth und Justizrat Cassel.

Das Gericht verhandelte als Resultat seiner Beratungen über die Beweisangebote, daß zu der neuen Verhandlung heute (4. Dezember) als Zeugen geladen würden: 1. die Landtagsabgeordneten Cassel, Dr. Friedberg und Dr. Forth, die über den Verlauf der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. Mai vernommen werden sollen, in welcher der Artikel der „Tribüne“ „Ohne Scham“ besprochen wurde — 2. die Abgeordneten Krebs und Cassel, die über den Verlauf der Sitzungen vom 12. Mai und 22. Mai vernommen werden sollen. Außerdem werden zur heutigen Verhandlung die Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses in soweit herangezogen werden, als es sich um seine schlechten Sitten handelt.

Die Beweisaufnahme

drehte sich zunächst um die Verhandlung der freisinnigen Interpellation über die Ausweisungspraxis der preussischen Regierung vom 12. Mai 1906. — Als erster Zeuge ward Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Friedberg-Halle vernommen. Vorf.: Ist der Zweck einer solchen Interpellation der, den vorgebrachten Fall in allen Einzelheiten zu erörtern, oder handelt es sich nur darum, die Stellung der Regierung zu der Frage in allgemeinen Fällen kennen zu lernen? — Zeuge: Das hängt ganz von dem Wortlaut der Interpellation selbst ab. Bei der in Frage kommenden Interpellation handelte es sich um die allgemeinen Grundsätze über die Ausweisungspraxis. — Vorf.: War der Minister vorher über die einzelnen Fälle benachrichtigt? — Zeuge: Es ist im allgemeinen rücksichtslos gegenüber der Regierung, wenn man ihr vorher Mitteilung macht. — Vorf.: Wie war nun der Verlauf der Interpellation? — Zeuge: Zuerst hatte der Abg. Träger gesprochen, dann erwiderte der Minister. — Vorf.: Wurde auch der Fall Schöne-Brodhufen erwähnt? — Zeuge: Jawohl, der Fall ist auch erörtert worden. — Vorf.: Wurde dabei erwähnt, daß der Russe in Deutschland Wohnung nahm und daß ihm ein falscher Paß ausgestellt wurde? — Zeuge: Jawohl, dies wurde erwähnt. — Vorf.: Man auch zur Sprache, daß der Paß insofern falsch war, als er auf einen christlichen Namen ausgestellt war? — Zeuge: Das ist zur Sprache gekommen. Der Inhaber des Passes hat versprochen müssen, seinerseits Spiegeleien zu leisten. — Vorf.: Was hat der Minister speziell auf diesen Fall erwidert? — Zeuge: Der Minister hat darauf hingewiesen, daß in den Polizeibüro Berlin allein 10 000 Russen eingewandert seien, unter denen die Sozialisten einen sehr hohen Prozentsatz ausmachen. Er sagte, daß es sich dabei um Israeliten handele, die keinen erwünschten Zuwachs für unser Volkstum darstellen. Ramentlich sind es Personen, die wegen revolutionärer Intrigen aus Rußland fortgegangen sind, zum Teil keine selbständige Existenz haben und so der Armenpflege zur Last fallen. Ich bemerke hierbei, daß das Ausweisungsrecht bei uns in Deutschland geschichtlich noch nicht geregelt ist, sondern dem Ermessen der Polizeibehörde unterliegt. — Vorf.: Hat der Minister Remedur versprochen? — Zeuge: Jawohl, er hat ausdrücklich gesagt: Soweit ihm unterstellte Beamte Mißgriffe und Verfehlungen begangen hätten, würde eingeschritten werden. — Vorf.: Ist Ihnen erinnerlich, daß der Minister in bezug auf den Fall Schöne das getan hat? — Zeuge: Jawohl! Er sagte: Ein wichtiger Zeuge für diese Sache sei nicht in Berlin, sondern auf Rußen und könne deshalb nicht vernommen werden. — Vorf.: Wurde auch von der sog. Urkundenfälschung gesprochen? — Zeuge: Auf diese Frage ist der Minister nicht eingegangen. — Vorf.: Es handelt sich nun darum, ob noch im weiteren Verlauf der Verhandlung von dem Minister eine spezielle Erklärung über diese Fälschung verlangt wurde. — Zeuge: Jawohl, ich selbst habe in meiner Rede gesagt, daß diese gefälschte Wahangelegenheit noch nicht genug geregelt sei. — Vorf.: Wären Sie entrüstet gewesen, wenn das, was Abg. Bebel im Reichstag hierüber behauptete, wahr gewesen wäre? — Zeuge: Jawohl. — Vorf.:

Es wäre ja auch in der Tat unglücklich!

Gaben Sie die Wahangelegenheit berührt? — Zeuge: Ich habe diese Frage in allen Einzelheiten besprochen und Ausklärung verlangt. — Vorf.: Die Konservativen sollen gesagt haben, daß für sie der Fall mit der Wahfälschung erledigt sei, nachdem der Minister Remedur versprochen hätte. — Zeuge: Das ist richtig. — Vorf.: Es haben dann weiter die freisinnigen Abgeordneten Brömel und Geyling gesprochen. Ist Ihnen erinnerlich, ob diese beiden Herren speziell von dem Minister Ausklärung über die Wahfälschung verlangt haben? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr so genau. Ich habe nur den Anfang der Geylingschen Rede gehört; er sagte, daß er durch die Erklärung nicht befriedigt sei.

Der nächste Zeuge ist der Reichstagsabgeordnete und Stadtverordnete Justizrat Dr. Cassel-Berlin. — Vorf.: Ist Ihnen erinnerlich, daß der Minister des Innern den Fall Schöne-Brodhufen noch nicht genügend aufklärte und Remedur versprochen? — Zeuge: Ich glaube, daß irgend ein bei der Affäre Beteiligten noch nicht hat vernommen werden können, weil er verzeilt war, und daß deshalb der Minister sagte, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen und er könne kein abschließendes Urteil abgeben. — Vorf.: Ist auch von anderen Herren speziell die Wahangelegenheit erörtert worden? — Zeuge: Der Abg. Friedberg hat speziell diese

Frage erwähnt, ferner auch noch andere Herren. — Vorf.: Ist die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission für diesen Fall angeregt worden? — Zeuge: Davon weiß ich nichts. — Vorf.: Sind überhaupt schon einmal derartige Untersuchungskommissionen eingesetzt worden? — Zeuge: Ja, auf Antrag des Abg. Lasker ist seinerzeit eine solche Kommission zur Untersuchung der Gründergeschichte eingesetzt worden. — Vorf.: Ist Ihnen erinnerlich, daß der Minister zweimal gesprochen hat und daß er gesagt hat, es hätte keinen Zweck, Ausklärung über den Fall zu verlangen, da er ja Remedur versprochen habe? — Zeuge: Der Minister sagte: Er könne sich nicht um alle Einzelheiten kümmern. — Vorf.: Wenn der Fall Schöne-Brodhufen sich so abgespielt hätte, wie es der „Vorwärts“ behauptet hat, wäre dann Entrüstung am Platz gewesen? — Zeuge: Das ist schwer zu sagen! Nach dem, was man hört, soll es ja vorkommen, daß die Polizeibehörden bisweilen mit recht fragwürdigen Personen in Verbindung treten, um von diesen etwas zu erfahren. Ich kann das vom sittlichen Standpunkt nicht billigen. Inwiefern es eine Staatsnotwendigkeit ist, darüber möchte ich mich nicht äußern. Wenn es aber wahr ist, daß ein Kaufmann, der wegen der Unruhen oder seiner Religion wegen aus Rußland vertrieben ist, wirklich dazu benützt wurde, Spionagedienste zu leisten, so würde mich das außerordentlich empören. — Vorf.: Ist eine solche Entrüstung auch im Abgeordnetenhaus zum Ausdruck gekommen? — Zeuge: Ich weiß nur, daß die Antwort des Ministers meine Parteifreunde nicht befriedigte. Wir fanden auf dem Standpunkt, daß ein Fall wie der Fall Schöne-Brodhufen ein härteres Dedaneu hätte erfahren müssen.

Zur Frage über die Beurteilung des Schulgesetzes führte Cassel aus, daß das Schulgesetz

eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand sei. Die Rechte der Gemeinde sind beschränkt worden. Das Gesetz ist ein Regel zur Hinderung der Weiterentwicklung der Simultanschule. Das ist die Meinung der Volkskreise. Durch die Trennung der Konfession wird die Entwicklung größerer Schulen gehindert, was die Einseitigkeit der Volksbildung nicht fördert. In der zweiten Lesung brachten wir mehrere Verbesserungsanträge, die aber abgelehnt wurden. — Vert.: Welche die Abgabe der kurzen Erklärungen nicht den Eindruck, daß das Kompromiß bereits perfekt sei? — Zeuge: Jawohl, der Eindruck wurde hervorgerufen. — Vert.: Haben Sie nicht selbst in Ihrer Rede ausgesprochen, es sei nötig, auf jeden Fall ausführliche Beratungen stattfinden zu lassen; der Hauptgegenstandspunkt müsse der sein, ein gutes Gesetz zu machen, nicht aber der, recht schnell ein Gesetz zu machen? — Zeuge: Jawohl. — Vert.: Hatten Sie nicht den Eindruck, hier solle ein Gesetz möglichst schnell unter Dach und Fach gebracht werden? — Zeuge: Ich hatte den Eindruck, als wenn die Herren sich bemühten, die Erörterungen nicht allzulange dauern zu lassen. — Vorf.: Die Angeklagten behaupten, daß die Opposition im Landtag mundtot gemacht wurde und daß die Beratung der Schulvorlage so interesselos vor sich ginge, als wenn es sich etwa um einen Bahnbau Stolpe-Danzig handele. — Zeuge: Den Eindruck dürfte wohl niemand bekommen haben; es war im Gegenteil großes Interesse aller Parteien für die Sache vorhanden. Ich selbst war Mitglied der Kommission und kann nur sagen, daß man mir Gelegenheit gab, alle Anträge zu begründen. Von einer Vergewaltigung kann also keine Rede sein. — Vert.: Bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Erlaubnis zum Strafentwurf hat man sich

Über den groben Ton der „Tribüne“

ausgesprochen. Ich möchte den Zeugen fragen, ob ihm bekannt ist, daß von den Parteien der Rechten des preussischen Abgeordnetenhauses, sobald auf die Sozialdemokratie die Rede kommt, von dieser in ausdrücklich größter Mißachtung gesprochen wird als von einer Partei, die mit den anderen nicht als gleichberechtigt zu behandeln sei, und ob nicht sehr häufig von „verrückten Zielen“ und „verruchten Treiben“ die Rede ist? — Staatsanw.: Das gehört nicht zur Sache. — Vert.: Dann lasse ich die Frage fallen und beantrage, mehrere Reden des Abgeordneten von Triffa zu verlesen. Das Gericht gibt diesem Antrage statt. — Vert. (zum Zeugen Friedberg): Ist dem Herrn Professor bekannt, daß der Präsident des Landtages, Herr von Kröcher, den Abgeordneten Herrn von Jedlich zur Ordnung gerufen hat, weil er den damaligen Abgeordneten Dr. Barth bespöttelte, Sympathien für die Sozialdemokratie zu haben, obwohl sich Herr Barth gar nicht beleidigt gefühlt hatte? — Zeuge: Aus eigener Wahrnehmung kann ich das nicht bezeugen, aber es wird wohl richtig sein.

Im Uebrigen ist es richtig, daß die Konservativen sich sehr häufig in starken Ausdrücken gegen die Sozialdemokratie ergaben. Aber so schlimm, wie es der Verteidiger hingestellt hat, ist es nicht. — Vert.: Ist es weiter richtig, daß der frühere konservative Abgeordnete von Böbel erklärt hat, die Sozialdemokratie dürfe nicht Subjekt, sondern nur Objekt der Gesetzgebung sein? — Zeuge: Auch das weiß ich nur aus meiner Erinnerung. — Auf Antrag des Staatsanwalts wird darauf noch eine ganze Reihe von Artikeln aus der „Tribüne“ verlesen. Er will dadurch den Nachweis führen, daß nicht das Abgeordnetenhaus zuerst mit starken Ausdrücken gegen die „Tribüne“ vorging, sondern daß die „Tribüne“ zuerst die beleidigenden Ausdrücke gegen das Abgeordnetenhaus gebrauchte hat. —

Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Staatsanwalt Kunge ergreift das Wort zur Begründung der Anklage. Er legt zunächst dar, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage aus § 186 (Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen) fallen lasse!

Dann geht er die einzelnen Artikel durch. „Wir haben hier heute von anerkannten Führern verschiedener Parteien gehört, wie die Dinge sich tatsächlich abgespielt haben, daß gar keine Rede davon sein kann, daß die Opposition in irgend einer Weise vergewaltigt worden ist. Die Angeklagten haben daher

aus der Luft gegriffene Behauptungen

aufgestellt und müssen streng bestraft werden. Der Staatsanwalt beantragt gegen Stange 9 Monate Gefängnis, gegen Dornheim ein Jahr Gefängnis.

Vert. Heine: Ich will ausgeben, daß sich in den Artikeln eine Anzahl Wendungen finden, die sich nicht rechtfertigen lassen. Aber die Angeklagten haben in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Man muß die Ausdrücke auch nicht so wörtlich nehmen, wie sie sich lesen. „Stürmische Entrüstung“ ist z. B. im Parlament nichts seltenes, deshalb kann man sich doch in parlamentarischen Formen bewegen. Im Uebrigen hat uns ja auch der Abgeordnete Cassel hier gesagt: Wenn der Fall Schöne-Brodhufen wahr wäre, hätte er sich entrüstet und mit ihm seine Parteigenossen. Dem Passfälscher ist inzwischen kein Haar gekrümmt worden, und der Minister hat die versprochene Remedur nicht eintreten lassen. Die Angeklagten hatten ein Recht, sich über diese Auffassung zu entrüsten. Es ist auch erwiesen, daß Ehre und Recht keinen Schutz im Abgeordnetenhaus zu erwarten haben. Das ist keine Verleumdung, sondern eine Kritik, die sich das Abgeordnetenhaus gefallen lassen muß. Daß im großen und ganzen die Grundzüge zu dem Schulgesetz durch das vorausgegangene Kompromiß schon festgelegt waren, kann man auch wohl als erwiesen annehmen. Dazu kommt, daß das Abgeordnetenhaus sich fortgesetzt in schweren Verunglimpfern über die Sozialdemokratie ergreift. Besonders Kröcher's Ordnungsurteil beweist, daß es ihm nicht um die Ordnung des Hauses zu tun war, sondern darum, von einer Stelle aus, an der er sicher ist, der Sozialdemokratie ein auszuweichen. Die Parlamente haben es bisher stets abgelehnt, in solchen Fällen einzuschreiten. Es wäre ganz unerhört, wenn zum ersten Mal, wo ein Parlament einen Strafentwurf stellt, auf ein so hohes Strafmaß erkannt würde. Ich beantrage daher eine weit geringere Strafe

Nach 1½stündiger Beratung verurteilte der Gerichtshof die beiden Angeklagten Dornheim und Stange zu je sechs Monaten Gefängnis. In der Begründung heißt es: Das Gericht habe den Angeklagten den Schutz des § 183 verweigert, da aus der Form der Artikel die Absicht der Verleumdung zu erkennen sei. Das Abgeordnetenhaus mühe ganz besonders in Schutz genommen werden, da es sehr häufig in schwerer Weise angegriffen wurde. —

Soziales.

Unternehmerterrorismus in juristischer Beleuchtung.

Wie in gelehrten Juristenkreisen die Welt des wirtschaftlichen Kampfes sich widerspiegelt, davon liefert eine interessante Zivilklage Zeugnis, die zurzeit das hanseatische Oberlandesgericht als Berufungsinstanz beschäftigt. Durch diesen Prozeß ist ein Stück Unternehmerterrorismus schlimmster Art aufgedeckt worden. Von dem Arbeitsnachweis der Baugewerbe an der Unterweser ist ein Klemmer D. verfermt worden, weil er die große Sünde begangen hatte, auf seinem Arbeitsplatz für Streikwede zu sammeln und — man schaudere — agitatorisch für die Sozialdemokratie aufzutreten. Belam er Arbeit, so sorgte der Arbeitsnachweis dafür, daß er sofort entlassen wurde, und wollten Arbeitgeber nicht Order parieren, so wurde ihnen mit Materialsperrre gedroht. So ging es eine ganze Weile fort, bis D., der verheiratet ist und eine fröhliche Schwiegermutter zu ernähren hat, die Schulb ausging. Als er sich noch einigemal an den „Nachweis“ gewandt hatte, wurde ihm mit dünnen Worten bedroht: „Es ist zwecklos, daß Sie noch kommen. Sie können wegbleiben.“ Da der Arbeitsnachweis seinen Sitz in Bremerhaven hat, machte D. gegen den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für die Unterweser, unter dessen Kontrolle das Institut steht, beim Landgericht zu Bremen eine Schadenersatzklage in Höhe von 588 M. geltend, die er damit begründete, daß er sich nichts habe zuschulden kommen lassen, was eine solche Maßnahme rechtfertige. Die Handlungsweise des Beklagten verstoße gegen die guten Sitten und er sei ihm deshalb nach § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schadenersatzpflichtig. Der Beklagte könne nicht verlangen, daß er die Unterweser verlasse, um sich in Deutschland Arbeit zu suchen, zumal den anderen Verbänden die schwarzen Listen zugesandt würden. Das Landgericht zu Bremen, unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Meyer, wies die Klage unter anderem mit folgender Begründung zurück:

„Außerdem stand dem Kläger das ganze Deutsche Reich offen, um sich Arbeit zu suchen. Wenn nun, wie Kläger behauptet, die übrigen Betriebe (gemeint sind die Werften) ihn nicht nehmen wollten, so kann man doch nicht den Beklagten dafür verantwortlich machen. Wenn der Kläger weiter ausführt, er habe die Unterweser deshalb nicht verlassen können, weil er verheiratet und in Rede anfähig sei und man ihm daher nicht zumuten könne, seine Familie zu verlassen, so ist auch das nicht zutreffend. Es ist ganz unverständlich, wieso jemand deshalb, weil er sich in einem bestimmten Orte verheiratet und niedergelassen hat, nun nicht nach einem anderen Orte ziehen könnte, wie das täglich geschieht. Die Frau bildet doch kein Hindernis, sie hat dem Manne zu folgen.“ Die fröhliche Schwiegermutter bezeichnet das Gericht als einen ganz persönlichen Umstand, der gar nicht in Betracht komme, worauf es noch folgenden Satz verbrochen hat: „Daß der Kläger durch das Verhalten des Beklagten verhindert worden wäre, an irgend einem anderen Orte Deutschlands Arbeit zu finden, ist nicht erfindlich.“ Der Beklagte habe in gutem Glauben gehandelt, so daß ein Verstoß gegen die guten Sitten vollständig ausgeschlossen sei, heißt es am Schluß dieses tiefgründigen Urteils. O, weise Richter! Die Sache liegt ja auch verzeuelt einfach. Ein Arbeiter, für den der Tisch nicht mehr gedeckt ist, steckt ein paar blaue oder auch einen grauen Lappen in die Tasche, läßt seiner Frau den Schlüssel zum Geldschrank zurück und reist so lange in Deutschland umher, bis er Arbeit gefunden hat. Dann wird mit einigen hundert Mark der Umzug der Familie, der Transport der Mobilien usw. bewerkstelligt und der Klimawechsel ist vollzogen!

Das Oberlandesgericht hat vor einigen Tagen beschlossen, den beklagten Geschäftsführer des Mischregulierungsvereins an der Weserlante darüber zu vernemen, welche Gründe ihn veranlassen haben, Kläger die Ausstellung eines Arbeitscheines zu verweigern. Aus der Art der Verhandlung geht hervor, daß dieses Gericht die Angelegenheit unter einem anderen Gesichtswinkel betrachtet als das Bremer Landgericht und die Schadenersatzpflicht gegen Veranfaller „Schwarzer Listen“ anerkennt. Der nächste Termin findet am 4. Februar 1907 statt.

Aus Industrie und Handel.

Wache der Preiswucherer.

Vor Monaten ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl Großhändler als auch Viehhändler systematisch auf Hochhaltung und Steigerung der Fleischpreise hinarbeiten. In der agrarischen Presse wurde den Viehhältern dringend empfohlen, mit Angeboten zurückzuhalten. Und man hat es denn ja auch nur zu gut verstanden, die Preise in die Höhe zu treiben. Nüchtern, als das Geschäft den Minister der agrarischen Schweinepolitik erzielte, nachdem eine öffentliche Förderung der Volkshaltung unüberwindlich geworden war, geben die Preise zurück. Regierung und Wucherinteressenten arbeiten da zweifellos Hand in Hand. Die Regierung schiebt die Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation hinaus, um den Preiswucherer Zeit zu geben, die Preise etwas nach unten zu regulieren. Die Regierung ist dann in der Lage, mit Stimmeln auf die veränderten Verhältnisse, die geforderte Grenzöffnung abzulehnen. Man hört dann die Phrasen vom augencheinlich überwindenen Notstand, normalen Preisen usw. Die Agrarier lachen sich ins Häufchen. Nach wenigen Wochen werden die Preise wieder nach oben reguliert. Von dem vorübergehenden Preisnachlass haben die Fleischesser nicht mal vorübergehend Vorteil, den stellen allein die Händler und Schlächter ein. Was ist in den letzten Wochen geschehen, das den Preisrückgang aus natürlichen Gründen erklärt? Die Einfuhr ist nicht erleichtert worden, auch nicht angenommen werden, daß die Natur aus Mitleid mit den Schweinefleischessern einen Sprung gemacht hat und die Vermehrung und Ausbreitung der Schweine auf Tage reduzierte. Allerdings ist jedesmal im Herbst der Antriebs stärker als im Sommer, aber in den letzten Monaten verhältnismäßig viel stärker als im vorigen Jahre, obwohl nach den Behauptungen der Agrarierpreise die hohen Preise teilweise auf allgemeinen Viehmangel, der auch im Auslande zu konstatieren sei, zurückgeführt werden müßten. Dazu ist merkwürdigerweise diesmal der Preisrückgang stärker als im Vorjahre. Nach einer Zusammenstellung der „A. Volksztg.“ von 12 Markorten war der Auftrieb im August—Oktober dieses Jahres um fast 10 Prozent stärker als in der Vergleichszeit des Vorjahres. An den beiden Hauptmarkorten, auf die über die Hälfte des Gesamtauftriebes entfallen — Berlin und Hamburg — war aber prozentual der Preisrückgang viel kräftiger, als der Mehrauftrieb. Dieser stellt sich an den beiden Märkten auf 7,02 resp. 4,91 Prozent, während der Preisrückgang 20,0 resp. 18,5 Prozent beträgt. Daraus kann geschlossen werden, daß die Preisregulierung wenigstens ziemlich stark von der Willkür der Interessenten abhängig ist und abhängig bleibt, wenn die Politik der Grenzsperrre beibehalten wird.

Aus der Textilindustrie. Wenn die Verforgung mit Rohprodukten für eine Industrie den Beschäftigungsgrad angibt, dann eröffnen sich für die Baumwollspinnereien gerade nicht die besten Aussichten. Die Verforgung des deutschen Marktes mit Baumwolle ergibt schon



seit dem vierten Quartale vorigen Jahres eine Abnahme. Es stellte sich nämlich die Mehrerzeugung in Doppelzentnern, wie folgt:

Table with 3 columns: Period, 1904/05, 1905/06. Rows: Oktober bis Dezember, Januar bis März, April bis Juni, Juli bis September.

In den vorgenannten vier Quartalen beträgt der Rückgang gegen 1904/05 nicht weniger als 216 728 Doppelzentner. Wenn auch von dem Rückgang der Rohstoffversorgung nicht unmittelbar auf den Beschäftigungsgrad geschlossen werden kann, so viel ist sicher: die Nachfrage nach Rohstoff muß in den Spinnereien merklich nachgelassen haben, sonst würde bei dem jetzigen Preisniveau für Baumwolle der Import keine so erhebliche Abnahme gegen 1904/05 aufzuweisen haben.

Preiserhöhung. Der Walzdrahtverband erhöhte den Preis für Walzdraht für das zweite Vierteljahr um 5 M. pro Tonne.

Gibernia. Die am Dienstag stattgefundene Generalversammlung der Gibernia brachte ein kleines Geplänkel zwischen den Vertretern des Krotztrusses und des Fiskus.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Verwaltung, das Aktienkapital um 10 Millionen 4/5 prozentig vorzugsaktien, die mit 108 Prozent rückzahlbar sind, zu vermindern, mit 31 Millionen Mark Aktien gegen die Stimmen des Fiskus, nämlich 27,7 Millionen Mark, genehmigt. Die Aktien sollen mindestens zu pari begeben werden; eine Offerte des Fiskus, die Aktien zu 120 Prozent zu übernehmen mit der Maßgabe, sie den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 6:1 zu gleichem Kurse zuzüglich der Unkosten anzubieten, wurde von der Majorität abgelehnt mit der Begründung, daß die Annahme des Angebots die Sicherheit und den Fortbestand der Gibernia gefährde.

Brauerei-Dividenden. Für das letzte Geschäftsjahr — für 1904/05 in — verteilen Dividenden: Hertals-Brauerei Kassel 11 Proz. (11 Proz.) — Danziger Aktienbrauerei 7 Proz. (6 Proz.) — Aktienbrauerei Essen 13 Proz. (13 Proz.) — Brauerei Stern, A.-G. Frankfurt a. M. 13 Proz. (13 Proz.) — Mittelheimische Brauerei-Aktiengesellschaft Koblenz 6 Proz. (6 Proz.) — Danziger Aktienbrauerei 7 Proz. (6 Proz.) — Bürgerbräu Ludwigshafen 10 Proz. (10 Proz.) — Raiser Aktien-Bierbrauerei 13 Proz. (13 Proz.) — Aufbacher Export-Brauerei Rönchshof 10 Proz. (10 Proz.)

Die dänische Zollreform und die Arbeiterschaft. Die geringen Herabsetzungen von Industriezöllen, die der dänische Zolltarifentwurf — neben einer Anzahl Zollerhöhungen und neben neuen Zöllen — vorsieht, hat die Unternehmer der „bedrohten“ Industriezweige veranlaßt, sich an die betreffenden Arbeiterorganisationen zu wenden, damit sie gemeinsam mit den Unternehmern für Beibehaltung und womöglich noch für Erhöhung der alten Schutzzölle eintreten sollen. Sie suchen den Arbeitern weiszumachen, daß ein Sinken der Löhne, wenn nicht gar der Kurs ein-

zelner Industriezweige, die notwendige Folge des neuen Zolltarifs sein werde. Auch der Vater der Zollreform, der Finanzminister Lassen, würde es gerne sehen, wenn einige Gewerkschaftsleiter sich im Sinne der Schutzzöller äußern würden. Ist doch seine Vorlage von den sozialdemokratischen Abgeordneten scharf kritisiert worden, weil sie durchaus keinen ernsthaften Druck mit dem Schutz- und Finanzzollsystem darstellt. Aber der schöne Plan, die Gewerkschaften vor den Schutzzöllern zu spannen, ist elend gescheitert. Im März darüber zu schreiben, hatte der Ausschuß des Dänischen Gewerkschaftsverbandes in der vorigen Woche eine Versammlung der Hauptvorstandsmitglieder sowie der Kopenhagener Ortsverwaltungsmitglieder aller Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — im ganzen ungefähr 1700 Personen — einberufen. Hier sprachen als Referenten die Genossen Dr. Gustav Bang und Vorphjær, ferner eine große Anzahl Delegationsredner. Einstimmig wurde diese Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt, daß weder der Freihandel noch der Schutz Zoll imstande sind, die Arbeiter vor der Ausbeutung durch die Kapitalisten zu schützen. Das wird hinreichend durch die in Ländern mit verschiedenen Zollsystemen herrschenden Arbeitsverhältnisse bewiesen. Die Versammlung schließt sich der vom sozialdemokratischen Parteikongreß im Jahre 1901 angenommenen Resolution durchaus an und fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, ebenso wie bisher im Sinne jener Resolution zu wirken.

Die hier erwähnte Parteitagresolution besagt, daß die Sozialdemokratie prinzipiell alle indirekten Steuern verwirft und eine direkte, progressive Einkommensteuer fordert. Weiter fordert sie, daß die bestehenden Zölle so schnell wie möglich aufgehoben werden sollen. Bei den Herabsetzungen soll auf die besonderen Verhältnisse jeder Industrie Rücksicht genommen werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### An die Parteigenossinnen Preußens!

Sie bereits durch die Parteipresse mitgeteilt worden ist, beruft die Parteigenossenschaft von Groß-Berlin entsprechend dem ihr gewordenen Auftrag einen zweiten preußischen Parteitag nach Berlin für den 27., 28. und 29. Dezember ein. Der Parteitag beginnt am 27. morgens 9 Uhr in den Räumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

- Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Die Organisation für Preußen. 2. Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtags und das Wahlrecht in Preußen. 3. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. 4. Die Landtagswahlen 1908.

Parteigenossinnen! Die sozialistischen Frauen Preußens dürfen nicht fehlen, wenn es gilt, zu Gericht zu sitzen über das Unrecht und die Kulturwidrigkeit des preußischen Klassenstaates, die sie als Ausgebute und als politische Heerde besonders stark empfinden; wenn es gilt, diesem Staat die Forderungen des kämpfenden Proletariats entgegenzustellen. Sie müssen an der Beratung der nötig gewordenen Landesorganisation teilnehmen, an deren Gestaltung sie ein hervorragendes Interesse haben.

Genossinnen, nehmt daher alsbald Stellung zur Wahl von weiblichen Delegierten zum preußischen Parteitag. Wo es angänglich ist, sucht Euch mit den Genossen über die Wahl zu verständigen. Wo aber ein gemeinsames Vorgehen ausgeschlossen ist, haben die Genossinnen das statutenmäßig zugesicherte Recht zu nutzen, in öffentlichen Frauenversammlungen Delegierte zu wählen.

Alle Anfragen bezüglich des preußischen Parteitages sowie die Anmeldung der Delegierten sind zu richten an Leopold Diepmann, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Die erfolgten Wahlen von Genossinnen sind ferner auch der Unterzeichneten zu melden.

Genossinnen, frisch ans Werk! Berlin, November 1906. Mit Parteigruß Ottilie Vander, Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Berlin SW, Lindenstr. 8, letzter Hof parterre.

## Aus der Fischindustrie.

Unter der Herrschaft des Kapitals hat sich auch die Fischindustrie zu einem Zweig großindustrieller Betätigung — und Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft entwickelt. Und in der Fischverarbeitungsindustrie ist es vorwiegend weibliche Arbeitskraft, die der kapitalistischen Wüstenbergerei Tribut zahlen muß. Unter welchen schandlichen Verhältnissen die Arbeiterinnen in Räucherereien, Wratereien usw. schweben müssen, schildert uns eine Zuschrift aus Ebernforde, der wir folgendes entnehmen: Weibchen wird nämlich die Wraterei. Ein betäubender Duft von Weizent und Fischtran beledigt unser Gesicht. In dem verhältnismäßig kleinen Raum herrscht eine erstickende Hitze. Die Arbeiterinnen sind damit beschäftigt, Serringe aus den Kisten herauszunehmen und ohne die Ware abzuzwiechen, mit Schmutz, Schuppen, Blut und Eingeweide, in die Pfanne zu legen. Eine Reinigung der Ware würde zu sehr gegen den Grundsat „Time is money“ verstoßen und wer sieht dem jaßen braun gebratenen Fisch den Schmutz noch an? Bei der Arbeit ist die Lohndienerin gezwungen, sich über die Pfanne zu beugen, und muß sie so den ständigen Branddunst fortgesetzt einatmen. Die Hitze dazu macht die Frauen vollständig nervös und krank. Der Wratraum verleiht uns bald den Kautschuk; wir bestreiten die Räuchererei. Auf langen Tischen, über die fortwährend Wasser zum Waschen der Fische läuft, liegen die zu bearbeitenden Serronen oder Serringe. Die Fische haben an den Seiten etwa zehn Zentimeter hohe Borde, wodurch ein Abfließen des Wassers verhindert wird. Es fließt aber gewöhnlich ständig Wasser durch und die Arbeiterin ist genötigt, sich mit einer Lederbüchse zu versehen. Trotzdem ist die Arbeiterin bald entweder teilweise oder ganz durchnäßt. Bei einigen Graben Käste mit dem Wasser im eiskalten Wasser zu arbeiten, um das Aufziehen der Fische auf Eisenstäben zu befördern, am Leib und an den Beinen naß und in zugen und von Rauch verqualmten Räumen stehen zu müssen, ist furchtbare Qual und zerrüttet den Körper. Und fast alle Arbeiterinnen sind Familienmütter, die selbst dann noch arbeiten, wenn die Frucht ihres Leibes sie nicht direkt daran hindert. Dem Wink des Unternehmers gehorcht, sind sie früh an der Arbeit oder so spät wie es verlangt wird, und oft muß die ganze Nacht durchgearbeitet werden! Und die Familie? Mittagessen kennen die Armen in der Zeit der Hochsaison kaum; Kaffee und Brot oder Brot und Kaffee — morgens, mittags, abends — bilden neben Fisch ihre Mahlzeiten. Nachdem die Serringe auf Stangen gezwogen sind, werden sie in die Räucherlammern gehängt. Auch hier ist die Hitze groß und ein beidseitiger Rauch macht dem Besucher die Augen tränen und zwingt ihn durch öfteres Husten, den in die Brust eindringenden Qualm auszustößen. Soll der Fisch gut werden, so muß der Räuchermeister mehr oder weniger in den Ofen hineintrischen. Daß längerer Verweilen in Rauch und Hitze für die Gesundheit vorteilhaft ist, ist kaum anzunehmen und das bleiche Aussehen der Räucherer beweist das Gegenteil.

Uebrigens ist beim Herausnehmen der Fische erforderlich, daß jemand in die mehrere Meter hohe Kammer hineinstiegt und die Ware herunterlangt. Kommt der Betreffende aus der Kammer wieder heraus, so ist kein trockener Faden mehr an ihm. Das verleiht dabei ist, daß es meist 10—14jährige Knaben sind, die diese höchst gesundheitschädliche Arbeit verrichten. Und um so mehr ist dies bedenklich, weil die Knaben bald darauf wieder an solchen Dingen mit Mistmageln um beschäftigt werden. Bei dem Mangel einer eingehenden Kontrolle existiert für diese Betriebe ein Kinderchutzgesetz einfach nicht. Tatsache ist, daß die Kinder nicht nur eine ganz beträchtliche Arbeit zu leisten haben, sondern auch viel zu lange — vielfach bis spät in die Nacht — beschäftigt werden. Und der Grund? Billige Arbeitskräfte sind notwendig! Die Lehrer könnten hier viel erreichen, aber sie sind oft selbst im Nebenamt als Buchhalter in der Fabrik tätig, und da dürfen sie sich nicht erlauben, gegen ihren Arbeitgeber aufzutreten.

Die Fischindustrie ist ein junger großkapitalistischer Industriezweig, aber hier herrscht Routine in der Ausbeutung. Es scheint so, als ob die Sünden wider Volksgesundheit, die in älteren Industrien in Jahrzehnten verbrochen worden sind, in der unter der Aera der berühmten unbedenklichen staatlichen Sozialpolitik aufwachsenden Industrie in wenigen Jahren aufgehäuft werden müßten.

Versammlungen — Veranstaltungen. Niddorf. Mittwoch, 6. Dezember bei Thiele, Bergstr. 151/52: Vortrag des Ref. Ida Gaur „Die Zukunft der Dienstboten“.

Sozialdemokr. Wahlverein Schöneberg. Bezirk 4a. Am 8. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager im Alter von 31 Jahren unser Mitglied, der Tischler August Schmager. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Mühlenbeck. Am Freitag, den 30. November, nach Anweisung eines Unglücksfalles unter Parteigenosse Wilhelm Iden. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. D. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler Paul Schaefer am 2. Dezember verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Dezember, nachmittags um 3 Uhr, vom städtischen Kranenhaus am Fiedrichshain aus nach dem katholischen Kirchhofe in Mühlenbeck statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Ortsverwaltung.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Partei-Expeditionen: Zentrum I: Fritz Jitze, Roserstr. 89. Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang KochstraÙe. 2. Wahlkreis, Säden und Südwesten: Hermann Berner, Mittelwalderstr. 30. 3. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Bismarckstr. 52, Hof. 4. Wahlkreis, Osten: Robert Engels, Köbersdorferstr. 3, am Scharnplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden). 5. Wahlkreis, Säden: Paul Böhm, Leichterplatz 14/15 (Laden). 6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweidenstr. 8, im Laden. Wedding: Karl Weige, Bienenstraße 41/42. Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kahlke, Kaserstr. 38, Eingang Antamerstraße. Gesundbrunnen: F. Trapp, Köpenickerstr. 24, born part. Untk. Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Köpenickerstr. 123. Alt-Glienke: Reinhold Schulz, Rudowstr. 83. Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenheimerstraße 1, Ecke Wechselstraße, vorn I. Wilmerdorf-Halensee: Georg Heele, Berlinerstr. 46, Laden. Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seitel, Stropfenstraße 50, I. Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56. Grünau: Otto Schröder, Bismarckstr. 21. Rixdorf: R. Heinrich, Kadamstraße 2, im Laden. Schmögerdorf: Gustav Kaminski, Tarnowstraße 2. Schöneberg: Wilhelm Baumler, Wachen Lütcherstr. 51, im Laden. Tempelhof: R. Müller, Berlinerstr. 41/42. Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Edlitzstr. 10, I. Nieder-Schöneberg: Beniamin, Gasseldorferstr. 18. Johannisthal: Franz Günold, Bismarckstr. 7. Adlershof: Erich Steuer, Roonstr. 8, I. Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Dudenwalderstraße 4b. Köpenick: Friedrich Wolf, Grünstr. 4. Friedenau-Steglitz-Südende: S. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Weber, Dübenerstr. 8, und J. Schlichte, Roonstr. 18a. Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I. Harnischuloweg: St. G., Grünstr. 2, II. Treptow: Rob. Gramenz, Reicholzstraße 412, Laden. Neu-Weißensee: W. Kestle, Sebanstr. 105, parterre. Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gurth, Pragerstraße 108, II. Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Borsigwalde, Schubarthstraße 48. Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Wälschenstr. 73. Bernau: Heinrich Brose, Hochsteinstr. 74, part. Elchwalde, Zeuthen, Hermsdorf und Hankels Abiage: Alfred Gräb, Giesendamm, Kronprinzstr. 82, I. Teltow: Wilhelm Kessler, Hohensteinweg 7. Nowawes: Wilhelm Jappe, Reicholzstraße 1. Spandau: R. Joppen, Jagowstr. 9. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler August Schmager am 1. Dezember nach verhältnismäßig krankem Lager verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Dezember, nachmittags um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin. E. H. No. 80. Unser Mitglied August Heyden Gränauerstr. 2 ist gestorben. 190/13 Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Friedhofes, Hermannstraße in Herdorf, aus. Der Vorstand.

Möbel Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. eventuell auch auf Teilzahlung. Paul Burow's Möbel-Fabrik Berlin SW., Lindenstraße 105.

Lassen Sie sich nicht durch ungläubliche Reklame verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos. Wollen Sie wirklich Freude haben, dann kaufen Sie sich die echte Menzenhauer Gitarzither mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann. über 1 1/2 Million im Gebrauch. Preis M. 20.00 u. M. 25.00. Versand franco mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr. Zu haben in jedem besseren Musikhans oder direkt bei Menzenhauer & Schmidt, Berlin, Spittelmarkt 15. Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Gitarzither 12 Noten gratis.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin II. Hierdurch wurde den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Max Neubreit (Betriebsführer, verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung II.

Dankagung. Für die herrliche Teilnahme bei dem Begräbnis meiner lieben Frau, dem Kolleginnen und Kollegen der H. G. B. Abteilung Kaiser Bart, dem Sängerchor Waldbecken, Karlshof, allen Verwandten und Bekannten meinem innigsten Dank. 1888 Georg Blendowsky.







# Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Industries-Festsälen, Beuthstr. 19/20:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Wert der Beförderung der Arbeitszeit. Referent: Redakteur Genosse Aug. Winnig-Hamburg.  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist der wichtigen Tagesordnung halber dringend notwendig.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

47/20\*

Der Zweigvereinsvorstand. V. A.: W. Kribow.

Die Versammlung der Sektion der Buchträger fällt für diesen Sonntag aus, findet aber am Donnerstag, den 13. Dez., abends 8 Uhr, bei Wernau, Schwedertstr. 23/24, statt.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsgesellschaft Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3333. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

### Allgemeine

### Klempner-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, gr. Saal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten Adolf Geck (Lienburg).  
2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch sowie pünktliches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Lederarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 6. d. Mts., abends 8 Uhr:

### Monats-Versammlung

im Lokale „Marienbad“, Badstraße 35/36.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Bock über: „Die Frage der Verschmelzung“.  
2. Bericht des Vorstandes.  
3. Wahlen.  
4. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen bitte ich recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. V. A.: C. Weiss.

## Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 6. Dezember er.,

abends 8 Uhr.

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:

### Baudeputierten-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Kollegen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß sämtliche Baustellen in dieser Versammlung vertreten sind, da hier wichtige Fragen besprochen werden müssen. Auch erlaube ich die Kollegen von allen Baustellen, am Freitag von ihren Deputierten Bericht zu verlangen.

Der Zweigvereinsvorstand.

### Wer nur noch einen Funken

von Vaterlandsliebe besitzt, muss seine ganze Kraft einsetzen aus den zerfahrenen wirtschaftlichen Verhältnissen herauszukommen, um die durch die bisherige Verteuerung der Lebensmittel hervorgerufene Revolutionsgefahr zu beseitigen, um den Ausbruch der Revolution in Deutschland, infolge unausbleiblicher weiterer rascher Preissteigerungen abzuwenden.

Wer sich für diese gefährlichen Vorgänge im Wirtschaftsleben interessiert, verlange Proestlers Broschüre: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“. Vollständige Ausgabe in besserer Ausstattung M. 2.-, Teil- und Volksausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Komm. Otto Weber, Leipzig), woselbst auch Prospekte und Zirkulare umsonst abgegeben werden. Ausserdem sind solche direkt vom Herausgeber der Broschüre, Kaufmann Michael Proestler in Wursburg, portofrei zu beziehen.

## Phänomen-Raucher!

Um allen Verleumdungen entgegenzutreten, macht unterzeichnete Kommission bekannt, daß in der

### Zigaretten-Fabrik

### Namkori-Phänomen

das beste Einvernehmen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber besteht und keinerlei Differenzen stattgefunden haben.

Die Werkstatt-Kommission. 3069L\*

I. V.: Moritz Herbst. I. V.: Jenny Ascher.

Wint. unterkühlt, unverkälte 1904er  
Weiß- u. Rotwein 58 Pf.  
pr. Ltr. u. 60 Pf. pr. Hl. mit Glas.  
Küffer u. 30 Pf. Kisten u. 12 Pf. an.  
Probeflässe 6 weiß, 6 rot.  
Beingut Ed. de Waal & Sohn.  
Gegründet 1864.

**Pelzwaren-Fabrik**  
S. Schlesinger  
Neue  
Königstr. 21 II  
(Ordonnanzhaus)  
Einzel-Verkauf  
wie alljährlich nach  
beendeter Engros-  
Saison.  
**Pelz-Stolas**  
**Muffen,**  
**Pelzhüte,**  
schick garniert, federleicht,  
zu fabelhaft billigen Preisen.  
Sonn tags geöffnet.

**Husten, Heiserkeit**  
beseitigen  
wunderbar leicht  
und schnell  
die berühmten  
**Hustentropfen**  
von  
Otto Reichel.  
Nur echt, wenn  
mit Marke  
„Medico“  
verschlossen.  
Flasche 50 Pf.

In allen Drogerien und bei  
Otto Reichel, Berlin SO. 43,  
Eisenbahnstraße 4.

Teilzahlung monatlich 10 M.  
Lieferer elegante  
Horren-Garderobe  
nach Maß. Billigste Preise.  
J. Tomporowski, Schneidermeister  
Berlin, Lindenstr. 110, 2. Etage.  
Nähe Belle Allianceplatz.

Prack Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 115 I, a. Drabg.  
Tor. Fleg. Strad. Gehrold  
1.50, Poje 1.00, Wette 50 Pf.

Dr. Simmel, Prinsen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für  
Haut- und Harnleiden.  
10-2, 3-7. Sonntag 10-12, 2-4.

### Buggenhagen

Horitzplatz.  
Am Mittwoch:  
Gustav Gottschalk-Gesellschafts-  
Konzert. Humoristischer Abend.

Gustav  
Behrens  
Theater,  
Berlin O.,  
Frankfurter  
Allee 85.

Das vollständig neue  
Dezember-Programm.  
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick Neu!  
großer Lachserfolg.  
22 Nummern.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Von Mittwoch den 5. bis Sonnabend den 8. Dezember

Wir machen hierdurch bekannt, dass wir uns auf vielseitigen Wunsch entschlossen haben, trotz unserer billigen Preise und neben der Gewährung von Rabatt-Marken unseren Kunden noch eine Extra-Vergünstigung zu bieten durch Verabfolgung von

# Gratis Photografie



bei einem Gesamt-Einkauf von

5 Mark 1/4 Dutzend Visit oder Prinzess	10 Mark 1/2 Dutzend Visit oder Prinzess	15 Mark 1/4 Dutzend Griseida oder Cabinet	20 Mark 1/2 Dutzend Griseida oder Cabinet
-------------------------------------------------	--------------------------------------------------	----------------------------------------------------	----------------------------------------------------

Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind Genussmittel und wenige andere Artikel, bei welchen wir an Verkaufspreise gebunden sind.

## A. Tandorf u. Co.

Wir bemerken ganz besonders, dass die diesmaligen Photographie-Bons auch für Kinder-Aufnahmen berechtigen.

Besichtigen Sie  
unsere erprobten  
bewährten  
**Spiritus-Glühlicht-**  
Lampen und Brenner.  
Centrale für Spiritus-Verwerthung  
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang!

Preisliste kostenlos!

## Allen Zigaretten-Rauchern

zur gefälligen Beachtung!

Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige, bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie

**Bolero-Zigaretten** per Stück 2 Pf.

**Zenith-Zigaretten** per Stück 3 1/2 Pf.

Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, unveränderte Formate — feinste Handarbeit!

Gleichzeitig empfehlen wir unsere

**neue 3 Pf. Askari-Zigarette**

(in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!)

**Gebr. Selowsky - Dresden.**

31792\*

## Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.  
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

3711L\*



Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 9. Dezember 1906, nachmittags 4 Uhr, findet im Tempelhof, Restaurant Wilhelms-Garten, Inhaber Rudolph, Berlinerstr. 9, die Generalversammlung des Kreises mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Der preussische Parteitag. Referent: Genosse Paul Girch.
2. Anträge zum preussischen Parteitag und Wahl der Delegierten zu demselben.
3. Verschiedenes.

Anträge, welche auf der Generalversammlung ihre Erledigung finden sollen, müssen bis spätestens Donnerstag, den 6. Dezember 1906, in unserem Bureau eingelangt sein.

Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet. Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden; die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein.

Parteiengenossen haben als Gäste Zutritt.

Der Zentralvorstand. J. A.: B. Eberhardt.

Berliner Nachrichten.

Die Stichwahl im dritten Berliner Landtagswahlkreise

hat, wie vorauszusehen war, mit dem Siege des freisinnigen Volksparteilers geendet. Dr. Müller-Sagan erhielt 1370 Stimmen, während für den Genossen Ledebour 1108 Stimmen abgegeben wurden. Auf die einzelnen Wahllokale bezw. Stadtteile verteilen sich die Stimmen wie folgt:

Table with 4 columns: Gruppe, Wahllokal, Müller, Ledebour. Rows include Sophienstraße, Kröbel, Kasanien-Allee, Volkshäuser, Gesundbrunnen, Brauerei Papenhof, Roabit, Gesellschaftshaus Wedding.

Es haben gegen die Wahl am 27. November 246 Wahlmänner mehr für Herrn Müller gestimmt; insgesamt haben von den 2750 Wahlmännern des Kreises diesmal 2478 ihr Wahlrecht ausgeübt. Es ist nicht zu leugnen, daß Herr Müller-Sagan die Hilfe der Konservativen erhalten hat, obwohl eine Korrespondenz diese konservative Hilfe durch die Bemerkung zu verkleinern sucht, daß von den 211 Wahlmännern, die bei der Wahl am 27. November für Ulrich stimmten, diesmal die Hälfte gefehlt haben sollen.

Ob nun alle konservativen Wahlmänner bis auf den letzten Mann für Dr. Müller gestimmt haben, mag dahingestellt bleiben; fest steht, daß ihm die Hilfe der Konservativen zuteil geworden ist und er nur so in den Landtag einziehen kann.

Leicht ist den Freisinnigen diesmal ihr Sieg nicht geworden, und das Freudentränen, in das sie nach Ausfall der Wahlmännerwahl einstimmten, wurde erheblich gedämpft durch den Ausfall der Abgeordnetenwahl am 27. November. Da zeigte es sich nämlich deutlich, daß die Falschei von einer bei den Wahlmännerwahlen erlittenen Schlappe unserer Partei eine größere Selbstauflösung war. Die uns angebotene Schlappe verwandelte sich in einen Zuwachs der Wahlmännerstimmen und das erste Mal mußte sich der Freisinn trotz des elenden Dreiklassenwahlrechts mit der Sozialdemokratie in der Stichwahl messen.

Das war nur möglich, weil die Freisinnigen „ihre Leute“ nicht kannten, wenn sie hatten es fertig gebracht, in einzelnen Fällen Kandidaten aufzustellen, die für den Sozialdemokraten votierten. In der Stichwahl traten vor allem die Lehrer und Redaktoren für ihren Müller Mann für Mann in die Schranken und wählten somit die Hand, die sie schlägt.

Grund zum Jubeln haben die Freisinnigen ob dieses Sieges nicht. Ihrer Zahl nach hätten sie schon in der Hauptwahl ihren Kandidaten allein durchbringen müssen. Dann aber ist dieser Sieg nur dem „elendesten aller Wahlsysteme“, dem Dreiklassenwahlrecht zu danken, das dem Geldsack alle Privilegien sichert und der großen Masse der Bevölkerung jede Vertretung im Landtage unmöglich macht. Unsere Genossen waren sich von vornherein voll bewußt, wie der Ausgang dieses Kampfes sein werde. Wenn sie dennoch die viele Mühe und die zahlreichen Opfer brachten, die die Wahlbeteiligung im Gefolge hat, so nur deshalb, um wiederum der großen Masse zu zeigen, wie entrechtet sie ist und wie der Kampf zu richten ist gegen die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts. Diese Wahl hat das von neuem bewiesen und es gilt, in Zukunft mit immer größerer Energie und Fähigkeit auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Immer stärker muß unser Ruf ertönen: Fort mit dem Dreiklassenwahlrecht! Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht!

Die städtische Verkehrsdeputation

hielt gestern eine Sitzung ab und es gelangten zunächst die Verhandlungen mit der Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen wegen Umwandlung ihres hiesigen Straßenbahnunternehmens in eine Aktiengesellschaft und Verlängerung ihrer Bahnlinie durch die Elisabethstraße bis zur Kurzstraße zum Vortrage. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag bezüglich der Verlängerung der Linie durch die Elisabethstraße der für die städtischen Bahnen bestehenden Verkehrskommission zur Vorberatung überwiesen. Der Antrag wegen Umwandlung des hiesigen Straßenbahnunternehmens in eine besondere Aktiengesellschaft wurde mit der Maßgabe genehmigt, daß bei allen Abrechnungen der neuen Gesellschaft mit der Stadt das Konzeptionskonto von 100 000 M., mit dem die alte Gesellschaft die neue zu belasten beabsichtigt, vollkommen außer Ansatz zu bleiben habe.

Die Weitervermietung der beiden Dampfmaschinen an den Großen-Meer an die Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ wurde für weitere drei Jahre gegen eine jährliche Anerkennungsgeld von 300 M. genehmigt.

Vor zwei Monaten hatte die Verkehrsdeputation bekanntlich beschlossen, der Großen Straßenbahngesellschaft die Einstellung der Linie 68 von der Frankfurter Chaussee (Sudertstraße) über Alexanderplatz-Stettiner Bahnhof nach der Seestraße aufzugeben. Der Gesellschaft hatte es beliebt, in krasser Vertragsverletzung der Verkehrsdeputation von der geschlossenen Einrichtung dieser Linie einfach Kenntnis zu geben, während sie nach dem Vertrag die Genehmigung zum Betrieb einer jeden neuen Linie eingeholt hat und dieser Praxis auch während der ganzen bis-

herigen Vertragsdauer nachgekommen war. Selbst von den Freunden der Gesellschaft innerhalb der Deputation hatte es keiner gewagt, dieses Vorgehen der Gesellschaft auch nur zu entschuldigen und der oben erwähnte Beschluß war einstimmig gefaßt worden. In dem jetzt eingegangenen Antwortschreiben erklärt die Gesellschaft fühl, daß sie den Standpunkt der Verkehrsdeputation nicht anerkennen könne. Die Linie 68 sei keine neue Linie, sondern nur die Verlängerung einer schon bestehenden. Wenn bisher auch in solchen Fällen die Genehmigung eingeholt wäre, so sei das aus einer Art Courtoisie geschehen, die man jetzt aber nicht mehr befolgen würde. § 33 Absatz 3 des Vertrages bestimmt: „In einer Veränderung, die eine Verkürzung der Linie des jeweiligen Fahrplans mit sich bringen würde, ist die Zustimmung des Magistrats erforderlich.“ Das belege, daß die Verlängerung einer bestehenden Linie seiner Zustimmung bedürfe. Die Gesellschaft werde daher dem Verlangen nach Einstellung der Linie nicht nachkommen und gebe anheim, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

An der Hand einer Karte konnte nun sofort gezeigt werden, daß die Behauptung, die Linie 68 sei nur die Verlängerung einer schon bestehenden, den Tatsachen nicht entspricht. Sodann wies der Oberbürgermeister in scharfsinnigen Ausführungen nach, daß die angezogene Bestimmung des § 33 Abs. 3 sich dem Sinne und der Entstehungsgeschichte nach nur auf § 33 Abs. 2 beziehen könne. In diesem Absatz werde nämlich für eine große Zahl von Vororten der 10 Pf.-Tarif eingeführt und durch die Bestimmung des Absatz 3 solle lediglich verhindert werden, daß die Gesellschaft diesen im Interesse von Groß-Berlin eingeführten Fahrplan verführe und so den 10 Pfennig-Tarif durchlöchere. Keinesfalls sei daher Absatz 3 eine Einschränkung der ganz generellen Bestimmung von § 33 Abs. 1, die belege: „Der Fahrplan unterliegt der Zustimmung des Magistrats.“

Die Deputation beschloß, diesen Rechtsstandpunkt der Gesellschaft mitzuteilen und, falls er nicht anerkannt würde, an das Schiedsgericht zu appellieren.

Für die städtische Untergrundbahn Süd-Nord sind dem Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung entsprechend genaue Projekte für die Trace unter der Friedrichstraße aufgestellt worden. Nach eingehender Beratung hat die Subkommission sich für die Friedrichstraße-Trace entschieden, dabei aber den Wunsch ausgesprochen, daß gleichzeitig auch das ursprüngliche Projekt weiter gefördert werde. Die Deputation trat diesen Beschluß bei und es sollen nunmehr Verhandlungen mit dem Eisenbahnklub wegen Zugänge vom Bahnhof Friedrichstraße, mit dem Militärklub wegen Abtretung eines Teiles der Perlmire und mit verschiedenen Unternehmern wegen Neubaus der Weidendammer Brücke eröffnet werden.

Bezüglich der geplanten städtischen Straßenbahn-Linien wurde unter der Voraussetzung, daß der Polizeipräsident für die Randlinien keine erschwerten Bedingungen stellen wird, beschlossen, dem Magistrat und die Versammlung um die Ermächtigung zu ersuchen, zunächst mit dem Bau der Nordlinien allein vorgehen zu dürfen. Bezüglich der Südlinien muß nach der Schieds-spruch abgewartet werden.

Mit dem Gemeindevorstand von Hohagen-Rummels-burg wird seit längerer Zeit über den Bau von Straßenbahnen verhandelt. Der Stadtgemeinde Berlin stehen aus dem Vertrage von 1903 wichtige Rechte für den Bau eigener städtischer Bahnen in der Hohagenerstraße zu. Bei den Verhandlungen trat nun zu Tage, daß Hohagen-Rummelsburg mit der Großen Straßenbahn einen Separatvertrag geschlossen hatte, der für den Fall in Kraft treten sollte, daß Berlin von seinen Rechten Gebrauch macht. Die Mitteilung dieses Separatvertrages wurde vom Gemeindevorstand in scharfer Form verweigert. Trotz dieses mehr als befremdlichen Verfahrens wünschte die Verkehrsdeputation die Verhandlungen weiter geführt zu haben. Dies ist geschehen, doch haben die Verhandlungen ein Ergebnis noch nicht gezeitigt, weil die bisherigen Vorschläge von Rummelsburg wohl eine Stärkung der Position der Großen Straßenbahn, aber eine sehr erhebliche Minderung der Berlin jetzt zuzehenden Rechte im Gefolge haben würden. Die Verhandlungen sollen fortgeführt werden.

Entwicklung der Berliner Stadtröhre während der 30 Jahre ihres Bestehens.

Vor 30 Jahren, am 1. Dezember 1876, ist die Berliner Stadtröhre dem Betriebe übergeben worden. Der Wiener Ingenieur Freiherr Ritter v. Felbinger und dessen Geschäftsführer, der Franzose Crespin, waren nach den Plänen für Post- und Telegraphie die Erfinder und Erbauer. Die Luftpumpen, Dampfmaschinen, Keifel, Röhre kamen aus Oesterreich, die Röhre selbst aus Paris. Es waren zunächst vier Luftpumpstationen, in der Oranienburger-, Rauer-, Palliaden- und Ritterstraße, errichtet und jede mit zwei vertikal angeordneten Luftpumpenpaaren, die durch liegende Dampfmaschinen von 25 bezw. 12 Pferdestärken angetrieben wurden, ausgetüftelt worden.

Die Röhrenlinien bestanden aus schmiedeeisernen, glatten Röhren von 65 Millimeter lichter Weite mit gut zentrierten, durch Gummiringe abgedichteten Flanschverbindungen. Die Röhre wurden zumeist in die Straßen-Fahrdämme, die damals ein noch wenig löstpieliges, primitives Pflaster trugen, einen Meter tief gebettet. Bei den Einführungen der Röhrenlinien in die Aemter legte man besonderes Gewicht auf möglichst große Kurven und stellte diese selten unter 2 Meter Radius her. Jede einzelne von Amt zu Amt führende Röhrenlinie war mit einem Wasserfad versehen, aus dessen Standrohr das sich aus der komprimierten Luft niederschlagende Kondenswasser abgelassen werden konnte.

Das Gesamtnetz der Röhren bestand, wie die Pläne für Post und Telegraphie hervorheben, im wesentlichen aus drei großen Kreisen, die vom Haupt-Telegraphenamt, dem Mittelpunkt des Netzes, ausgingen und je drei bis acht Postämter miteinander verbanden. Im ganzen waren 14 Post- und Telegraphenämter angeschlossen. Die Gesamtlänge der Röhren betrug 30 Kilometer. Die Röhre folgten in Intervallen von 15 Minuten.

Dieses System wurde bis zum Jahre 1883 noch weiter ausgebaut und durch Zweiglinien nach Charlottenburg und Moabit erweitert. Zu den ursprünglichen Pumpstationen traten während dieser Zeit vier neue gleichartige Stationen, und zwar in der Ködernerstraße, Köpenickerstraße, Goethestraße in Charlottenburg und Dürmstraße. Die maschinellen Ausführungen der Leitzweigen Stationen wurden zwar noch durch Vermittelung der Firmen von Felbinger u. Crespin beschafft, mußten aber in Deutschland hergestellt werden.

Am die Mitte der achtziger Jahre nahm die Reichspostverwaltung den weiteren Ausbau der Röhrenanlage selbst in die Hand. Das v. Felbinger'sche System genügte den Ansprüchen nicht mehr. Die Beförderung von Amt zu Amt in großen Kreisen war zu langsam, die Pausen zwischen je zwei Röhren waren zu groß, und in denjenigen Röhrenzweigen, die nur mittels Druckluft befahren wurden, verursachte die sich niederschlagende Feuchtigkeit, die im Winter zu Eislagerungen und Verstopfungen führte, mannigfache Störungen und Schwierigkeiten. Man begann mit der Auslösung der Kreise und schuf allmählich ein großes Radialsystem mit dem Haupt-Telegraphenamt als Mittelpunkt, wobei nach dem Prinzip verfahren wurde, durch besondere von den Pumpstationen ausgehende Luftzuführungs-Röhrenleitungen möglichst jedes zweite Postamt a. Kraftluft zu versehen und von jeder solchen Kraftquelle aus die Wächterzüge in ein und demselben Röhrenrohr mit Druckluft zum nächsten Amt hin und mit verdünnter Luft wieder zurück zu befördern. Auf diese Weise wurde das laufende Material in jedem Röhrenzweige verringert, die Fahrgeschwindigkeit erhöht, die Zugfolge verdichtet und die Feuchtigkeit, die zu großen Verlegen-

heiten Anlaß gegeben hatte, aus den Röhren vollständig entfernt.

Nach dem Radialsystem ist die Berliner Stadtröhre von Jahr zu Jahr bis zur Gegenwart weiter ausgebaut worden, wobei sich allerdings die Notwendigkeit einstellte, einzelne Querschnitte zu schaffen und sehr verkehrreiche Strecken mit doppelten Röhren auszurüsten. Gegenwärtig sind 70 Postämter in Berlin und den Vororten dem im ganzen 130 Kilometer langen Röhrennetz angeschlossen.

Gegenwärtig sind sämtliche alte Felbinger'sche Luftpumpen von der Bildfläche verschwunden und durch Maschinen moderner Konstruktion und hoher Leistung ersetzt. Es war von einschneidendem Wert, daß der Röhren-Raschinenmeister Scharfenberg im Jahre 1889 mit einem neuen Apparat hervortrat, der im wesentlichen nur aus einer kleinen pultförmigen Empfangskammer mit einem Luftwechsel-bezw. Abperrhahn bestand und sich an jeder Wand leicht befestigen ließ. Dieser inzwischen noch verbesserte Apparat, den jeder Unterbeamte ohne weiteres bedienen kann, hat die Ausbreitung der Röhre wesentlich erleichtert und die Betriebssicherheit erhöht. Er ist gegenwärtig innerhalb des Berliner Bezirkes in 190 Exemplaren in Benutzung.

Als die Berliner Stadtröhre vor 30 Jahren den Betrieb aufnahm, wurde sie allgemein mit Freude begrüßt und bewundert. Als aber einige Jahre später der Fernsprecher auftrat, verlor sie ihr Ansehen und viele prophezeiten der Postpost raschen Untergang. Diese Prophezeiungen haben sich nicht erfüllt. Die Röhre ist von Jahr zu Jahr gewachsen, und gegenwärtig besitzt die Postverwaltung in dieser Einrichtung ein ausgedehntes unterirdisches Verkehrsnetz, das für die Beförderung von Telegrammen und Eilsendungen und für die rasche Auswechslung selbsteleitender Briefe und Karten von unschätzbarem Wert ist und an Einfachheit und Betriebssicherheit so leicht nicht überboten werden kann. Die pneumatische Beförderung wird, gerade infolge ihrer Einfachheit und der daraus entspringenden Sicherheit, voraussichtlich niemals ganz verdrängt werden, und an geeigneten Stellen und für bestimmte Zwecke ihren Platz auch dann noch mit Ehren behaupten, wenn für den Paket- und gewöhnlichen Briefverkehr in Berlin kleine Untergrundbahnen mit elektrisch betriebenen Karren erbaut werden sollen, wie es Werner v. Siemens schon vor 25 Jahren vorschwebte.

Eine Milliarde Postanweisungsgelder. Im Stadt- und Nachbarortverkehr von Berlin sind im Rechnungsjahre 1905/06 zum erstenmal mehr als eine Milliarde Mark auf Postanweisungen von auswärtig ausgezahlt worden. Im Vorjahre hatte sie noch 866 Millionen, im letzten Jahre über 1049 Millionen Mark betragen. Die Summe verteilt sich auf nicht ganz 18 1/2 Millionen Stück Postanweisungen. Der Eingang von auswärtig ist nicht viel mehr als die Hälfte davon. Er betrug im letzten Jahre 568 1/2 Millionen Mark auf 7 1/2 Millionen Stück. Im Stadtverkehr wurden 274 Millionen Mark auf über 6 Millionen Postanweisungen em- und ausgezahlt. Der Berliner Bezirk hat jetzt 831 Quadratkilometer Fläche mit 3 003 492 Einwohnern. Es sind 252 Postanstalten vorhanden. Straßenbriefkasten zählt man 2741, Hausbriefkasten 123. Amtliche Verkaufsstellen für Postwertzeichen bestehen jetzt 564. Die reichsteigende Posthalterei hat 1902 Postpferde. Beschäftigt werden 10 028 Beamte, 13 151 Unterbeamte, 141 Vorarbeiter und 1265 Arbeiter, so daß im ganzen Bezirk 25 601 Personen bei der Post beschäftigt sind. Das Haupttelegraphenamt verfügt über 476 Leitungen. Es hat 1905/06 über 20 Millionen Durchgangstelegramme, 905 435 ausgegebene, 688 636 eingegangene Telegramme bearbeitet. Ferngespräche wurden täglich 630 338 vermittelt, davon fast 1/2 Million Ortsgespräche, über 130 000 Vorortgespräche und 8875 Ferngespräche. In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Fernverbindungen um 307 Proz., die der Vorortverbindungen um 68 Proz. und die der Ortsverbindungen um 42 Proz. vermehrt.

Schlusssatz einer Liebestragödie. In früher Morgenstunde hat sich gestern in der Friedrichselderstraße eine blutige Liebestragödie abgespielt. Der 20 Jahre alte Hausdiener Hermann Stoll aus der Regelerstr. 11 versuchte das 19 Jahre alte Dienstmädchen Anna Koch, das sich in der Friedrichselderstr. 29 in Stellung befindet, zu erlösen, da sie seinen Bewerbungen nicht Gehör schenken wollte. Er verletzte sie schwer durch einen Schlag in die linke Brust. Stoll brachte sich darauf einen Schlag in die rechte Schläfe bei. Als Polizeigefangener wurde er nach der Charité gebracht. Das Mädchen wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Stoll unterhielt seit fünf Monaten ein Verhältnis mit Anna Koch. Das hübsche Mädchen wollte von Stoll seit einiger Zeit nichts mehr wissen, da er sie mit unbegründeter Eifersucht quälte. Als sie gestern morgen wie an jedem Tage frühstück austrat, folgte er ihr von 5 bis 5 1/2 Uhr. Beim Verlassen des Hauses Friedrichselderstr. 3 stellte er sie mit der Frage, weshalb sie ihn verschmähe. Als sie antwortete: „Ich mag Dich wegen Deiner Eifersucht nicht mehr.“ zog er einen Revolver aus der Tasche und schoß auf sie. In dem Augenblicke, als ihn Arbeiter, die das Haus verlassen, ergreifen wollten, schoß sich St. eine Kugel in die rechte Schläfe und brach schwer verundet zusammen.

Zu einem neuen Rencontre des Löwen „Leo“ mit dem Dompteur Peters ist es am Montagabend im Circus Busch gekommen. Während am Morgen von einem geladenen Publikum das Zusammenkommen des Dompteurs mit den Bestien ohne jeden Zwischenfall verlaufen war, ging das am Abend nicht so glatt ab, wenn auch der Dompteur keine Verletzung erlitt. Es wird darüber berichtet: Peters, der den feinerzeit verletzten Arm noch in der Wunde trug, hatte unter dem Hurra des Publikums den Käfig betreten und einige prächtige Kränze mit Widmungsfleisen entgegengenommen. Er wendete sich, nachdem sämtliche Löwen und Tiger auf ihren Stigen Platz genommen hatten, zunächst seinem alten Widersacher zu, dessen an der Ausgangstür belegender Platz am Sitter die Aufschrift: „Leo, der Attentäter“, trug; sofort richtete die Bestie auf und schlug mit der Zunge nach ihrem Herrn, glücklicherweise ohne diesen zu verletzen. Peters, der sich im gleichen Augenblicke von hinten durch einen herankommenden Tiger bedroht sah, antwortete durch einen Revolverschuß und jagte den Tiger zurück. Der Löwe ließ sich jedoch zunächst nicht zur Reize bringen, und Peters, der durch den verbundenen linken Arm sehr behindert war, sah sich gezwungen, die Raneege auf einige Augenblicke zu verlassen. Er lehnte jedoch sofort zurück, und es gelang ihm und seinen Leuten, „Leo“ so lange durch Anassen mit der Peitsche und Werfen mit Stäben in Sessach zu halten, bis auf zwei Löwen alle anderen Bestien in ihre Käfige zurückgetrieben waren. Jetzt sollte sich indessen die ohnehin aufgeregte Szene infolge der sich steigenden Wut „Leo“ noch mehr zuspitzen. Man warf dem rasenden Tiere einen regelrechten Laßo aus starkem Tau über den Kopf und zog unter Mithilfe beherzter Herren des Parterres mit vereinten Kräften an der Schlinge, die jedoch von „Leo“ und seinen unmeßbaren beiden Mitattentälern spielend auseinandergezogen wurde, wodurch „Leo“ wieder frei und um so wütender wurde. Erst nach einer großen Zahl von allen Seiten auf die Bestien abgefeuerter Revolverschüsse gelang es schließlich, unter sehr starker Erregung des Publikums, die Tiere durch Peitschenhiebe in ihre Käfige zu treiben.

Todessturz vom Bau. Auf dem Abrihgrundstück Lothringerstraße 104 hat sich Montagabend ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. In der dritten Etage waren eine Anzahl von Arbeitern damit beschäftigt, die Balken aus dem Fußboden herauszulösen und hierbei erhielt der 52jährige Julius Jepske, der an der Außenseite stand, einen so unglücklichen Stoß vor die Brust, daß er rücklings in die Tiefe hinabstürzte. Mit zerschmetterten Gliedern blieb der Bedauernswerte unten liegen. Als ein Arzt hinzulam, war J. bereits an den Folgen eines erlittenen Schädeltrusses gestorben.



### Mord und Selbstmord auf offener Straße.

Ein blutiges Ehedrama hat gestern abend unter den Anwohnern der Kahlertstraße großes Aufsehen hervorgerufen. Vor dem Hause Kahlertstraße 14 erschlug der 30jährige Steinträger Albert Strube erst seine 29jährige Ehefrau Maria und dann sich selbst. Das Motiv zur Tat ist darin zu suchen, daß sich die Ehefrau weigerte, zu ihrem Manne, von dem sie getrennt lebte, zurückzukehren.

Seit längerer Zeit lebte das Strubepaar in Ehe-scheidung. Während die Frau ein Zimmer in der Alexandrinenstraße 121 bezog, wohnte St. in der Knobelsdorffstraße in Charlottenburg in Schlafstelle. Aus der Ehe waren drei Mädchen im Alter von 5 bis 11 Jahren hervorgegangen, die nach der Trennung des Paares bei der Mutter der Ehefrau, der Witwe Lubisch in der Kahlertstraße 14 untergebracht wurden. Später kamen die beiden älteren Kinder in eine Waisenanstalt in der Potsdamerstraße, während St. sich das jüngste nach seiner Behauptung geholt hatte. Die junge Frau wollte von einem weiteren Zusammenleben mit ihrem Manne nichts wissen, da sie bei ihm wiederholt unter brutalen Mißhandlungen zu leiden hatte. Dagegen drang St. fortgesetzt auf seine Frau ein, daß sie wieder zu ihm zurückkehre. Alle seine Bemühungen waren jedoch fruchtlos. Schon öfter hatte der gereizte Ehemann der Frau mit dem Tode gedroht und bereits vor sechs Wochen hatte er ihr mit dem Revolver in der Tasche vor dem Hause der Mutter in der Kahlertstraße aufgelaert. Es kam denn auch zu einem erregten Auftritt, so daß schließlich der Hauswirt eingreifen mußte. Gestern vormittag zeigte St. seinem Bruder den Revolver und als er ihm die Waffe wieder zu sich stecken wollte, wurde sie ihm abgenommen. Er kaufte sich jedoch einen neuen Revolver und ging abends gegen 7 Uhr nach der Kahlertstr. 14, schickte einen Knaben zu seiner Schwiegermutter und ließ bei ihr anfragen, ob seine Frau dort sei. Dies war jedoch nicht der Fall und nun legte sich St. vor dem Hause auf die Lauer. Gegen 1/2 8 Uhr näherte sich dann auch die junge Frau, um ihre Mutter zu besuchen. Der Mann ging ihr entgegen und nochmals drang er jetzt in einem erregten Gespräch auf sie ein, um sie zur Rückkehr zu ihm zu bewegen. Doch auch diesmal hatte er keinen Erfolg. Plötzlich zog er den Revolver aus der Tasche hervor, richtete die Waffe gegen den Kopf seiner Frau und feuerte mit dem Ruf: „Dann stirb!“ eine Kugel ab. Leblos brach die Unglückliche zusammen. Das Geschöß war in die Schläfe gedrungen und hatte den sofortigen Tod herbeigeführt. Der Mörder rannte dann nach dem Rebenhause und jagte sich selbst eine Kugel in den Kopf. Auch diese hatte nur zu gut getroffen. St. brach auf dem Bürgersteig tot zusammen. Die beiden Leichen wurden in den Hausflur gebracht und später in das Schaubaus eingeliefert. In dem Tatorte sammelte sich bis in die frühe Nacht hinein eine ungeheure Menschenmenge an, welche schließlich durch die Polizei auseinandergetrieben wurde.

Aus einem Automobil herausgeschleudert und schwer verletzt wurde gestern der 21 jährige Schlosser Karl Böther, Pringen-Allee 31 wohnhaft. Der junge Mann hatte mit einem Bekannten in dessen Automobil eine Fahrt mitgemacht und sah auf dem Hinterstuhl. Ohne daß der Chauffeur etwas davon bemerkte, wurde L. beim Passieren einer scharfen Kurve aus dem Automobil herausgeschleudert. Ein patrouillierender Polizeibeamter fand ihn später in bewußtlosem Zustande auf der Straße liegend auf und brachte ihn schwerverletzt nach der Unfallstation 17.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen Deutschlands, Bezirk Berlin, Neue Königsstr. 38, ersucht um folgende Bekanntheit: Bei unserem am Sonntag, den 1. Dezember, in der Alhambra stattgefundenen Wintervergügen ist ein Damenportemonnaie mit circa 70 M. Inhalt verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe in unserem Bureau abzugeben.

Ein erstklassiges Programm hat das Apollo-Theater im Weihnachtmonat herausgebracht. Es zeigt eine Reihe glänzender Attraktionen, die für Berlin zum Teil neu sind. Da ist zunächst die neueste Attraktion des Varietés „Athletik-Club“, ausgeführt von 36 Damen, die mit Stabübungen, Keulen-schwingen usw. einen imposanten Eindruck machen und erhöht wird durch die 5 Strong-girls mit Leonore Boje an der Spitze und durch den Jui-Jiu-Walzer und Jui-Jiu-Ringkampf des Fräulein Falgenheimer und des Herrn Merien. Zu diesem Sportakt hat außerdem der bekannte Komponist Julius Einödhofer eine hübsche Musik geschrieben. Ganz vorzüglich ist das bayerische Duett „Wader-Wader“. Die Vorträge dieses Duettistenpaars sind von geradezu köstlichem Humor; auch verfügt dasselbe über gut gekulte Stimmen. Musikalische Genüsse verbunden mit exzentrischer Komik bietet die Barra-Truppe und die Behandlung ihrer eigenartigen Instrumente ist in der Tat eine sichere und vielseitige. Eine entzückende Nummer ist Paul Sanders Burlesque-Zirkus und ist die Klugheit und Gelehrigkeit der vierhändigen Künstler wirklich bewundernswert. Veritable Hunde in Verkleidung als Pferde ahmen alle Gangarten der hohen Schule nach. Drei Kraftroboter ersten Ranges sind die Marylands und ihre Darbietungen an hängenden Ringen nötigen außerordentliches Interesse ab. In das Gebiet des Langes führen uns die vier Marantillas, die spanische Tänze zur Anschauung bringen; Gobe und Pauli führen eine originelle Exzentrikzene auf, die von ununterbrochenem Lachen begleitet wird. Reizend sind die komischen Parodisten Ulyte und Mih Hella, die durch eine hübsche Gartenszene die ausgelassenste Heiterkeit wecken.

Feuerwehrbericht. Gestern abend kam im königl. Opernhause während der Verwandlung auf der Bühne durch Unvorsichtigkeit Feuer aus. Es wurde „Die Puppenfee“ und „Cavalleria rusticana“ gegeben. Bei der Verwandlung warf ein Bühnenarbeiter einen Posterkstuhl auf eine Laterne, der sofort brannte. Die anwesende Feuerwehr löschte die Flammen, ohne daß das Publikum etwas bemerkte. Früh um 3 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Kurfürststr. 156 gerufen. Grober Unfug lag der Meldung zu Grunde. Der Täter ist leider entkommen. In der Mariannenstr. 28 brannten Dedes, Balken u. a. im Keller. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Manteuffelstr. 15 und anderen Orten gerufen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstag abend 9 Uhr dritte Abteilung für Schöneberg und Umgegend bei Döhl, Weiningerstr. 8. Vortrag über „Bahn- und Mundkrankheiten“. Referent Herr Zahnkünstler E. Gedde. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste willkommen.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Antrag der Hausbesitzerfraktion betr. Schaffung einer Stadtschulkastelle. Stadtv. Kunze, der die Begründung des Antrages übernahm, legte sich besonders für die höheren Schulen ins Zeug, in deren Betriebe die einheitlich wirkende Hand bisher gefehlt habe. Es müsse einem Schulmann die Leitung des Schulwesens in Magistrat übertragen werden. Auch sei es Aufgabe des Stadtschulrats, die Mittelschulen zu einem Faktor zu machen, durch den die Entwicklung des Mittelstandes gefördert werde. Stadtv. Zobel (Lib.) tritt den Ausführungen entgegen. Für das Schöneberger Schulwesen, namentlich für die Volksschule, habe ein Stadtschulrat keine Bedeutung; denn der gegenwärtig herrschende Wind in der Regierung mache es unmöglich, dem Stadtschulrat besondere Rechte einzuräumen. Der jetzige Zustand sei für die Volksschule jedenfalls vorteilhafter.

Stadtv. Küler (Sog.) hält die Schaffung einer Stadtschulkastelle augenblicklich ebenfalls nicht für vorteilhaft. Würden wir in einem anderen Staate als in Preußen leben, so wäre er sofort dafür. Die Stadt habe leider in Schulfragen recht wenig zu sagen. Redner erklärt sich damit einverstanden, die Vorlage einem Ausschuss zur Prüfung zu überweisen, wünscht jedoch, daß dieser Ausschuss nicht vor dem 1. April 1908 zusammentreten möge, um erst die Wirkung des neuen Schulgesetzes abzuwarten. Stadtv. Doktor b. Gordon warnt davor, allzu große Hoffnungen auf einen Stadtschulrat zu setzen. Die Frage sei jedenfalls erst eingehend zu prüfen. — Der Antrag wird darauf einem Ausschuss überwiesen.

Bezüglich einer Petition um Gerademinderung der durch den Betrieb der Englischen Gasanstalt für die Anwohner entstehenden Belästigungen wird nach kurzer Debatte beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, die nötigen Schritte bei der Gesellschaft zu tun, damit nicht infolge der Unterjagung des Erweiterungsbau eine Verschlechterung der Belästigung eintritt und ferner zu prüfen, inwieweit eine Beseitigung vorhandener Mißstände möglich und geboten ist.

Eine längere Auseinandersetzung brachte eine Petition des Haus- und Grundbesitzervereins, die Reinigung der Bürgersteige, mit Ausnahme von Schnee, und Eis, auf städtische Kosten ausführen zu lassen. Der Ausschuss empfiehlt, der Petition die Zustimmung zu verweigern, da durch die Ausführung dieser Forderung der Stadt eine jährliche Mehrausgabe von 45 000 M. erwachsen würde. Die Herren vom Haus- und Grundbesitzerverein bekämpfen in lebhafter Weise den Beschluß des Ausschusses; sie bestreiten, sich von persönlichen Interessen bei dem Antrage leiten zu lassen. Auch halten sie die herausgerechnete Mehrausgabe für zu hoch. Von anderer Seite wird jedoch entschieden für den Antrag des Ausschusses eingetreten. Von den Liberalen wird beantragt, dem Wunsche der Hausbesitzer nachzukommen unter der Bedingung, ihnen auch dafür die Kosten aufzuerlegen.

Nach Ablehnung des liberalen Antrages stimmt die Mehrheit der Versammlung dem Beschluß des Ausschusses zu, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, jedoch den Magistrat zu ersuchen, die städtischen Straßenreinerger anzuweisen, die Bürgersteige von grobem Schmutz zu reinigen, ohne daß der Stadtgemeinde hierdurch Kosten entstehen oder eine rechtliche Verpflichtung hierzu für sie hergeleitet wird.

Der Vorlage des Magistrats betreffs Schaffung von Stellen für 7 Lehrer, 4 Lehrerinnen vom 1. April 1907 ab und für 1 Rektor, 6 Lehrer und 3 Lehrerinnen vom 1. Oktober 1907 ab wird zugestimmt. Ein Antrag des Stadtv. Zobel, in der Anstellungsurkunde die Verpflichtung für den Lehrer, daß er nach erfolgter Berufung alle anderen Bewerbungen zurückzuziehen habe, zu streichen, wird von der Mehrheit abgelehnt.

Der Schluß der öffentlichen Sitzung brachte noch endlose, recht heftige Debatten. Die Liberalen widersprachen dem Vorschlage, die Vorbereitung der Wahl eines unbefristeten Magistratsmitgliedes dem schon bestehenden Ausschusse zu überweisen. Sie beantragten die Bildung eines neuen Ausschusses, da die Mehrheit des alten Ausschusses nicht die Beschlüsse desselben aufrecht erhalten habe. Speziell dem Vorsteher wurde nachgewiesen, daß er fast stets in der Versammlung einen anderen Standpunkt eingenommen hatte als im Ausschuss. Der Antrag der Liberalen blieb jedoch in der Minderheit.

### Rixdorf.

Der Defraudant Albert Bohnmann, der, wie wir seinerzeit meldeten, mit 27 000 M. — die er von einem Gutbesitzer unter falschen Vorspiegelungen erhalten hatte — das Weite suchte, ist, Wittermeldungen zufolge, in London verhaftet worden.

### Groß-Lichterfelde.

Die Liebesgabenpolitik auf dem Rathaus. In der am Montag stattgefundenen Gemeindevertretersitzung fand die Errichtung des neuen Bahnhofs an der Moltkestraße (Wannseebahn) zur Debatte. Interessiert an dieser Verkehrsverbesserung ist hauptsächlich die „Terraingefellschaft am neuen Botanischen Garten“, deren Gelände direkt an dieser neu zu errichtenden Station liegt und demzufolge — wie dies nachgewiesen wurde — außerordentlich hohe Profite aus dem Bodenwucher ziehen wird. Diese Terraingefellschaft ist laut Vertrag mit der Gemeinde verpflichtet, zum Bau einer Brücke im Zuge der Moltkestraße über den Bahndücker nach ihrem Terrain einen Beitrag von 50 000 M. und ferner für den späteren Umbau der Dahlemer Brücke einen solchen von 25 000 M. an die Gemeinde zu leisten. Nun wird infolge der Anlage des neuen Bahnhofs die Brücke im Zuge der Moltkestraße nicht von der Gemeinde, sondern gleichzeitig mit dem Bahnhof vom Eisenbahnbüro unter Verrechnung der Gesamtkosten auf Konto der Terraingefellschaft gebaut. Sie stellte nun an die Gemeindevertretung den Antrag, ihr die Differenz zwischen den 50 000 M. und den tatsächlichen Kosten für den Bau der Brücke bis zur Höchstsumme von 50 000 M. zu erstatten, außerdem aber ihr noch den Betrag von 25 000 M. für den späteren Umbau der Dahlemer Brücke zu schenken. Die Gesamtkosten des Bahnhofs nebst Moltkebrücke betragen 480 000 M. Gemeindevertreter Delbrück hat an sich nichts gegen die Errichtung eines neuen Bahnhofs und ist auch bereit, event. 50 000 M. für den Bau der einen Brücke zuzuschicken, wendet sich aber mit aller Energie dagegen, der Gesellschaft auch noch 25 000 M. aus dem Gemeindefiskus zu schenken. Den größten Vorteil habe nicht die Gemeinde, sondern die Anlieger, deren Terrains im Werte rapide steigen würden. Möglicherweise habe die Bevölkerung am jetzigen Bahnhof West Nachteile durch die verlängerte Fahrzeit und eventuell durch Erhöhung des Fahrpreises. Auf Verprechungen dürfe man nichts geben, das hätte die Aufhebung des früheren Tarifes für Postwagen im Ortsverkehr bewiesen. Mit der Vermehrung der durchgehenden Züge von Berlin nach Zehlendorf sei eine Abwanderung aus Lichterfelde nach dort und damit eine Schädigung der Interessen der Gemeinde Groß-Lichterfelde zu befürchten. Die Leiter der Terraingefellschaft seien gute Männer; sie belämen vielfach wieder, was der Bahnhof koste. Sie gingen von dem Grundsatz aus: „Nur Lumben sind beiseite“, und verlangten auch noch weitere 25 000 M. aus den Taschen der Steuerzahler. Er sei entschieden gegen den Erlass der 25 000 M. Gemeindevertreter Bullenweber spricht sich ebenfalls in scharfer Weise gegen den Antrag auf Schenkung dieser 25 000 M. aus. Auf Grund unanfechtbaren Materials weist derselbe nach, daß die Terraingefellschaft nach Abzug der Kosten für den neuen Bahnhof noch einen Mehrwert von circa 360 000 M. aus ihrem Grundbesitz herausbringe. Die Gemeinde habe diese Gesellschaft sehr nobel behandelt, alle möglichen Konzeptionen hinsichtlich der Bauordnung, der Anlage von Straßen usw. gemacht und habe selbst dabei schlecht abgeschnitten. Dem Erlass der 25 000 M. könne unter keinen Umständen zugestimmt werden. Schöffe Lenzner erklärt demgegenüber, daß die Gesellschaft in die 2-prozentige Landabgabe und außerdem noch in die Abgabe von Land für Plätze habe willigen müssen. Von einem Bahnhof sei bei Festlegung des Bauungsplanes nicht die Rede gewesen. Jetzt bekomme ihn Lichterfelde auf dem Präsentierteller und brauche bloß 25 000 M. dafür zu zahlen. Der Gesellschaft sei der Profit zu gönnen. Der Gemeinde werde der Bahnhof geradezu geschenkt. (Widerpruch.) Nachdem noch Gemeindevertreter Schulz, Schöffe Lange und andere den Standpunkt: Noblesse oblige gegenüber der Gesellschaft vertreten und von der anderen Seite diese Begünstigung der Terraingefellschaft heftig bekämpft wurde, erfolgte nach über zweifelhafte Debatte die Abstimmung über den Antrag des Gemeindevorstandes, der Terraingefellschaft die vertragsmäßig zu leistende Summe von 25 000 M. zu schenken. Derselbe wurde gegen neun Stimmen angenommen. Die Vertreter der Grundrente haben also gesiegt.

Diese beispiellose Verschwendung steht besonders einer Gemeinde gut an, deren Verwaltung jahraus, jahrein sich über Geldmangel beklagt, einer Gemeinde, die nicht einmal den elementarsten Kulturbedürfnissen Rechnung trägt, deren Schulen für die Kinder des Proletariats in jeder Beziehung mangelhaft sind und die den chronischen Lehrermangel durch unzureichende Anstellungen und möglichst billige

Kräfte zu kurieren versucht. Für diese 25 000 M. hätten Lehrkräfte eingestellt werden können und wir brauchen nicht auch noch die dauerliche Tatkraft zu konstatieren, daß am 1. Dezember in einige Klassen der Schulunterricht ausfiel, weil die Lehrer sich an der — Viehzählung zu beteiligen hatten, trotz Lehrermangels!

### Brig.

#### Aus der Gemeindevertretersitzung.

Eine ehrende Anerkennung seiner Tätigkeit als Gemeindevertreter wurde unserem verstorbenen Genossen Weniger durch den Gemeindevorsteher anlässlich der Einbürgerung des Genossen Behnisch in da Gemeindeparlament zu teil. Weniger habe sich, bemerkte der Gemeindevorsteher, stets durch große Sachkenntnis sowie durch Objektivität ausgezeichnet. Der bisherige Schöffe Herr Dienwidel wurde wiedergewählt, auf den Genossen Kling entfiel eine Stimme. Di Klassenrevision am 31. Oktober ergab von April bis Oktober ein Einnahme von 1 168 454,96 M. und eine Ausgabe von 806 679,0 M. Karf, so daß ein Solibestand von 358 775,92 M. vorhanden war. Die Gemeinde hatte dem Kapellenbauverein das Erwerb recht auf das Grundstück Bürgerstr. 56 zugestanden; derselbe ha auch die entsprechenden Zinsen gezahlt. Jetzt will, da durch de Erweiterungsbau des Schulhauses in der Bürgerstraße der Zeichen saal sich zu kirchlichen Zwecken eignet, der Kapellenbauverein au den Erwerb des Grundstücks verzichten, unter der Voraussetzung daß die Gemeinde die bereits gezahlten Zinsen in Höhe von 2878 M. sowie 237 M. Zinseszinsen an den Kapellenbauverein zurückzahl und daß der Zeichensaal zu kirchlichen Zwecken verwendet werde kann. Als Entschädigung für die Reinigung sollen jährlich 80 M. gezahlt werden. Sollten Beleuchtung und Heizung in Anspruch genommen werden, so ist dafür eine Extrarentschädigung zu leisten. Dem Wunsche des Gemeindevorstehers gemäß wurde dieser Vorschlag, der auch die Genehmigung der Schuldeputation gefunden hat, einstimmig zugestimmt. Auch der Jungfrauenverein ha durch Pastor Heyse die Gemeindevertretung ersucht, die Schulräume unentgeltlich benutzen zu dürfen. Auch hierzu hat die Schul deputation ihre Zustimmung gegeben, und nachdem der Gemeinde vorsteher warm dafür eingetreten, wurde es auch von der Gemeinde vertretung einstimmig genehmigt. Ein vom Arbeiterturnverein ge stelltes Gesuch auf unentgeltliche Ueberlassung der Turnhalle dürft der warmen Bestürmung des Gemeindevorstehers wohl nicht i sicher sein. Eigentümlich ist, daß auch unsere Genossen dasi stimmten. — Die hohe Klassenfrequenz macht die Anstellung eine technischer Lehrerin und eines Lehrers notwendig. Die Klassen frequenz, die von 1902 bis 1905 außerordentlich schwankend wa hat sich in diesem Jahre um mehr als 100 Kinder vermehrt.

### Rudow.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins gedachte zunäch in ehrender Weise des verstorbenen Vorkämpfers August Dreesdau Ueber „Die Organisation als Förderin der Kultur“ referierte als dann Genosse Kimmrig-Brig. Als Delegierte zur Kreis-General versammlung wurden die Genossen Raasch, Miers und Klups gewählt. Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam daß der Inhaber des „Reichsadlers“ sein Verbot der Arbeiterschaf noch immer vorenthält. Es sei dies um so eigentümlicher, als diese Herr, der zugleich Vätermeister ist, seine Ware zum Teil an di Arbeiterfrauen von Rudow, Brig, Rixdorf, Adlershof und Köpeni absetzt. Daraus müsse jede Arbeiterfrau genannter Orte die not wendigen Konsequenzen ziehen.

### Friedrichsfelde.

Ueber die Verichterhaltung der Ortspresse beschwerte sich in de letzten Gemeindevertretersitzung der Gemeindevorsteher Zöcher: Die objektiven Berichte des Gemeindeblattes über die Gemeindever sorgung und über sonstige Angelegenheiten hatten den Unwillen de Ortsbewohner erregt. Erklärte doch der Gemeindevorsteher, daß falls wieder solche Berichte in der Presse erdienen, er von seiner Hausrecht Gebrauch machen würde, d. h. unbecommene Verichterhalte hinauskomplimentieren. Genosse Vinsler trat dieser Annahme mit gebührender Schärfe entgegen und erklärte die in der Orts presse gebrachten Berichte für wahrheitsgemäß. Wadann wurde be schlossen, eine Schulkasse mit neuen zweifelhafte Bänken auszulatten. Ferner wurde eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommissions kommission, der auch Genosse Vinsler angehört, gewählt.

Der Bebauungsplan der neuen Terraingefellschaft in Karlshor rief eine längere Debatte hervor. Nach einem früheren Beschlü wurden sieben Morgen für öffentliche Anlagen unentgeltlich al Eigentum der Gemeinde verlangt. Die Terraingefellschaft woll indes nur circa 3 1/2 Morgen abtreten und fand einen warmen Bifürworter ihrer Wünsche in dem Gemeindevorsteher. Nachdem dieser darauf hingewiesen, daß es doch ungerath sei, dieser Gelfellschaft solche Kosten (!) aufzuerlegen, während bei frühere Bebauungsplänen nicht so scharf vorgegangen sei, wurd der Antrag, sich mit circa der Hälfte der früheren Forderung zu be gnügen, angenommen. Eigentümlich berührt die Sorge des Gemeindevorstehers, die Terraingefellschaften könnten zu kurz kommen un dann das Projekt fallen lassen. Er muß doch wohl wissen, daß di Terraingefellschaft ein äußerst lukratives Geschäft ist, zumal er i diesem Jahre an zwei Grundstücken selbst über 20 000 M. verdient weil er von der Terraingefellschaft billig gekauft hat.

Die Abnahme der Jahresrechnung von 1905 gab zur Kritik Bei anlassung; waren doch Gelder ausgegeben teils gegen den Willen teils ohne Wissen der Gemeindevertretung. Hierzu gehörte auch di Ausrichtung der Polizeibeamten mit Revolver zum 21. Januar d. S. Die Rechtfertigung des Gemeindevorstehers gegen alle Monias wa wie gewöhnlich, ausweichend, indem er die Schuld dem Gemeindevorstandant zuschob, wenn die Jahresrechnung nicht mit dem Etc stimme. — Das Gesuch des Straßenabfuhrunternehmers um Er höhung seiner Entschädigung — zurzeit 3500 M. — wurde bis zu neuen Staatsberatung vertagt. — Die Unterführung der Kanalisations leitungen unter die Niederschleiß- Märkische Bahn wurde der Unternehmer Bruch für 2500 M. übertragen. Zu Anfang der Sitzung wurde der neugewählte Vertreter der zweiten Abteilung, Rentie Kampfenfel eingeführt.

### Pankow.

Die von unseren Genossen beantragte Erhöhung der Löhne un Gehälter der im Gemeindebetrieb beschäftigten Arbeiter und Beam hat bereits die Kommissionen beschäftigt und wird der Gemeindev ertretung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Wenn auch di Resultate nicht ganz befriedigen, so sind doch Lohn- und Gehalts bezüge, die früher sehr oft dem Zufall anheimgelassen waren, für di einzelnen Arbeiterkategorien in ein einheitliches System gebracht word. Des ferneren sind zum ersten Male für die Arbeiter Ferien vor gesehen, und zwar sollen alle Arbeiter, die länger als drei Jahr beschäftigt sind, einen Urlaub von einer Woche, die länger als fih Jahre beschäftigt sind, einen Urlaub von zehn Tagen, und di länger als zehn Jahre beschäftigt sind, einen Urlaub von zwei Woche erhalten.

Die für einzelne Arbeiter noch bestehende zwölfstündig Arbeitszeit ist auf höchstens zehn Stunden festgelegt. Straßer reinigungsarbeiter, die bisher 45 Pf. erhielten, erhalten fortia 48 Pf., die 40 Pf. bekommen 43 Pf. und die bisher 35 Pf. hatten erhalten 38 Pf. Dauernd beschäftigte Friedhofarbeiter erhalten 28 M. die Woche, und die mit einem bisherigen Verdienst vo 22,50 — 25,00 M. Frauen hatt 12 — 15 M. — Gartenbau vorarbeiter hatt 50 — 55 Pf. die Stunde. Arbeiter für 45 — 50 Pf. und 35 — 40 Pf. Die Tagelöhner des Gute Wühlendeb, die bisher pro Tag im Sommer 1,50 M. und im Winte 1,25 M. erhielten, sollen jetzt 1,75 und 1,50 bekommen; außerde erhalten sie wie bisher freie Wohnung, freies Holz und 60 Zentn Kartoffeln sowie 1/2 Morgen Land. Die Pferdebesitzer erhalten sta 12 1/2 M. Lohn die Woche. Bei den Arbeitern der Kanalisatio und des Wasserwerkes erhalten statt Waschinmeister 1800 2100 M per Jahr, Waschinisten 55 Pf. die Stunde, Heizer 50 Pf die Stunde, Glöftheizer statt 40 43 Pf.; auch wird für die Beside der Kurfus zur Ausbildung als geprüfte Heizer ten der Gemeindev bezahlt.



Außerdem sollen erhalten die Schichtmeister 80 bzw. 85 M. pro Stunde; Kiebelmeister statt 90 M. 100 M. monatlich, freie Wohnung und einen Morgen Kartoffelfeld; desgleichen die Kiebelwächter statt 75 M. 85 M. monatlich, ebenfalls freie Wohnung und einen Morgen Kartoffelfeld.

### Reinickendorf-St.

In der am 27. November stattgefundenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins gedachte der Vorsitzende zunächst des verstorbenen Vorlämpfers Genossen Dreesbach, sowie des in engerem Kreis tätig gewesenen Genossen Klugmann-Wilhelmstruß. Genosse Düwelle hielt sodann einen überaus lehrreichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Klassenkämpfe“. Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß Genosse Jendried, veranlaßt durch seinen Bezirk sein Amt als Bezirksführer im 4. Bezirk niedergelegt habe und an dessen Stelle der Genosse Degenhardt gewählt worden ist. Die Versammlung bestätigte diese Wahl. Zu der am 8. Dezember stattfindenden Kreis-Generalversammlung wurden die bisherigen Delegierten weiter bestätigt und Genosse Eißner als Ersatzmann gewählt. Zu den von der Kreis-Vorstandsleitung den einzelnen Bezirken überwiesenen Anträgen wurde beschloffen, der Kreis-Generalversammlung zu empfehlen, die Anzahl der Kreis-Delegierten nach der Zwölfstelung zu bestimmen. Dem Vorschlag, die Kreis-Delegierten auf ein Jahr zu wählen, wurde zugestimmt; die Forderung, daß Anträge zur Kreis-Generalversammlung, die vorher publiziert werden sollen, mindestens 8 Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Kreisvorstand eingereicht werden müssen, als selbstverständlich bezeichnet. Mit der Aufforderung zu reger Beteiligung an der am Sonntag, den 9. Dezember stattfindenden Flugblattverbreitung, und dem am 11. Dezember stattfindenden öffentlichen Versammlung betr. Heimarbeit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Nieder-Schönhausen.

Die „Liedesgabe“ der Terraingesellschaft ist von der Gemeindevertretung mit Dank angenommen worden. Durch dieses der Gemeinde Nieder-Schönhausen gemachte Geschenk erhoffen die Spezialanten eine baldige nutzbringende Erschließung ihres heute noch unbedauten Terrains. Man schätzt das Geschenk auf 60 000 M., ein Objekt, das für die Gesellschaft bei den zu erschöpfenden späteren Gewinnen fast gar nicht in Betracht kommt. — Das Säubertische Grundstück — an der Kaiser Wilhelmstraße gelegen — sollte bestmöglich zum Preise von 142 000 M. für Rathauszwecke angekauft werden. Die Gemeindevertretung beschloß jedoch, den Ankauf mit sieben gegen sechs Stimmen abzulehnen. Verschiedene Redner meinten, die Räume des Grundstücks seien viel zu klein und die Gemeinde müsse sofort anfangen zu bauen. Andererseits schätzte man den Preis um 80 000 M. zu hoch und bezweifelte, daß die Aufsichtsbehörde den Ankauf überhaupt genehmigen würde. Die bisher von den Vorvätern in dieser Angelegenheit geführten Debatten machen nach außen, namentlich für die arbeitende Bevölkerung, einen wenig vertrauensvollen Eindruck. Die Nieder-Schönhausener Gemeindevertretung hat durch ihre schwankende Haltung in dieser Frage den besten Beweis erbracht, daß sie eine sichere den Allgemeininteressen angepaßte Gemeindepolitik nicht zu führen imstande ist. Aufgabe der Nieder-Schönhausener Arbeiterkassette muß es sein, einzudringen in die Sitzsäule des bürgerlichen Gemeindeparlamentes.

### Potsdam.

Das Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung zuerst mit der von ihm neu eingerichteten Bauarbeiter-Arbeitskommission. Dabei wurde bemängelt, daß ein Teil der in Betracht kommenden Gewerkschaften leider noch nicht ihre Delegierten zu derselben gewählt haben. Der Vertreter der Mühlenarbeiter teilte mit, daß die Sperrung über die Getreidemühle Bernhard Meyer zur Zufriedenheit der in Betracht kommenden Arbeiter aufgehoben ist. Für die neu gegründete „Arbeiter-Bibliothek Potsdam“ wurde der neue Vertrag vorgelegt und genehmigt; da sich noch nicht alle Gewerkschaften mit dem Beitrag für dieselbe beschäftigt hatten, so sollen die Delegierten in der nächsten Sitzung den Verbleib ihrer Gewerkschaft mitteilen. Die Bibliothek ist vorläufig jeden Sonnabend von 1/2-9 Uhr abends im Restaurant Lodenstein geöffnet. (Dem Beitrag zugestimmt haben bis jetzt: Maler, Metallarbeiter, Schuhmacher, Holzarbeiter und Buchdrucker.) — Da das Geschäftsjahr für das Kartell in diesem Jahr mit dem Kalenderjahr schließt (bisher 30. März), so bittet der Vorsitzende Genosse Krause die Delegierten dafür zu sorgen, daß in ihren Gewerkschaften im Laufe des Monats Dezember die neuen Delegierten gewählt werden. Zum Schluß ermahnt der Delegierte der Buchdrucker die Delegierten, in ihrer Gewerkschaft für den Beitritt zur hiesigen Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ zu agitieren. Es sei sehr bedauerlich, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder dieser Bewegung immer noch fern steht. — In der Sitzung nicht vertreten waren die Bauarbeiter, Tabakarbeiter, Sattler und Dachdecker mit je zwei, Textilarbeiter, Zimmerer, Richtigende, Holzarbeiter mit je einem Delegierten; die Vertreter der Dachdecker haben bereits schon in mehreren Sitzungen gefehlt.

### Spandau.

„Politische Streiklichter“ lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Rehbein in der Generalversammlung des Wahlvereins hielt. Nach eingehender Diskussion über die bevorstehende Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Scholz, Kupprecht und Reichard als Delegierte zu derselben gewählt. Unter „Verschiedenes“ wies der Vorsitzende auf die bevorstehende Gewerkschaftswahl sowie auf die Versammlung der Ortskrankenkasse hin. Des verstorbenen Genossen Dreesbach gedachte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen.

## Gerichts-Zeitung.

### Eine Szene aus dem Hause des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten

war Gegenstand einer Verhandlung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt war der Vorsteher der Hausverwaltung Hegmann. Nach Angabe des Zeigers Weiß soll es wegen der veroltenen Heizanlagen im Ministerium zwischen ihm und dem Angeklagten wiederholt zu Reibereien gekommen sein. W. behauptet, daß, anstatt die Reparatur der Anlage zu veranlassen, habe H. ihn zu sinn- und instruktionswidrigem Geizen angehalten und die Räte im Ministerium, die unter der wechselnden Räte und Gut litten, gegen ihn eingenommen habe. Eines Tages kam es deshalb zu einem heftigen Auftritt. Nach der Darstellung des Weiß soll ihm H., als er ihm, unter Protest gegen seine Anordnung, seine Instruktion vorlegte, in höchster Erregung einen Stoß vor den Unterleib versetzt, am Halse blutig gewürgt und hinausgeworfen haben. Der Angeklagte gab an, daß er den widerspenstigen Zeiger nur in Ausübung des Hausrechts zur Tür hinausgebracht habe. Auf Grund der Beweisaufnahme hielt das Gericht die Darstellung des Weiß für erwiesen und verurteilte den Angeklagten Hegmann zu 30 Mark Geldstrafe. Weiß, der gleichzeitig von H. wegen Beamteneubeligung angeklagt war, weil er in einer Beschwerde an den Minister Herrn H. der Trunksucht bezichtigt hatte, wurde freigesprochen, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hatte.

### Der Schuttmann befehlt — der Bürger hat zu gehorchen.

Das ist der Zustand, den und die herrschende Rechtsprechung tatsächlich gebracht hat. Eine Verhandlung, die am Dienstag vor der 143. Abteilung des Schöffengerichts geführt wurde, zeigte wieder einmal, daß nach der Auffassung unserer Richter, die sich der bekannten Schablone des Kammergerichts bedienen, der Staatsbürger den Anordnungen jedes beliebigen Schuttmannes ebenso

unweigerlich zu folgen habe, wie der Soldat den Befehlen seines Vorgesetzten. Wenn nur der Schuttmann nach seiner subjektiven Auffassung es für notwendig hält, einem Bürger gegenüber irgendwelche Anordnungen zu treffen, dann ist der „Rechtsboden“ gegeben, auf dem der Schuttmann zu befehlen und der Bürger zu gehorchen hat. Der Nachprüfung, ob die „subjektive Auffassung“ des Schuttmannes auch objektiv berechtigt ist, ist ja jeder Richter, der sich die Schablone des Kammergerichts zur Richtschnur macht, überhoben. Nach dieser Schablone hat das Schöffengericht auch im vorliegenden Falle geurteilt, der sich folgendermaßen abspielte:

Als die Kohlenarbeiter streikten, telephonierte der Kohlenhändler Grimberger eines Tages an das Polizeiviertelbureau, man möge ihm polizeiliche Hilfe schicken, da die bei ihm beschäftigten Arbeitswilligen nicht anders als unter dem Schutze der Polizei den Platz verlassen mögen. Dienstreifig, wie die Polizei immer ist, wenn vom Streik betroffene Unternehmer und deren Arbeitswillige bei ihr Schutz suchen, kam man dem Ersuchen des Kohlenhändlers nach. Ein Schuttmann wurde nach dem Hause Quisitenstr. 40 geschickt, wo sich das Geschäft Grimberger befindet. Als der Schuttmann an dem Hause anlangte, stand ein Bewohner des Hauses, der Metallarbeiter Neumann, mit einigen Bekannten im Torweg. Der Schuttmann herrschte Neumann an mit den Worten: „Machen Sie, daß Sie hier fortkommen.“ Neumann fragte erlaut, mit welchem Recht ihm denn der Aufenthalt im Torweg des von ihm besuchten Hauses untersagt werden könne. Auf eine Auseinandersetzung über diese Frage ließ sich der Schuttmann nicht ein. Er hatte eben die „subjektive Auffassung“, daß Neumann, obgleich er als Metallarbeiter an dem Kohlenarbeiterstreik gar nicht beteiligt war, den Arbeitswilligen des Kohlenhändlers Grimberger lästig werden könne. Daß er Arbeitswillige beschäftigt hat, oder daß er auch nur die Absicht gehabt hätte, mit Arbeitswilligen in Verbindung zu treten, dafür lag nicht der geringste Beweis vor. Nach seiner „subjektiven Auffassung“ hielt es der Schuttmann für nötig, Neumann nach der Sache zu bringen. Neumann erhielt, weil er der Aufforderung des Schuttmannes nicht Folge leistete, einen auf dreißig Mark lautenden Strafbefehl.

Vor Gericht behauptete der Schuttmann, Neumann habe, als die Aufforderung an ihn erging, nicht innerhalb des Torweges, sondern vor demselben auf der Straße gestanden, während die gegenwärtige Angabe Neumanns durch einen anderen Zeugen bestätigt wurde.

Das Gericht legte jedoch keinen Wert darauf, ob Neumann innerhalb oder außerhalb des Haustores gestanden habe. Es stellte sich auf den Standpunkt, der Schuttmann habe geglaubt, es könnten Arbeitswillige durch Neumann belästigt werden. Ob diese Annahme objektiv zutrefte, habe das Gericht nicht nachzuprüfen. Der Aufforderung des Schuttmannes hätte der Angeklagte unbedingt Folge leisten müssen. Da er es nicht getan, so habe er sich der Uebertretung des § 132 der Straßenpolizeiverordnung schuldig gemacht. Die Strafe wurde aber auf 5 M. herabgesetzt.

Preisfrage: wem die kammergerichtliche Ansicht Grundsatze der Rechtsprechung wird, wann macht sich dann ein Beamter des Mißbrauchs der Amtsgewalt schuldig?

### Klassenjustiz?

Kürzlich stellten wir zwei Urteile gegenüber, die von der Königsberger Strafkammer gefällt wurden und die den Klassenjustizcharakter trefflich zu illustrieren geeignet sind: in einem milde liegenden Verleumdungsfall wurde gegen eine Greisin auf Gefängnis, in einer Anklage gegen Studenten wegen roher Verleumdungen, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verprügelung von Polizeibeamten mittels eines Hauschlüssels auf Geldstrafe erkannt. Kechnliche Urteile fielen am Montag das Schöffengericht in Halle.

1. Der Student der Medizin Thilo Kaiser, 26 Jahre alt, belästigte eines Morgens Ende August den Handelsmann Wolow, indem er sich vor dessen Pferde hinstellte und mit dem Stabe herumfuchtelte. Als er dem einen Tiere bald das eine Auge ausstieß und das Pferd hochging, sprang der Polizeiergeant Kraußert hinzu und verlangte die Karte des Studenten. Letzterer verweigerte aber die Hergabe der Karte, schlug den Beamten mit der Faust ins Gesicht und mit seinem Stode über den Kopf, so daß eine Verletzung entstand. Als dann der zweite Sergeant Engelhardt hinzukam, rief er auf dem Transport nach der Wache: „Von solchen Kerls muß man sich verhaften lassen.“ Der Angeklagte wollte betrunken gewesen sein. Der Staatsanwalt bedauerte, daß sich ein gebildeter Mensch zu solcher Tat hinreißen lasse und beantragte 100 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 100 Mark.

2. Darauf betrat die unbestrafte Maurer Frommnecht, Pilger, Hoffmann und Weher die Anklagebank, die sich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten hatten. Sie wurden beschuldigt, gelegentlich des Maurerstreiks in Radewell drei Arbeitswillige dadurch zur Arbeitsniederlegung bestimmt zu haben, daß sie ihnen am Morgen des 11. Juni zuriefen: „Es ist Eure heiligste Pflicht, daß Ihr die Arbeit niederlegt, Ihr bekommt Euer Reisegeld. Arbeitet Ihr weiter, dann findet sich das andere.“ Ein Angeklagter soll mit erobener Faust gedroht und Weher soll außerdem ein Schimpfwort gebraucht haben. Tätig geworden waren die Angeklagten nicht. Derselbe Staatsanwalt beantragte gegen Frommnecht eine Woche und gegen die übrigen Angeklagten je zwei Wochen Gefängnis. Der Verteidiger H.-A. Dr. Dittenberger sprach seine Verurteilung über den Strafantrag aus und erklärte, der Staatsanwalt habe wohl nur deshalb Anklage auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erhoben, um den Angeklagten die Möglichkeit zu entziehen, mit einer Geldstrafe davonzukommen. Hier handelte es sich doch nur um einfache Verleumdung nach § 195. Staatsanwalt und Richter protestierten gegen diesen Einwurf und bezeichneten das Vorgehen des Verteidigers als unfaßlich. Das Urteil lautete gegen Pilger und Hoffmann auf je eine Woche und gegen Weher auf zehn Tage Gefängnis. Frommnecht kam jedoch frei.

### Ein Heizermann-Priester.

Wegen dreier Vergehens und eines Verbrechens wider die Sittlichkeit hatte sich vor der Bürgerger Strafkammer der Redakteur des börtigen Zentrumsblattes, des von dem bekannten Zentrumsabgeordneten Gerstenberger geleiteten „Fränk. Volksblatt“, Alois Wotke, zu verantworten. Wotke, ein Theologe, hat sich im Sommer auf verschiedenen öffentlichen Kinderpietäten kleinen Kindern in schamloser Entblößung gezeigt und an einem Mädchen eine handgreifliche Unsitlichkeit verübt. Während er früher gefählig war, verlegte er sich in der Verhandlung aufs Leugnen; er sei ein großer Kinderfreund und habe mit den kleinen Mädchen nur getändelt. Er wurde jedoch überführt und zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ebrechtliche Anstalt Friedrichstr. 16, Kungang 4, eine Treppe (Dandelsstraße Beckenlinie, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends halt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Gezielte Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. 21. 1. Ja, Schriftstück der Uebertretung und Anweisung an den Schuldner ist erforderlich. 2. Sie können auch einen anderen Gerichtsvollzieher beauftragen. 3. Gegenwart des Gläubigers bei der Pfändung ist unzulässig. — W. 21. Sie erhalten zureichende Auskunft in der Auskunftsstelle der deutschen Gesellschaft für städtische Kultur unter den Linden 16, Nurengstraße 3 Treppen. — Kirdorf 80. 1. Das Gericht würde voranschicklich zugunsten des Verkäufers entscheiden, weil Sie mit der Vereinbarung einverstanden waren. Die allgemeine Redemendung, die der Verkäufer gebrauchte, verpflichtet ihn zu nichts. Man könnte lediglich dieselbe dahin verweihen, daß Sie nicht noch zur Vorauszahlung verpflichtet sind. 2. Rein. — W. 6. 78. 1. Frühestens August 1907. 2. Ja. Die Verjährungsfrist

von zwei Jahren läuft mit Schluß des Jahres von neuem, in dem der Schuldigen ausgestellt ist. — G. 2. 35. 1. Rein. 2. Goller Erfolg ist zu leisten. — G. M. Ja, auf Antrag der Steuerbehörden kann aber Nachschuß eintreten. — III. 1. Nach Ansicht des hiesigen Gewerbegerichts ist der volle Tagelohn zu zahlen. 2. Vergleichs Arbeitermollatender. — W. 2. 1. Rein. 2. Wenden Sie sich direkt an eine Fabrik. Wir können unendlich entscheiden, welche Fabrik der besten Artikel liefert. — W. 2. 93. Sie leben außer Gütergemeinschaft, können aber bei einem Notar oder bei dem Gericht einen besonderen Ehevertrag mit Ausschluß der Vererbung, Rückziehung usw. schließen. Ein Beispiel für einen solchen Vertrag finden Sie auf Seite 22 Nr. 22 des dem „Rechtswort“ beigefügten Nützlers. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — G. 2. 28. 1. und 2. Vorherige Anmeldung ist mit Rücksicht auf die Ueberfälligkeit dringend geraten. 3. Das Amtsgericht ist für die Entscheidung einer Alimentationsfrage zuständig. — C. 3. 100. Nach dem Gesetz nicht, inessen kann das junge Mädchen den Schritt ausführen und laßt gegen sie etwas unternommen werden sollte, sich an das Vormundschaftsgericht wenden. Nach Vollendung des 21. Lebensjahres wären gegen sie unternommene Schritte ohne Aussicht auf Erfolg. — W. 101. Nahe Talentstraße gab es selber. — G. 2. 101. Da Sie zur Zeit der Entnahme des Buches minderjährig waren und sofort nach erreichter Großjährigkeit erklärt haben, daß Sie den Vertrag nicht anerkennen, so sind Sie nicht gebunden. Können Sie sich aber den Sozial als Mahnung dienen, niemals einen Abhängigkeitsvertrag zu unterschreiben, wenn Sie dessen Tragweite nicht genau übersehen können. — G. 2. 1904. Sie können eine neue Aufforderung abwarten. — C. 2. 8. Rein. — C. 6. 1000. 1. Sofern nicht der Vertrag entgegensteht, ja. 2. Rein; die Beschäftigung ist nur in offenen Verkaufsräumen, nicht aber in anderen Räumen verboten. 3. Klagen Sie beim Kaufmannsgericht im Wege einer schlichten Klage, daß Sie nicht verpflichtet sind, länger als bis neun bezog, zehn im Geschäft zu bleiben. 4. Das Ergebnis können Sie von der Kündigung ab verlangen. — G. 2. 82. 1. Ihre Frau, nicht Sie sind dazu berechtigt. 2. Durch 1. erledigt. 3. Rein. 4. Rein. — F. 2. 16. Wenn Sie im Verträge nicht Besondere vereinbart haben, wäre eine Klage ihrerseits erfolglos. — W. 2. 1. Rein. 2. Sie können nur auf Rückzahlung an Ihre Kosten klagen. 3. Soweit möglich, wird im Handelsteil darauf Rücksicht genommen werden. — W. 2. 7. Sie sind zur Zahlung der vollen Monatsmiete verpflichtet.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 9. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eine historische Aufklärung. — Treibkräfte und Aussichten der russischen Revolution. Von R. Kautsch. — Parteipolitiches aus den Vereinigten Staaten. Von William Rappaport (Indianapolis). — Die Reunionskämpfe im Braunkohlenbergbau. Von Max Hirsch. — Die Berufs- und Industrieverbände in Frankreich. Von Paul Louis (Paris). — Umtliche Hausabrechnungsberechnungs-Statistik. Von Wolf Louis (Paris). — Die Arbeiterbewegung in Rumänien. Von G. Racoobda. — Literarische Rundschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Bestellungen setzen jederzeit zur Verfügung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthalen-Direktion (Großhandl.) sind folgende Preise veröffentlicht: Weizen, 1. Sorte, 114-116, 2. Sorte, 112-114, 3. Sorte, 110-112, 4. Sorte, 108-110, 5. Sorte, 106-108, 6. Sorte, 104-106, 7. Sorte, 102-104, 8. Sorte, 100-102, 9. Sorte, 98-100, 10. Sorte, 96-98, 11. Sorte, 94-96, 12. Sorte, 92-94, 13. Sorte, 90-92, 14. Sorte, 88-90, 15. Sorte, 86-88, 16. Sorte, 84-86, 17. Sorte, 82-84, 18. Sorte, 80-82, 19. Sorte, 78-80, 20. Sorte, 76-78, 21. Sorte, 74-76, 22. Sorte, 72-74, 23. Sorte, 70-72, 24. Sorte, 68-70, 25. Sorte, 66-68, 26. Sorte, 64-66, 27. Sorte, 62-64, 28. Sorte, 60-62, 29. Sorte, 58-60, 30. Sorte, 56-58, 31. Sorte, 54-56, 32. Sorte, 52-54, 33. Sorte, 50-52, 34. Sorte, 48-50, 35. Sorte, 46-48, 36. Sorte, 44-46, 37. Sorte, 42-44, 38. Sorte, 40-42, 39. Sorte, 38-40, 40. Sorte, 36-38, 41. Sorte, 34-36, 42. Sorte, 32-34, 43. Sorte, 30-32, 44. Sorte, 28-30, 45. Sorte, 26-28, 46. Sorte, 24-26, 47. Sorte, 22-24, 48. Sorte, 20-22, 49. Sorte, 18-20, 50. Sorte, 16-18, 51. Sorte, 14-16, 52. Sorte, 12-14, 53. Sorte, 10-12, 54. Sorte, 8-10, 55. Sorte, 6-8, 56. Sorte, 4-6, 57. Sorte, 2-4, 58. Sorte, 0-2, 59. Sorte, 0-1, 60. Sorte, 0-0, 61. Sorte, 0-0, 62. Sorte, 0-0, 63. Sorte, 0-0, 64. Sorte, 0-0, 65. Sorte, 0-0, 66. Sorte, 0-0, 67. Sorte, 0-0, 68. Sorte, 0-0, 69. Sorte, 0-0, 70. Sorte, 0-0, 71. Sorte, 0-0, 72. Sorte, 0-0, 73. Sorte, 0-0, 74. Sorte, 0-0, 75. Sorte, 0-0, 76. Sorte, 0-0, 77. Sorte, 0-0, 78. Sorte, 0-0, 79. Sorte, 0-0, 80. Sorte, 0-0, 81. Sorte, 0-0, 82. Sorte, 0-0, 83. Sorte, 0-0, 84. Sorte, 0-0, 85. Sorte, 0-0, 86. Sorte, 0-0, 87. Sorte, 0-0, 88. Sorte, 0-0, 89. Sorte, 0-0, 90. Sorte, 0-0, 91. Sorte, 0-0, 92. Sorte, 0-0, 93. Sorte, 0-0, 94. Sorte, 0-0, 95. Sorte, 0-0, 96. Sorte, 0-0, 97. Sorte, 0-0, 98. Sorte, 0-0, 99. Sorte, 0-0, 100. Sorte, 0-0.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 5. Dezember 1906. Zunächst kühl, vielfach heiter, jedoch sehr unbeständig mit einzelnen Regens- und Graupelstauern und ziemlich starken nordwestlichen Winden; später wieder etwas wärmer. Berliner Wetterbureau.

# INSERTATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

## Größere Anzeigen

für die Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis Freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.



5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1906, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ölne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for the 5th class, 215th royal Prussian lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

24. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for the 24th class, 215th royal Prussian lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

25. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for the 25th class, 215th royal Prussian lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

26. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for the 26th class, 215th royal Prussian lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

Verkäufe. Various advertisements for goods such as beds, furniture, and household items.

Verschiedenes. Miscellaneous advertisements including job openings, services, and local notices.

Arbeitsmarkt. Job market section with advertisements for various positions and services.

Achtung! Marmorarbeiter! Berlin II. Advertisement for marble workers and related services.